

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

157 · November 2003

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Nachruf	979
Essay	
DIETMAR WITTICH Neues aus der Klassengesellschaft	981
Das Gespräch	
DIETER KLEIN und MICHAEL BRIE Utopie fragt nach Utopie	992
Krieg & Frieden	
WERNER RUF Eine Straßenkarte für den Frieden?	1000
BERNHARD HEIMANN Die Linke und der Krieg	1013
Brotlose Kunst?	
FRITZ VILMAR Zukunftsweisendes in der ostdeutschen Kunst	1027
STEPHAN B. ANTZACK Kunst geht nach Brot	1036
Standorte	
WOLFGANG HARTMANN »MfS – Alltag einer Behörde«. Nachdenken anlässlich eines Films von Christian Klemke und Jan Lorenzen	1046
Konferenzen & Veranstaltungen	
HELLA HERTZFELDT Politik, Wissenschaft, Praxis – und wie steht es um die Geschlechterverhältnisse?	1054
EVA SCHÄFER Normalisierung als Herrschaftsprinzip	1067

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 1060

Bücher & Zeitschriften

Wladislaw Hedeler (Hg.):
Stalinistischer Terror 1934-1941. Eine Forschungsbilanz
(HORST KLEIN) 1062

Karl-Heinz Günther:
Rückblick. Nach Tagebuchnotizen
aus den Jahren 1938 bis 1990
(DIETER KIRCHHÖFER) 1064

Jürgen Löwe:
Kontextuale Theorie der Volkswirtschaft
(ULRIKE BUSCH) 1065

Manfred Hildermeier:
Die Sowjetunion 1917-1991.
(Oldenbourg Grundriß der Geschichte – Hrsg. von
Jochen Bleicken, Lothar Gall, Herrmann Jakobs. Bd. 31)
(STEFAN BOLLINGER) 1066

Manfred Osten:
»Alles veloziferisch« oder
Goethes Entdeckung der Langsamkeit
(ULRICH BUSCH) 1067

Martin Hebler:
Arbeitsmarkteffekte der EU-Osterweiterung.
Zur Wirkung von Integration, Migration
und institutionellem Wandel auf dem Arbeitsmarkt
(Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 526)
(JÖRG ROESLER) 1068

Summaries 1070

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 1072

Michael Chrapa

1950 - 2003

In den letzten Jahren seines Lebens setzte er Pointen gern mit Shakespeare-Zitaten. So oft ich es erlebte – nie wirkte es aufgesetzt, stets war das Zitierte gut gewählt. Auch ansonsten verfügte er über eine breite humanistische Bildung, in unserer Generation keine Selbstverständlichkeit.

Michael Chrapa war seit 1991 Autor dieser Zeitschrift, in den vergangenen zwölf Jahren publizierte er hier zwölf Artikel. Seine ersten Texte waren noch rein soziologischer Natur: viele Tabellen, wenig Text, oft nicht eben leserfreundlich verfaßt. Für den Soziologen »sprechen« die Tabellen, er bedarf der verbalisierten Aussage nur selten. Ende der neunziger Jahre aber begannen die Artikel von Michael Chrapa, einen anderen Duktus anzunehmen. Da rang einer plötzlich ums Wort, entwickelte seinen eigenen Stil, wußte Spannung in die Sätze zu bringen. Er, der mit einem beeindruckenden Redetalent begnadet war, wurde nun auch zu einem gern gelesenen Autor, der mit seinen Lesern den Dialog suchte.

Den Dialog suchte er auch innerhalb der Partei des Demokratischen Sozialismus. Michael Chrapa hatte das Berufsverbot, das der euphemistisch Abwicklung genannte Kahlschlag für die meisten DDR-Gesellschaftswissenschaftler bedeutete, nicht hingenommen und mit Gleichgesinnten ein eigenes soziologisches Institut – F.O.K.U.S. Halle – gegründet. Zu seinen Auftraggebern zählte nicht zuletzt die PDS; aber er achtete immer darauf, auch andere potente Kunden zu gewinnen. Die PDS war für ihn kein Auftraggeber wie andere; hier verdiente er nicht nur Geld – hier sah er sich auch in der Rolle des Dienenden und repräsentierte damit einen aussterbenden Typus, auch innerhalb der PDS.

Je stärker sich bei PDS-Spitzenpolitikern nicht nur der Drang zur Regierungsbeteiligung, sondern auch ein Auseinanderfallen zwischen verkündetem Anspruch und geleisteter Praxis offenbarte, desto unbequemer wurde Michael Chrapa – nicht nur weil er um die verheerenden Wirkungen unter den Anhängern und Wählern wußte. Als er nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2002 auch noch öffentlich auf die Gefahr eines Verlustes der Bundestagsfraktion hinwies, wurde ihm und seinem Mitsreiter von Regierungssozialisten im Wartestand der Stuhl vor die Tür des Wahlbüros der PDS gestellt.

Das konnte jedoch nichts an seiner Haltung zur PDS ändern. Seit 1998 arbeitete er systematisch an der längst überfälligen Partei-reform und gewann für sie vor allem an der Basis der Partei motivierte und engagierte Genossinnen und Genossen. Es handelt sich



bei dieser Reform um die komplizierteste Aufgabe, die die PDS zu bewältigen hat, geht es doch um die Frage: Schafft sie die Umwandlung in eine moderne Struktur, die die Interessen der nach Emanzipation Strebenden ebenso wie die der Benachteiligten aufnehmen und in den politischen Raum tragen kann, oder wird sie der Geschichte der deutschen Linken einen weiteren gescheiterten Versuch hinzufügen?

Je mehr das Projekt einer Parteireform an Kräften und an Kraft gewann, desto mächtigere Gegner wuchsen Michael Chrapa zu. Jede Parteireform führt zu Verschiebungen bei Macht, Einfluß und Einnahmen. Geradezu belustigt sprach Michael Chrapa immer wieder darüber, wie da verschleppt und taktiert, versprochen und gebrochen wurde. Auch als die Situation völlig absurd zu werden drohte, blieb er Sanguiniker. Gabi Zimmer, eine der wenigen ehrlichen Verbündeten unter den Spitzenpolitikern, mußte alles Gewicht in die Waagschale werfen, um bei ihren Kollegen für Michael Chrapa ein Rederecht auf der Außerordentlichen Sitzung des 7. Parteitages im Juni 2003 zu erstreiten. Wir wollen diese Rede in einem der nächsten Heft von UTOPIE kreativ dokumentieren.

Über lange Monate hinweg hat Michael Chrapa um eine Konferenz zur Parteireform gerungen. Als sie Anfang September endlich stattfand, lag er schon vier Tage im Krankenhaus. Am 7. Oktober 2003 ist er im Alter von 53 Jahren gestorben.

Das letzte Mal sahen wir uns am 18. Juli; die Macherinnen und Macher dieser Zeitschrift hatten anläßlich eines runden Geburtstages eines unserer Redakteure gute Freunde eingeladen. Michael Chrapa war ein guter Freund. Auf der Autobahn zwischen Halle und Berlin hatte er eine fröhliche Laudatio aufs Band diktiert, auf einer Raststätte den Text geschrieben und redigiert, zum Handy gegriffen und angefragt, ob so etwas in die Veranstaltung passe. So hat er gelebt: mit voller Kraft, fröhlich und – bescheiden, immer erst einmal nach dem Interessen des anderen fragend und dann seine Angebote machend.

JÖRN SCHÜTRUMPF

DIETMAR WITTICH

Neues aus der Klassengesellschaft

Klassen und damit zusammenhängende Phänomene und Probleme im sozialen Ungleichheitsgefüge der Gesellschaft werden eines der großen Themen des beginnenden 21. Jahrhunderts sein. Heute erntet man mit einer solchen Aussage nur noch ein müdes Lächeln, es gibt internationale Konferenzen zum Thema. Bis in die Hälfte der 90er Jahre war die Situation anders, Klassen galten als verpöntes, überlebtes Thema. Benutzte man die Begrifflichkeit in der scientific community oder auch im politischen Raum, so wurde man angesehen, als sei man hoffnungslos antiquiert.

Ich habe die These vertreten, dass die traditionelle oder gar eine ökonomistische Klassentheorie und entsprechende Analysen nicht geeignet sind zur Erfassung der Komplexität der gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse in modernen kapitalistischen Gesellschaften.¹ Dieser Meinung bin ich immer noch, aber zugleich denke ich, man darf es mit der Kompliziertheit auch nicht übertreiben und sich vor lauter Differenzierungen den Blick auf die großen Entwicklungslinien verstellen. Man kann ruhig wieder einmal vereinfachen. Es ist nämlich durchaus keine große Sache, den Begriff »Klasse« und die entsprechenden anderen Termini zu gebrauchen. Das bedeutet nichts anderes, als die in der Gesellschaft zu konstatierenden sozialen Ungleichheiten im Zusammenhang mit und als Ausdruck von sozial-ökonomischen Verhältnissen zu betrachten und zu untersuchen, d. h. den Unterschieden in der Verfügung über in gesellschaftlichen Reproduktionsprozessen verwertbaren Ressourcen. Damit soll nichts zurückgenommen werden bezüglich der Vielfalt der Konfliktstrukturen, den widersprüchlichen Klassenlagen, den inkonsistenten Soziallagen usw.²

Hier soll es um die großen Entwicklungslinien gehen. Die These ist, dass wir Zeugen von qualitativ neuartigen Veränderungen in der Klassenlandschaft, in der Morphologie der Klassenstruktur sind. In einer sehr abstrakten Gesamtschau stellt sich die Entwicklung etwa so dar: Im 19. Jahrhundert entwickelte sich der Kapitalismus regional, vor allem in Westeuropa und Nordamerika. Indem das den Weltmarkt zwingend erforderte (Marx), waren damit durchaus auch schon globale Wirkungen verbunden. Dem folgte die Phase des Monopolkapitalismus, in der insbesondere die national operierenden Großkapitale von Industrie und Finanzen untereinander und international ihre Konflikte austrugen sowie mittels ökonomischer und politischer Gewalt der Welt ihren Willen aufzuzwangen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzog sich das im Rahmen der Bipola-

Dietmar Wittich – Jg. 1943; Dr. phil., Soziologe, Mitglied der Redaktion von UTOPIE kreativ. Zuletzt in der Zeitschrift: Hannibal ante Portas. Der Krieg der USA und die Weltöffentlichkeit, Heft 150 (April 2003).

Leicht veränderte Fassung des Vortrages, den der Autor auf dem Kolloquium gehalten hat, das die Redaktion von UTOPIE kreativ am 18. Juli 2003 in Berlin zum gleichen Thema veranstaltete.

1 Vgl. Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 223.

2 Vgl. Dietmar Wittich: Wahlzeiten, Kriegszeiten, andere Zeiten, Hamburg 2001, S. 105.

rität der internationalen Kräfteverhältnisse. Die gegen Ende dieses Jahrhunderts einsetzende Entwicklung hat ihren Ursprung in Innovationen bei den Produktivkräften, vor allem im Zusammenhang mit der informationellen Revolution. Die dadurch initiierten Veränderungen in der Struktur des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, die Komplexitätssteigerungen, die neuen Möglichkeiten der Flexibilisierung und der Individualisierung sind als »Ende der Klassengesellschaft« gedeutet worden. Heute zeigt sich: Das Gegenteil ist der Fall, wir haben es damit zu tun, dass mit dem Übergang vom Kapitalismus als Industriegesellschaft zum Kapitalismus als Informationsgesellschaft zugleich ein globalisierter Kapitalismus Gestalt an- und die Macht übernimmt. Die großen, international agierenden Kapitale nehmen das Weltarbeitsvermögen für ihre Verwertung in Anspruch. Der Klassenwiderspruch hat sich damit – zumindest, was die Kapital-Seite angeht – globalisiert. Die Politik der USA und – mit Abstrichen – die der anderen Staaten der kapitalistischen Metropolen ist darauf gerichtet, den entsprechenden Interessen weltweit Geltung zu verschaffen. Hans Jürgen Krysmanski hat das für die USA kürzlich sehr eindringlich dargestellt³. Daraus folgt die weiterführende These, dass Klassenverhältnisse heute nicht mehr angemessen untersucht und dargestellt werden können, ohne diese globale Perspektive einzubeziehen.

Das kann natürlich an dieser Stelle nicht ausführlich behandelt werden, ich will mittels weniger Episoden einige Aspekte beleuchten.

Die wirklich Reichen sind Kapitalisten

Der Satz ist trivial. Aber Vorsicht, es könnte sein, dass dieses Etikett »trivial« nur signalisiert, wie weit wir selbst schon dem neoliberalen Zeitgeist auf den Leim gehen.

Die reichsten Menschen der Welt sind:

Bill Gates – Microsoft Corporation

Der Vorsitzende und oberste Software-Entwickler von Microsoft ist weiterhin der reichste Mann der Welt. Trotz des Niedergangs der High-Tech-Aktien an der Nasdaq wird sein Vermögen noch immer auf die stolze Summe von 58 Milliarden Dollar geschätzt.

Warren Buffet – Berkshire Hathaway Inc.

Der Vorsitzende der Berkshire Hathaway Inc., einem langfristig orientierten Investmenthaus, wurde von vielen belächelt, als er sich von dem High-Tech-Boom an der Nasdaq Ende der 1990er fern hielt. Der Lauf der Dinge bestätigte allerdings seine Skepsis

Paul Allen – Microsoft Corp.

Allen ist Mitbegründer von Microsoft. Viel hat er allerdings nicht mehr mit dem Unternehmen zu tun, nachdem er Anteile im Wert von über 8 Milliarden Dollar verkaufte und aus dem Board zurücktrat. Sein Vermögen wird mit 30 Milliarden Dollar beziffert.

Larry Ellison – Oracle Corp.

Mit vollem Namen heißt der Vorsitzende und CEO⁴ von Oracle Lawrence J. Ellison. Mit einem Vermögen von annähernd 50 Mil-

3 Vgl. Hans Jürgen Krysmanski: Wer führt die neuen Kriege? In: UTOPIE kreativ, Heft 152 (Juni 2003), S. 506-519.

4 Chief Executive Officers – Topmanager der mächtigsten und reichsten Institutionen.

liarden Dollar ist er auf dem besten Weg, Bill Gates seine Spitzenposition streitig zu machen. Er macht auch kein Hehl daraus, dass dies sein Ziel ist.

Karl und Theo Albrecht – ALDI

25 Milliarden Dollar besitzen die beiden Brüder aus dem Ruhrgebiet. Die Gründer der Aldi-Märkte halten sich stets bedeckt und vergrößern ihr Vermögen heimlich, still und leise. 1962 wurde in Dortmund der erste Aldi-Supermarkt eröffnet.

Prinz Alwaleed bin Talal bin Abdulaziz

Der saudische Prinz scheint anders zu sein als die schwerreichen Saudi-Prinzen, die durch Öl zu Milliardären wurden. Seine 20 Milliarden Dollar verdiente der Neffe des Königs von Saudi-Arabien und Enkel des Landesgründers mit seinem Investmentunternehmen Kingdom Holding Co. Im großen Stil beteiligt sich Alwaleed an Unternehmen wie Priceline.com, Amazon.com, ebay, Procter & Gamble, McDonald's und AOL.

Robson Walton – Wal-Mart

Der Vorsitzende der Supermarktkette Wal-Mart ist 18,6 Milliarden Dollar schwer. Er ist das einzige Mitglied der Walton-Familie, das aktiv in die Geschäfte des Unternehmens eingebunden ist. Das Gesamtvermögen des Clans wird auf 65,3 Milliarden Dollar geschätzt.

Johanna Quandt – BMW

Für die 1930 geborene Johanna Quandt dürfte es wie ein Märchen gewesen sein, als Herbert Quandt 1960 um die Hand seiner damaligen Sekretärin anhielt und sie kurze Zeit später ehelichte. Plötzlich gehörte sie zu einer der traditionsreichsten und wohlhabendsten Industriellenfamilien Deutschlands.

Steve Ballmer – Microsoft Corp.

Microsofts CEO hat geschätzte 19,5 Milliarden Dollar auf seinem Sparbuch. Er gilt in seiner Branche als schnörkellos und zielstrebig. Berühmt ist er auch für seine aufbrausende Art am Telefon und sein ausgeprägtes Verhältnis zu Firmengründer Bill Gates.

Sir Kenneth Thomson – Thomson Corp.

Thomson ist der Leiter der Thomson Corp., einem ehemaligen Presseimperium, das in einen riesigen Anbieter von elektronischen Informationen und Dienstleistungen umgewandelt werden soll. Sein Vermögen von 16,4 Milliarden Dollar sollte dem reichsten Kanadier dabei durchaus behilflich sein.⁵

Es sind zwei deutsche Familien darunter und eine arabische, alle anderen sind Amerikaner. Das Gemeinsame und zugleich Markante daran ist, dass diese Namen allesamt mit international, meist global agierenden Unternehmensgruppen und Konsortien verbunden sind. »Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind,

5 Quelle: www.finanzen.net/hintergrundwissen/reichstemaenner.

6 Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 16.

Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen.«⁶ Betrachten wir einige Aspekte der Klassenverhältnisse, für die die genannten Personen zu den Personifikationen gehören.

Globalisierter Kapitalismus – die größten Unternehmen
Die größten Unternehmen nach Umsatz in der Welt sind:

Exxon Mobil

Die Exxon Mobil Chemical Corporation verarbeitet Erdöl in eine Vielzahl petrochemischer Produkte und Grundprodukte, von Treibstoff und Schmiermittel bis zu Kaugummis und Kunststoffverpackungen. Der größte Ölkonzern der Welt ist in über 200 Ländern der Erde vertreten und zugleich auch das umsatzstärkste Unternehmen der Welt.

Wal-Mart

Wal-Mart Stores Inc. ist mit ca. 4000 Niederlassungen der weltgrößte Einzelhändler. Das Unternehmen expandiert mit seinen Discountläden zunehmend aus den USA in andere Länder, u. a. nach Südamerika, Asien und Europa. Sein Jahresumsatz belief sich zuletzt auf 191 Milliarden Dollar, Tendenz steigend.

General Motors

Die General Motors Corporation produziert und vermarktet die Automarken Chevrolet, Pontiac, GMC, Oldsmobile, Buick, Cadillac, Saturn, Opel, Vauxhall, Holden, Isuzu und Saab. Zudem hat General Motors die Tochtergesellschaften Delphi Automobil-System, General Motors Acceptance Corporation, Hughes Elektronik, General Motors Lokomotiven und Allison Antriebe.

Ford Motor

Mitte der neunziger Jahre beschloss die Unternehmensleitung, die Ford Motor Company vom reinen Hersteller von PKW und LKW zu einem Konzern umzuwandeln, der sämtliche Dienstleistungen rund ums Auto anbietet. Die Bereiche des Unternehmens können in vier Segmente aufgeteilt werden. Ford Automobile verkauft jährlich rund 7,2 Millionen Autos der Marken Ford, Jaguar, Aston-Martin, Volvo, Mazda, Mercury und Lincoln.

Daimler Chrysler

1998 ging die DaimlerChrysler AG aus der Fusion der Daimler-Benz AG und der Chrysler Corp. hervor. Mit einem Schlag entstand das damals zweitgrößte Unternehmen überhaupt, gemessen am Umsatz. Dieser beträgt jährlich rund 152 Milliarden Dollar und wird durch sechs verschiedene Unternehmenssparten generiert.

Royal Dutch / Shell Group

Die Shell Gruppe ist in der Öl- und Erdgasbranche beschäftigt. Sie setzt sich zusammen aus den beiden Unternehmen Royal Dutch und Shell im Verhältnis 60:40. Die Aktien der beiden Konzerne sind unabhängig voneinander an der Börse gelistet. Mehr als 1700 Unternehmen gehören weltweit zu dem Konzern.

BP Amoco

1998 fusionierten die British Petroleum Company (BP) und Amoco und waren die ersten in der Reihe der fusionierenden Mineralölkonzerne. Exxon, Mobil, Total und Petrofina sollten folgen. Heute zählt BP Amoco zu den größten internationalen Erdöl- und Erdölchemieunternehmen weltweit.

General Electric

Die General Electric Company ist ein stark diversifizierter Konzern mit zehn großen Haupt-Geschäftsfeldern. Diese erstrecken sich auf die Bereiche Flugzeugtriebwerke, Haushaltsgeräte, Rundfunk, Industrieprodukte, Energieerzeugung, Transportsysteme, medizinische Geräte, Plastikherstellung und Finanzdienstleistungen.

Toyota Motor

Die Toyota Motor Corporation ist der viertgrößte Automobilproduzent weltweit und stellt pro Jahr rund fünf Millionen Automobile her. Neben Automobilen bietet Toyota auch Finanzdienstleistungen an und unterhält die Mobilfunkgesellschaft IDO. Der Jahresumsatz beläuft sich auf 112 Milliarden Dollar.

Mitsubishi

Die Mitsubishi Corporation ist ein großes japanisches Handelshaus (»Sogo Shosha«). Die in Deutschland hauptsächlich bekannte Automarke ist nur ein kleiner Bereich davon. Insgesamt lassen sich sieben große Unternehmensbereiche unterscheiden.⁷

⁷ Quelle: www.finanzen.net/hintergrundwissen/groesste_unternehmen.

Alle diese Unternehmensriesen realisieren einen jährlichen Umsatz von jeweils mehr als 100 Milliarden Dollar. Dazu gehören Erdölkonzerne, Automobilkonzerne sowie jeweils ein Einzelhandelskonzern und ein Elektrokonzern (jeweils Schwerpunkt, fast alle haben eine diversifizierte Produktpalette). Zwei japanische Unternehmen sind dabei, ein europäisches und ein deutsch-amerikanisches sowie ein britisch-amerikanisches; alle anderen haben ihren Hauptsitz in den USA, sie sind in den Militär-Industrie-Komplex integriert. Für alle gilt, dass sie weltweit agieren, durch Produktionsstätten und/oder Filialen.

Beide Aspekte, die reichsten Personen und die stärksten Unternehmen, stehen mehr als symbolisch dafür, wie die ökonomischen Kräfteverhältnisse gestaltet sind, entsprechend ist ihr politischer Einfluss. Insgesamt verfügen die Superreichen dieser Welt über mehr Geldmittel als die unteren zwei Drittel der Weltbevölkerung. Dieser Trend hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich verstärkt, und er hält vermutlich an. Inwieweit Finanzkapitale daran beteiligt sind, die als solche in den Listen nicht vorkommen, kann im folgenden Abschnitt exemplifiziert werden.

Fazit: Der Verwertungsprozess der größten Kapitale wird mittlerweile als ein globaler Prozess realisiert.

Ein Fallbeispiel: Bayer AG

Die Bayer AG gehört nicht zu den weltweit größten Unternehmen, sie gehört zu den Riesen in Deutschland, sie ist mit reichlich 30 Mil-

8 www.bayer.de/de/bayer/fakten.php.

liarden € jährlichem Umsatz und einer Bilanzsumme von mehr als 40 Milliarden € (auch noch eine interessante Relation) wahrhaftig kein kleiner Laden. Und sie hat eine interessante Selbstdarstellung ins Internet gestellt, die lädt zu Reflexionen ein⁸. Danach agiert der Konzern auf allen Kontinenten mit insgesamt 123 500 Mitarbeitern:

Europa	71 200
Nordamerika	24 800
Fernost/Ozeanien	15 500
Lateinamerika/Afrika/Nahost	12 000.

Der Aktienbesitz ist so verteilt: 55 Prozent Banken und Versicherungen, 12 Prozent Investmentgesellschaften (wenn das typisch ist, dann sind die Finanzkapitale kräftig dabei, sie sind die grauen Eminenzen der Globalisierung), 3 Prozent Industrie und Handel, 6 Prozent sonstige Körperschaften, 24 Prozent Privatpersonen. Die Bayer AG ist demonstrativ stolz darauf, dass etwa die Hälfte der Mitarbeiter auch Aktien am Unternehmen besitzt, rechnet man die Daten nach, kommt heraus, dass auf jeden von ihnen im Durchschnitt ein Anteil von etwa 800 € entfällt.

Die Dividenden haben sich von 1992 zu 2000 auf 277 Prozent erhöht. 2001 gab es einen Einbruch (im Zusammenhang u. a. mit der Rücknahme des Medikaments Lipobay), aber auch in diesem Jahr lag die Dividende im Vergleich zu 1992 bei 178 Prozent.

Von den Mitarbeitern, deren Arbeit die Grundlage für diese Entwicklung ist, erfährt man wenig (nebenbei: Die Auflösung der IG Farben nach dem 2. Weltkrieg wird zwar erwähnt, zu den Gründen gibt es kein Wort). Aber man kann wohl annehmen, dass die Entwicklung der Löhne bei Bayer sich kaum vom Gesamttrend in Deutschland abhebt, da lag die Erhöhung der Bruttolöhne in den 90er Jahren insgesamt im Bereich der Inflationsrate (durchschnittlich 1,7 Prozent pro Jahr). Bei ansteigenden Steuern, Versicherungen und Abgaben dürfte das Reallohnsenkung bedeuten. Zugleich ist die Anzahl der Beschäftigten der Bayer AG in Deutschland in den letzten 10 Jahren von 53 000 auf 35 000 (also um etwa ein Drittel) zurückgegangen.

»Weniger produzieren mehr!«, hieß es einmal, aber das war wohl anders gemeint. Das Fallbeispiel Bayer zeigt: Immer weniger Lohnarbeiter produzieren einen wachsenden Reichtum, an dem sie nicht nur keinen Anteil haben, sondern zugleich werden immer mehr von ihnen aus der Lohnarbeit gedrängt, können somit ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen.

Der Staat – Steuerpolitik in Deutschland

Deutschland ist ein Absteiger, so sagt der Zeitgeist, es gehört nicht mehr zu den 15 reichsten Ländern (nach Pro-Kopf-Einkommen, von 175 einbezogenen Ländern. Was ist mit den restlichen 160?).

»Im Vergleich zur englischen ist die soziale Statistik Deutschlands und des übrigen kontinentalen Westeuropas elend. Dennoch lüftet sie den Schleier gerade genug, um hinter demselben ein Medusenhaupt ahnen zu lassen.«⁹. So wiederum Karl Marx im Jahr 1867. Die Steuerstatistik ist etwas besser, was Wunder. So leuchtet aber auch das Medusenhaupt markanter durch den Schleier.

Der Staat ist Akteur bei der Veränderung der Klassenverhältnisse, die Steuerpolitik macht das deutlich. Die Bundesrepublik Deutsch-

9 Karl Marx, a. a. O., S. 15.

land hatte im Jahr 2002 Steuereinnahmen in Höhe von 441,7 Milliarden €. ¹⁰

Zusammensetzung der Steuereinnahmen 2002 – Auswahl

Steuerart	Mrd. €	Veränd. ggü. Vj.	Anteil an 2002 Prozent
Lohnsteuer (+ Soli.)	142,6	-0,5	32,3
Umsatzsteuer	138,2	-0,5	23,8
Verbrauchssteuern	83,5	5,3	18,9
dar. Mineralöl	42,2	3,7	9,6
Einkommenssteuer	22,5	-24,2	4,8
Vermögens- u. Erbschaft.	3,3	-9,8	0,7
Gewerbsteuer	23,5	-4,3	5,2
Körperschaftssteuer	2,9	-773,0	0,4
übrige Steuern	25,2		16,2

10 Zusammengestellt und berechnet nach: www.bundesfinanzministerium.de/Anlage18792/Steuereinnahmen-nach-Steuerarten-2002.pdf.

Somit kommen 75 Prozent des Steueraufkommens von der Masse der Bevölkerung (mit mittleren bis niedrigen Einkommen), vor allem von den Lohnabhängigen. Einkommenssteuer (die auch nicht nur von wirklich Reichen gezahlt wird), Vermögens-, Erbschafts-, Gewerbe- und Körperschaftssteuer machen insgesamt nur 11 Prozent aus. Der eigentliche Skandal liegt in der Entwicklung der Körperschaftssteuer, sie ist von reichlich 28 Milliarden auf 2,9 Milliarden zurück gegangen. Das war politisch gewollt, und sollte – so verlautet es aus den Finanzbehörden – eine indirekte Subventionierung von Kapitalgesellschaften sein. Die Annahme war, dass die Rückgänge hier durch Mehreinnahmen bei den Einkommenssteuern mehr als ausgeglichen würden. Wie man sieht, war diese Annahme falsch, die Einkommenssteuer ist sogar um ein Viertel geschrumpft, und das ist überhaupt nicht verwunderlich. Jeder Toilettenpächter weiß, dass es bei Gewerbe- und Körperschaftssteuer kaum Spielräume gibt, die sind recht übersichtlich. Völlig anders ist es bei den Einkommenssteuern, der Markt mit Büchern und Computerprogrammen »für ganz legale Steuertipps« boomt.

Erkennbar wird: Die gesamte Neuverschuldung des Staates Bundesrepublik Deutschland ist durch den Rückgang bei Körperschaftssteuern und Einkommenssteuern verursacht. Das ist das Ergebnis der zweiten Stufe der Steuerreform, sie bewirkt, dass die Unternehmen und die Bezieher hoher Einkommen weniger Steuern zahlen. Die Defizite werden durch Lohn- und Verbrauchssteuern verringert oder in Hypotheken auf die Zukunft verwandelt, was wiederum durch die »kleinen« Leute zu tragen sein wird, von denen ja 75 Prozent der Steuern eingetrieben werden.

Das Ganze läuft unter der Losung, »den Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen«. Ob das gelingt, ist in der gegenwärtigen weltweiten Wirtschaftskrise mehr als fraglich. Das reale Ergebnis ist, dass die Umverteilung von unten nach oben in keiner Weise gestoppt, sondern weiter getrieben ist. Vor allem die großen Kapitale sind es, die profitieren, sie tragen bei steigenden oder anhaltend hohen Gewinnen immer weniger zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Bei der dritten Stufe der Steuerreform wird es – da muss man kein Prophet sein – nicht anders laufen. Steuerpolitik ist Klassenpolitik – bevorteilt die einen, benachteiligt die anderen. Der neoliberale Zeitgeist lacht sich ins Fäustchen.

Der Widerspruch hat auch die andere Seite

Deutschland ist eine alternde Gesellschaft und dies in einem höheren Maße als in vergleichbaren Ländern. Zugleich ist Deutschland eine Gesellschaft, in der immer weniger Menschen im Berufsleben stehen.

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitslose im Juni 2003
in Tausend¹¹

11 Zusammengestellt und berechnet nach: www.arbeitsamt.de/hast/statistik/zentral/s0001d.pdf.

	Juni 2003	Veränderung ggü. Vorjahr	Veränderung in Prozent
Erwerbstätige	38.153,0	-544,0	-1,4
Sozialvers. Beschäftigte	26.917,4	-703,6	-2,5
Arbeitsuchende	5.255,0	313,9	6,4
Arbeitslose	4.257,4	303,1	7,7
Leistungsempfänger	3.903,0	k. A.	k. A.
Arbeitslosenquote (abh. B.)	11,3	10,5	0,8
gemeldete Stellen	373,2	-124,1	-25,0
Förderungen	899,5	-102,7	-10,2

Gegenwärtig gibt es in diesem Land reichlich 38 Millionen Erwerbstätige. Damit kommt auf jede wirtschaftlich aktive Person etwa auch eine, die nicht, nicht mehr oder noch nicht erwerbstätig ist. In nur einem Jahr hat sich diese Zahl um eine reichliche halbe Million verringert. Zehn Jahre sind ein überschaubarer Zeitraum, hält der Trend an, werden das im Jahr 2013 noch reichlich 32 Millionen sein, das Verhältnis wird dann drei zu fünf sein. Noch stärker ist die Abnahme bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Lohnarbeiter), das sind in Deutschland insgesamt etwa 27 Millionen (knapp 22 Millionen im Westen, 5,2 Millionen im Osten, hier gab es einmal 12 Millionen Berufstätige), der Rückgang der hier von 2001 zu 2002 zu konstatieren ist, beträgt 700 000. Allein die Zahl der Arbeiter hat sich in den letzten zwei Jahren um 1,1 Millionen verringert, die sind als Menschen natürlich nicht verschwunden, sie sind nicht mehr am Arbeitsprozess beteiligt. Zugleich gibt es knapp 5,3 Millionen Arbeitssuchende (von den Arbeitsämtern anerkannt), knapp 4,3 Millionen von ihnen sind als Arbeitslose registriert, weil sie anspruchsberechtigt sind. Beide Zahlen haben sich im letzten Jahr um reichlich 300 000 erhöht¹². 34 Prozent der registrierten Arbeitslosen sind Frauen, 61 Prozent kommen aus Arbeiterberufen, 11 Prozent sind unter 25 Jahren, 25 Prozent sind älter als 50 Jahre, der Anteil der Langzeitarbeitslosen beträgt 35 Prozent, hier ist die Zunahme besonders rasant, ihre Zahl hat sich um 14,5 Prozent erhöht.

Dem stehen 370 000 gemeldete offene Stellen gegenüber, d. h. auf einen zu besetzenden Arbeitsplatz kommen 14 Arbeitssuchende. Diese Realitäten entlarven alle Ankündigungen, Arbeitslosigkeit werde verringert, wenn der Druck auf die Arbeitslosen erhöht wird, als das, was sie sind, als hilfloses Gerede, und die entsprechende gesellschaftspolitische Praxis als unsozial, als soziale Ungleichheiten verschärfend.

Auf dieser Seite des Klassenwiderspruchs vollziehen sich gleichzeitig mehrere Prozesse. Die Zahl der Lohnarbeiter verringert sich bei gleichzeitig weiteren Veränderungen ihrer Struktur, ihre Ein-

12 Dies für die kapitalistischen Metropolen generalisierend schreibt Max Koch »... dass dieselben Ursachen, die ... Produktivitätserhöhungen bewirken, unter sonst gleichbleibenden Umständen zur Produktion einer ›überflüssigen‹ Bevölkerung führen. Arbeitsmarktmarginalisierung ist in verschiedenen Formen anzutreffen, vor allem als Unterbeschäftigung, ›prekäre‹ Beschäftigung sowie (temporäre oder dauerhafte) Arbeitslosigkeit.« Max Koch: Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa, Wiesbaden 2003, S. 28.

kommen stagnieren, ihr Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand ist insgesamt rückläufig. Immer mehr werden aus dem Arbeitsprozess heraus gedrängt, ein wachsender Anteil auf Dauer, der Rand der Gesellschaft wird breiter. Damit nehmen aber auch der Druck auf die Lohnarbeiter und die Konkurrenz zwischen ihnen zu, Leistungsanforderungen und Leistungsdruck wachsen weiter an.

Die Mitte wird zerrieben

Noch vor einem halben Jahrhundert bildeten in der Bundesrepublik Deutschland (alt, ohne DDR) die Selbständigen und ihre mithelfenden Familienangehörigen reichlich 30 Prozent der Erwerbstätigen, dazu kamen Gruppen von Lohnabhängigen in Mittelschichtenlagen (Beamte der oberen Besoldungsgruppen, leitende und qualifizierte Angestellte) im Umfang von 3 bis 4 Prozent der Erwerbstätigen. Die Mittelschichten umfassten damals ein reichliches Drittel der Bevölkerung.

Anfang der 90er Jahre war der Anteil der traditionellen Mittelschichten (Einzelhandel, Reparaturen und Dienstleistungen, Gastwirte usw.) auf etwa 10 Prozent zurückgegangen. Und doch herrschte in der Gesellschaft das Bild einer »Mittelstandsgesellschaft« vor, in den westlichen Bundesländern rechneten sich 70 Prozent den Mittelschichten zu (im Osten waren das nur 40 Prozent). In der Tat hatte sich im Zuge der Wohlstandsentwicklung in den kapitalistischen Metropolen der Anteil der Personen in Mittelschichtlagen ausgeweitet, nach objektiven Kriterien allerdings geringer als nach den Selbstzuordnungen. Die lohnabhängigen Mittelschichten hatten in Deutschland Anfang der 90er Jahre einen Anteil von reichlich 30 Prozent (im Westen etwa 35 Prozent, im Osten reichlich 20 Prozent). Zu dieser Zeit bildeten somit die Mittelschichten (traditionelle und lohnabhängige) einen Anteil von reichlich 40 Prozent.

Im vergangenen Jahrzehnt haben erhebliche Veränderungen eingesetzt. Sie hängen mit Entwicklungen im »modernen« Kapitalismus zusammen, sowohl seitens der Produktionsverhältnisse als auch seitens der Produktivkräfte, also mit sozialökonomischen Prozessen. Das macht es legitim, sie im Zusammenhang mit Klassenanalyse zu betrachten. Ein heftiger Verdrängungswettbewerb trifft vor allem auch die traditionellen Mittelschichten. Vor einem halben Jahrhundert gab es noch in jedem Stadtviertel einen privaten Milchhändler, nun längst verschwunden. Der sprichwörtliche »Tante-Emma-Laden« ist nur noch Geschichte. Schneider, Schuhmacher, Lebensmittelhändler, Gastwirte, Elektro- und Fernsehwerkstätten usw. – alles verdrängt.

Aber auch die lohnabhängigen Mittelschichten sind betroffen. Mit der Verschlingung der Unternehmensstrukturen verschwinden ganze Ebenen des Managements, eine Reduzierung von Zahl und Anteil der Führungskräfte (von 6 auf 3 Prozent) ist statistisch nachweisbar. Es gibt weitere strukturelle Veränderungen, »outsourcing« ist dafür ein Stichwort.

Infolge technologischer Entwicklungen hat sich in den kapitalistischen Metropolen die Arbeit an und mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien rasant ausgebreitet. Ich nenne das entsprechende Personal »Informationsarbeiter«. Diese neue

Gruppe macht gegenwärtig in Deutschland in den westlichen Bundesländern 30 Prozent und in den östlichen Bundesländern 24 Prozent der Erwerbstätigen aus.

Die sozialen Träger dieses neuen Typs von Arbeit befinden sich sozialökonomisch in sehr unterschiedlichen Lagen. Zum Teil handelt es sich eindeutig um Lohnarbeit, um moderne Formen kapitalistischer »Schwitzbuden«, wie im Call-Center und im E-Commerz. Sie sind teilweise Selbständige (oft Scheinselbständige). Hier ist eine Art Austausch mit den traditionellen Mittelschichten zu konstatieren. Mehrheitlich handelt es sich jedoch um Angestellte in Schaltstellen der Unternehmen, der Verwaltungen, in den Medien, in der Wissenschaft und in Kulturbereichen, dazu gehören aber auch Ingenieure und Arbeiter in der Entwicklung und Herstellung von Hardware und Software, in den Technikzentralen der Kommunikationsunternehmen usw.

Die Unverzichtbarkeit ihrer fachlichen Kompetenz ermöglicht ihnen sehr häufig Soziallagen in Mittelschichtenpositionen. Soweit sie wirtschaftlich aktiv sein können – es gibt in diesem Bereich auch Aussteiger und Nieschenexistenzen –, gehören sie zu den wohlhabenderen Teilen der Bevölkerung. Für sie alle jedoch gilt – für die Selbständigen wie für die Lohnabhängigen –, dass sie erhebliche soziale Risiken zu tragen haben. Im Jahr 2002 kamen auf 720 Tausend neue Gewerbeanmeldungen 650 Tausend Abmeldungen und 35 Tausend Insolvenzen. Die langfristige Sicherheit, auf die traditionelle Mittelschichten über viele Jahrzehnte rechnen konnten, gibt es nicht mehr. Zum einen ist die Konkurrenz sehr groß. Zum anderen ist die Geschwindigkeit technologischer Entwicklungen anhaltend hoch, womit permanent verbunden ist, dass ein Teil dieser neuen Arbeit bereits wieder überflüssig wird.

Im letzten halben Jahrhundert war die breite Mitte der Gesellschaft bei allen Veränderungen – die Reduzierung der traditionellen Mittelschichten wurde durch die Ausweitung der lohnabhängigen Mittelschichten mehr als ausgeglichen – gerade wegen ihrer relativ großen sozialen Sicherheit durchaus von Bedeutung, sowohl für die politische Stabilität, als auch für Alltagskultur und Kommunikation (zum Beispiel als Multiplikatoren für Hegemonie). Wenn diese breite Mitte abschmilzt – und das ist der zur Zeit zu konstatierende Vorgang –, kann das erhebliche und sozialkulturell folgenreiche Veränderungen mit sich bringen.

Bei den staatstragenden Teilen der politischen Elite gehört es immer noch zu den gewohnten Ritualen, die Mittelschichten in den höchsten Tönen zu loben, den »Mittelstand« als Träger von Innovation, Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung. Mit den Realitäten hat das nichts mehr zu tun. Nicht nur, dass die herrschende Politik die neuen Entwicklungen nicht zur Kenntnis nimmt, sie trägt unmittelbar zur Verschärfung der Probleme bei. Demnächst wird in Deutschland der Meisterzwang für die meisten Gewerke des Handwerks aufgehoben werden, das wird die Vernichtung der traditionellen Mittelschichten noch beschleunigen. Die diversen Steuervergünstigungen, die in neoliberal angelegten Umbauprozessen in den letzten Jahren die Sahnestückchen waren, greifen vor allem für das große Kapital, kaum für Kleinunternehmen. Hingegen treffen die Erhöhungen von

Steuern, Sozialabgaben und Tarifen für die Lohnabhängigen zugleich auch die Mittelschichten voll, die lohnabhängigen wie die selbständigen, die neuen wie die alten.

Zu den Veränderungen in der Klassenstruktur gehören diese Umbauprozesse in den Mittelschichten. Die Veränderungen in den Mittelschichten werden in der Öffentlichkeit und in der Politik bisher wenig beachtet, obwohl sie tiefgreifende soziale, kulturelle und ökonomische Konsequenzen haben.

Zum Abschluss

Die obigen Darlegungen zu Veränderungen in der Klassenstruktur im Kapitalismus als Informationsgesellschaft, im globalisierten Kapitalismus waren nicht systematisch. Aber auch dieses eher episodische Herangehen zeigt, dass diese – und weitere – Prozesse und Aspekte zusammenhängen. Nicht alles an diesen Veränderungen in der Klassenstruktur ist im Marx'schen Sinne naturgesetzlicher Prozess. Sehr vieles ist den gesellschaftlich-politischen Kräfteverhältnissen, der gestaltenden Politik und dem – wenig spontanen – Zeitgeist geschuldet. Wie die Klassenverhältnisse sich binnengesellschaftlich, regional und global gegenwärtig real darstellen und wie sie ihre Dynamik entfalten, welche realen Alternativen es gibt oder entwickelt werden können, dazu gibt es Analyse- und Diskussionsbedarf.

Zwei Schlussfolgerungen allerdings drängen sich auf:

1. Alternativen rücken nur und erst in den Bereich des Möglichen, wenn sich in der Gesellschaft ein Bündnis zwischen der sozialen Mitte, den Lohnarbeitern und den Marginalisierten wenigstens zu formieren beginnt und wenn wirkliche und wirksame Anstrengungen unternommen werden, Gegenhegemonien – wie es Michael Brie bezeichnet hat¹³ – zu entwickeln. Aber das ist ein weites Feld.

2. Im modernen Kapitalismus sind tiefgreifende Veränderungen in der Klassenstruktur in Gang gesetzt, die ohne Einbeziehung der globalen Perspektive nicht adäquat erfasst werden können, und für die nicht realistische Alternativen zu finden sind, wenn diese Ebene nicht berücksichtigt und einbezogen wird und wenn nicht begonnen wird, auf dieser Ebene zu handeln. Wie hieß es doch gleich? »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!«

13 Vgl. Michael Brie: Ist die PDS noch zu retten? Analyse und Perspektive (Manuskript), Berlin, Mai 2003, S. 2, 21.

Utopie fragt nach Utopie

Gespräch mit DIETER KLEIN und MICHAEL BRIE

Das Buch heißt im Untertitel »Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung«. Die Wortschöpfung »Zukunftsbericht« ist nicht neu. Aber sie enthält einen Widerspruch, berichten kann man über etwas, das im Gange ist oder schon stattgefunden hat. Findet die Zukunft schon statt, oder warum hat sich die Stiftung, warum habt Ihr Euch für diesen Begriff entschieden?

DIETER KLEIN: Zukunftsbericht – zunächst verweist dieser Begriff darauf, dass sich die RLS mit ihrer Publikation bewusst auch in die Auseinandersetzung mit Grundvorstellungen anderer begibt, die beispielsweise von der Kommission für Zukunftsforschung der Freistaaten Bayern und Sachsen und von der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung vertreten werden.

Entscheidend ist aber etwas anderes: In der Tat berichten wir über Entwicklungen, die schon im Gange sind und die unterschiedliche Entwicklungswege in die Zukunft bereits heute sichtbar machen. Wir konstatieren eine globale Scheidewegsituation. Der gegenwärtig bestimmende ist der neoliberale Weg in eine Welt-Marktgesellschaft. Der neosozialdemokratische Weg läuft auf einen Balanceakt zwischen Anpassung an die Weltmarktzwänge einerseits und der modifizierten Teilerneuerung bereits erreichter politisch-sozialer Standards andererseits hinaus. In diesem Spagat nimmt die Gerechtigkeit jedoch so nachhaltigen Schaden, dass in der Annäherung an den Neoliberalismus dem Projekt der Dritten Wege die eigenen Konturen verschimmen. Wir schließen ferner nicht aus, dass gegenwärtige Phänomene wie der Aufstieg selbstmandatierter Angriffskriege als angeblich legitimes Mittel der Politik, autoritäre Herrschaftsformen, Demontage sozialer Netze, international organisiertes Verbrechen und global verbreitete Korruption in einen ausgeprägten entzivilisierten Kapitalismus münden könnten. Ein solcher Kapitalismus wäre die Konsequenz einer Welt-Marktgesellschaft, in der auch jene Dämme gebrochen sind, die heute noch durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, soweit sie eine Bedeutung haben, gehalten werden.

MICHAEL BRIE: Und wir stellen diesen Entwicklungspfaden Vorstellungen von den Umrissen emanzipatorischer Reformalternativen entgegen. Wir formulieren gegen das neoliberale Leitbild des sich selbst vermarktenden, flexiblen Menschen als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge ein anderes Leitbild: Der selbstbestimmt und solidarisch handelnde Mensch in sozialer Sicherheit und Solidarität, der in Frieden zu leben vermag.

Dieter Klein – Jg. 1931; Prof. Dr. oec. habil., Wirtschaftswissenschaftler. Vorsitzender der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Demokratischer Sozialismus – ein-transformatorisches Projekt, Heft 147 (Januar 2003).

Dieter Klein (Hrsg.), Michael Brie, Judith Dellheim, Rainer Land, Dieter Zahn: Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Karl Dietz Verlag Berlin 2003, 355 Seiten, 14,95 €.

Das Gespräch führten Dietmar Wittich und Jörn Schütrumpf.

Die politischen Kräfteverhältnisse und damit die Wirkungs- und Einflussmöglichkeiten von Parteien werden wesentlich davon bestimmt, wer im Wahlvolk wie viel welcher Partei zutraut, die Zukunft gestalten zu können. Wird im Buch ein Szenario, eine Vision oder gar eine Utopie entworfen? Wie ist Euer Angebot?

DIETER KLEIN: »Ein Volk ohne Vision geht zugrunde«. Mit diesem Zitat aus den Sprüchen des Salomo (29, 18) überschrieb Dorothee Sölle ihr letztes Buch. In Luthers Übersetzung heißt es: »Wo keine Weissagung ist, wird das Volk wild und wüst.« Unser Buch ist fern von Weissagungen. Doch der Titel des Buches »Leben statt gelebt zu werden« umreißt nach unserem Empfinden eine große Vision. Nicht eine ausgeklügelte, nicht eine aus unsichtbar waltenden Gesetzmäßigkeiten abgeleitete Vision, sondern eine, die das auf den Punkt bringt, was Millionen Menschen sich wünschen. Nicht gelebt zu werden aufgrund der Abhängigkeit von den ökonomisch und politisch Mächtigen, von bürokratischen Bestimmungen, unter den Zwängen von Arbeitslosigkeit und knappem Einkommen und unter dem Druck von alltäglichen Ängsten, den noch vorhandenen Arbeitsplatz irgendwann zu verlieren, bei Krankheit nicht mehr genügend gesichert zu sein oder in Altersarmut zu geraten. Gegen fremdbestimmtes Leben nehmen wir die Tradition von sozialen und Befreiungsbewegungen und den starken Zeit-trend auf, das eigene Leben selbst bestimmen zu wollen, und fordern als Bedingung dafür soziale Sicherheit ein – statt des ständigen Drucks von drohendem sozialen Absturz, den viele empfinden.

MICHAEL BRIE: Unsere Vision verweist unmittelbar auf Handlungsnotwendigkeiten. Sie rückt einen Prozess in Richtung einer Gesellschaft in das Zentrum, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« (Marx/Engels, MEW Bd. 4, S. 482) Die Freiheit des Individuums als das Ziel einer emanzipatorischen Reformalternative, die die einen als nachhaltige Entwicklung, die anderen als »Weg Gottes auf Erden« (so in der lateinamerikanischen Befreiungstheologie) und wiederum andere als demokratischen Sozialismus bezeichnen. Der irdische Charakter dieser Vision von der kollektiven und individuellen Freiheit für jede und jeden wird darin deutlich, dass wir eine Frage stellen und beharrlich auf ihrer Beantwortung bestehen, die in neoliberalen Deutungen individueller Freiheit kategorisch ausgeschlossen bleibt: Was brauchen Menschen für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit? Unsere Antwort ist, dass individuelle Freiheit für alle die soziale Gleichheit der Teilhabe an elementaren Lebensbedingungen voraussetzt, die wir daher als Freiheitsgüter bezeichnen. Freiheit und soziale Gleichheit werden in engstem Zusammenhang miteinander als Orientierung für solidarische soziale Kämpfe um existenzsichernde Arbeit, diskriminierungsfreie Bildung für alle, für gleichen Zugang zu medizinischen Leistungen und sozialer Sicherheit just in der Situation behandelt, in der Wolfgang Clement und Olaf Scholz eine zunehmende »gerechte Ungleichheit« proklamieren. Eine »eingreifende Vision« also, eine, die auf dringliches Handeln hier und heute verweist, wird von uns vertreten.

Michael Brie – Jg. 1954;
Prof. Dr., Philosoph,
Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Zuletzt in UTOPIE kreativ:
Zwischen Wärmestrom und Kälteschock, Heft 153/154 (Juli/August 2003).

In der Partei des Demokratischen Sozialismus findet eine Programmdebatte statt. In welchem Verhältnis steht der »Zukunftsbericht« zu dieser Diskussion?

MICHAEL BRIE: Die RLS ist vor allem politischer Bildung verpflichtet. Aber sie nimmt auch politikberatende Aufgaben wahr. Was sie als wichtige Inhalte humanistischer Bildung ansieht, trägt sie auch der PDS an, der sie nahe steht. Das galt für den Kommentar zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus und für das Buch »ReformAlternativen – sozial, ökologisch, zivil«. Und unser »Zukunftsbericht« hat ebenfalls einen engen Bezug zur Diskussion in der PDS, besonders zu ihrer Programmdebatte. Das ließ sich schon deshalb schlecht vermeiden, weil die beiden Hauptautoren des Berichts zugleich der Redaktionskommission angehören, die den Programmentwurf verfasst hat. Das Buch »Leben statt gelebt zu werden« könnte auch als ausführliche Begründung wesentlicher Gedanken aufgefasst werden, die den Programmentwurf bestimmen oder ihm zugrunde liegen, ohne dort näher ausgeführt zu sein.

Das gilt für die Analyse der historischen Situation einer Weggabelung, in der sich Entscheidungen zwischen unterschiedlichen Entwicklungswegen herausbilden. Das betrifft die ausführliche, auch theoretische Fundierung einer Politik der Gerechtigkeit als das Bestimmende demokratisch-sozialistischer Politik und schlägt sich im Programm schließlich in dem einfachen Satz nieder: »Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit.«

Dem Zukunftsbericht liegt ferner die Auffassung zugrunde, dass demokratischer Sozialismus nicht allein als Ziel, sondern als ein ständiger Prozess von Reformschritten mitten in der bürgerlichen Gesellschaft mit transformatorischen Zügen zu verstehen ist, der über die Grenzen des Kapitalismus hinaus weist.

DIETER KLEIN: Gerade dieses Verständnis von demokratischem Sozialismus als Prozess trifft in Teilen der PDS auf Unverständnis und ruft den Verdacht opportunistischer Anpassung an die gegebenen Verhältnisse hervor. Wir wünschten uns, dass sich die Vertreterinnen und Vertreter solcher Vermutungen sachlich mit unserer Gedankenführung sowohl im Zukunftsbericht als auch in der im Zusammenhang mit ihm entstandenen Schrift »Sozialismus als Tagesaufgabe« auseinandersetzen. Dies würde dem Verständnis des künftigen Programms der PDS und ihrer Diskussionskultur wohl förderlich sein.

Eine Grundaussage im Entwurf für ein Parteiprogramm ist, dass demokratischer Sozialismus dann und nur dann erfolgreich einen alternativen Entwicklungsweg mitbestimmen wird, wenn es gelingt, die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft entschieden zugunsten demokratischer sozialer Kräfte zu verschieben und wenn es die PDS durch eigenen Wandel erreicht, ihr Profil und eigene Politikangebote in das gemeinsame Wirken mit anderen demokratischen, sozialen und politischen Bewegungen einzubringen und zu ihrer Vernetzung beizutragen. Der Zukunftsbericht widmet der Behandlung alternativer Akteure und ihrer Motivationen ein ganzes Kapitel.

Wie ist das Buch aufgebaut?

DIETER KLEIN: Der Aufbau des Buches folgt unserem Anliegen, die Vision einer Gesellschaft darzustellen, in der die Menschen selbstbe-

»Eine sozialistische Gesellschaft, wie wir sie anstreben, ... ist eine Gesellschaft in der die Profittendenz beseitigt ist. Sie verwirklicht eine sich auf die politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Verhältnisse erstreckende Demokratie. Sie erfordert die Unterordnung der Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise unter das Prinzip, allen Bürgerinnen und Bürgern die Bedingungen für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben zu ermöglichen.«
 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Überarbeiteter Entwurf. Zit. nach: PDS Presdienst, Nr. 35/2003, S. 3.

»Für uns sind Menschen nicht deshalb wertvoll, weil sie sich kapitalistisch bewerten und verwertet werden. Wir insistieren darauf, dass Menschen zunächst einmal unverwechselbare einmalige Individuen sind, denen alle Grundbedingungen ihrer Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung zustehen, einfach, weil sie Menschen sind. Unser Maßstab ist solidarische Individualität und nicht auf Verdrängungswettbewerb orientierte Funktionalität. Solidarität und nicht Verwertbarkeit macht für uns den Grundzusammenhang von Gesellschaft aus.«
 Zukunftsbericht, S. 99f.

stimmt und solidarisch leben können. Und das nicht von Wolkenkuckucksheim aus oder mit einem Bild von einem »neuen« Menschen, sondern – im Sinne von Ernst Blochs »konkreten Utopien« – aus den Lebensprozessen und Erwartungen real existierender Individuen.

Das erste Kapitel beginnt nicht etwa mit der Verkündung unserer eigenen Zukunftsvorstellungen, sondern mit der empirischen Analyse von Befindlichkeiten, Erwartungen und Überzeugungen der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik – vor allem gestützt auf Befragungen von Michael Chrapa und Dietmar Wittich, aber auch auf andere repräsentative Untersuchungen. Dabei stellt sich heraus, dass unsere eigenen Alternativen durchaus nicht nur an den Ängsten, sondern auch am Gerechtigkeitssinn und am Eindruck der meisten Befragten anknüpfen können, in einer ungerechten Gesellschaft zu leben, die deshalb erheblichen Wandels bedarf. Erkennbar werden aber auch die Ambivalenzen im öffentlichen Bewusstsein, beispielsweise, dass die Erwartung sich vertiefender Klüfte zwischen Arm und Reich durchaus mit der mehrheitlichen Aussage zusammenfällt, in Deutschland gut leben zu können. Die Überzeugung, dass gegen die Mächtigen im Lande ohnehin nicht viel zu machen sein wird, wird bei Vielen von der Bekundung der Bereitschaft begleitet, sich selbst für Veränderungen mehr engagieren zu wollen – wenn es denn die Aussicht auf Erfolg gäbe.

Das erste Kapitel wendet sich ferner in ökonomischen Analysen der wichtigen Frage zu, warum in der westlichen Welt in den »goldenen Jahrzehnten« nach dem Zweiten Weltkrieg eine sozialstaatliche Bändigung des Kapitalismus möglich war und welche Widersprüche in die Krise dieses sozialstaatlichen (fordistischen) Nachkriegskapitalismus führten. Aus der Analyse der Probleme, die der Fordismus schließlich nicht zu lösen vermochte, ergeben sich in der Logik unserer Gedankenführung und Gliederung die Herausforderungen, denen sich Strategien für die künftige Entwicklung stellen müssen.

Und dies führt zu unserer Beschreibung der sich abzeichnenden, drohenden oder erstrebenswerten gegensätzlichen Wege und Strategien als Antwort auf die Krise des Fordismus: neoliberal geprägter Kapitalismus, Dritte Wege der neuen Sozialdemokratie, entzivilisierter Kapitalismus oder emanzipatorische Reformalternativen.

Das zweite Kapitel »Eine andere Welt ist möglich!« behandelt Reformstrategien für eine gerechtere Gesellschaft. Es umfasst eine Auseinandersetzung mit dem Gerechtigkeitsdiskurs des Neoliberalismus und der Sozialdemokratie im Spiegel skandalöser realer Ungerechtigkeiten, ferner die theoretische Begründung einer Politik der Gerechtigkeit, die Behandlung von Freiheitsgütern als Bedingung für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit und die Darstellung von Grundzügen einer emanzipatorischen und solidarischen Reformalternative.

MICHAEL BRIE: Im dritten Kapitel spätestens steigt das Nach- und Vorausdenken über zentrale Fragen unserer Zeit in ganz irdische Gefilde hinab. Was »Leben statt gelebt zu werden« heißt, wird auf einem zentralen Feld gegenwärtiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen deutlich gemacht. Das dritte Kapitel handelt von sozial-ökologischem Umgang der Arbeitswelt entsprechend dem in den vorangegangenen Kapiteln entwickelten Leitbild.

»Die Autoren dieses Zukunftsberichts vertreten ... ein alternatives politisches und gesellschaftliches Projekt, das sie als *emanzipativ-solidarische Reformalternative* bezeichnen. Gemeinsam mit vielen anderen fragen wir danach, wie in der gegenwärtigen Krise auf demokratische Weise der Einstieg in einen sozialen, ökologischen und gerechten Entwicklungspfad gefunden werden kann.« S. 84.

»Der von uns gewählte Ansatz, eine Politik der Gerechtigkeit als Kampf für einen sozial gleichen Zugang aller zu den Grundbedingungen eines erfüllten Lebens zu verstehen, bindet Freiheit und Gleichheit auf eine sehr elementare Art zusammen. Er geht von einer ganz einfachen Frage aus: Was brauchen die Menschen für ein von ihnen selbst frei bestimmter eigenes Leben?«

»Menschen brauchen die Möglichkeit gleicher Teilhabe an den grundlegenden Entscheidungen in den Gemeinschaften, in denen sie leben, weil sonst alle Selbstbestimmung Illusion bleibt.«

»Menschen brauchen Unantastbarkeit ihres Lebens.«

»Menschen brauchen die Stabilisierung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen.«

»Menschen brauchen Teilhabe an existenzsichernder Arbeit.«

»Menschen brauchen in einer zunehmend auf Wissen basierten Gesellschaft mehr denn je sozial gleichen Zugang zu Bildung, Wissen und Kultur.«

»Menschen brauchen für ein selbstbestimmtes Leben die Freiheit von sozialen Existenzängsten.«

S. 124-128.

Im vierten Kapitel stellen wir uns der Frage, welches die Akteure alternativer Entwicklung gegenwärtig sind und künftig sein könnten.

Der heutige Zeitgeist ist nicht gerade ein Widerspruchsgeist, er fordert Konformität ein, die – so scheint es – auch häufig bereitwillig gewährt wird. Sie stellen eine andere Welt als möglich in Aussicht. Wie begründet Ihr diese Alternative?

DIETER KLEIN: Warum wir eine andere Welt für möglich halten – dies ist nicht leicht zu beantworten, da doch die Zeichen der Zeit überwiegend neoliberal gestellt sind. Nicht leicht zu beantworten auch deshalb, weil eine emanzipatorische Alternative, weil demokratischer Sozialismus tiefgreifenden Wandel der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zur Voraussetzung hat. Und wir wissen nicht, ob, wann und wie es zu solchem Wandel kommen wird. Die Geschichte ist offen. Aber immerhin ist sie nicht unausweichlich durch die Gesetzmäßigkeiten des Profits und des Marktes vorausbestimmt. Es ist ja eine eigenartige Ironie, dass die Repräsentanten neoliberalen Denkens auf jenes eherne Wirken dieser Gesetze pochen, das ihnen doch stets Anlass war, das Marxsche Denken als ökonomistisch und deterministisch zu verteufeln. Nur geben sie sich deterministischer als Marx, der da bei Gelegenheit der Analyse des Profitgesetzes und der Bewegung der Profitrate zu der Schlussfolgerung kam, dass sich diese Frage in die Frage des Kräfteverhältnisses der Kämpfenden auflöse. Genau darauf verweist unser Buch immer wieder. Dies liegt auch unserem Verständnis des demokratischen Sozialismus als transformatorischem Prozess zugrunde.

Wir knüpfen an die Erfahrung in der Geschichte an, dass die Kämpfe der Ausgebeuteten, der Unterdrückten und Ausgegrenzten und derer, die in besserer Situation gleichwohl eine veränderte Gesellschaft wollten, nie dauerhaft unterdrückt werden konnten.

Am 15. Februar dieses Jahres erlebten wir, dass es noch niemals vor Beginn eines Krieges eine so starke, erdumspannende, organisierte Ablehnung gab wie in unserer Zeit. Bei dieser Gelegenheit und im Porto-Alegre-Prozess werden neue soziale Träger einer anderen Welt erkennbar.

Wir beobachten weltweit den Aufstieg der Gerechtigkeit im Wertgefüge der Menschheit als Motiv für Kämpfe um eine bessere Gesellschaft.

Wir analysieren, dass die modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften nicht auf erträgliche Weise funktionieren können, ohne Zivilisationspotenziale und Bewegungsmöglichkeiten hervorzutreiben, die Ansätze für alternative Politik bieten.

Wir sind in unseren Workshops gemeinsam mit anderen linken Parteien und Kräften daran beteiligt, die seit Mitte der 70er Jahre entstehenden Bedingungen und die sich gegenwärtig in rascher Folge vollziehenden Schübe des Abschieds vom europäischen Sozialmodell zu verarbeiten, um zu neuen Antworten der Linken zu gelangen, für die allerdings Zeit gebraucht wird, die aber künftig Chancen zur Veränderung der geistigen Hegemonieverhältnisse und des politischen Kräfteparallelogramms bieten können.

Und ich halte mich gern an die Frage von Hermann Hesse, mit der er den chinesischen Moralphilosophen Konfuzius zu charakterisie-

»Die Bereitschaft und Fähigkeit von Menschen, ihre Lebenswelt emanzipativ und solidarisch zu gestalten und an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu partizipieren, ist für eine Reformpolitik von größter Bedeutung.« S. 156.

ren versuchte: »Ist das nicht der, der genau weiß, dass es nicht geht, und es trotzdem tut?«

Und im übrigen – allein die Vertiefung der Umweltkrise wird in den kommenden Jahrzehnten einen einschneidenden Wandel von Produktions-, Lebens- und Regulationsweisen auf die Tagesordnung setzen. Dann kommt es auch darauf an, wer geistig und politisch darauf vorbereitet ist.

Dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe, ist nicht nur ein häufig kolportierter Satz von Hannah Arendt, es ist auch für viele Menschen, gerade auch für junge, Alltagserfahrung. Im Buch wird eine andere Perspektive aufgemacht. Was kann sozialistische Politik den Jungen, die bisher ohne berufliche Chancen sind, und den »überflüssig« werdenden Alten bieten?

DIETER KLEIN: Die Frage macht uns eine Schwierigkeit in der Auseinandersetzung mit den ungelösten Problemen der Gegenwart besonders deutlich. Fragen der Veränderung der Arbeitswelt sind wie viele andere Probleme so hochkomplex, dass sie zwangsläufig zu komplizierten Antworten verleiten – deren Formulierung hier den Rahmen sprengen würde. Aber zugleich hat der Funktionsmechanismus der Medienwelt bei vielen Menschen die Erwartung einfacher Antworten hervorgebracht und auch Parteien unter diesen Druck gebracht.

Es bleibt eine Aufgabe für die absehbare Zeit, Einstiegsprojekte im demokratischen Wandel herauszufinden und so zu formulieren, dass sie leicht verstanden werden können und mobilisierend wirken. MICHAEL BRIE: Unser Ausgangspunkt ist, dass bei Dominanz des Profits als wichtigsten Entscheidungsmaßstab in der Arbeitswelt und bei Reduktion des Menschen auf seine Funktion für Kapitalverwertung Entlassungen und Arbeitslosigkeit unvermeidlich sind, wenn sich Arbeit »nicht rechnet«. Die Beschäftigung von Menschen in der öffentlichen Daseinsvorsorge ist oft nicht oder nicht genügend profitabel für privates Kapital. Die Begrenzung dieser Beschäftigung im Gesundheitswesen, in Pflege, Kultur, Schutz der Umwelt, Betreuung von Jungen und Alten ist daher bereits vorgezeichnet. Beschäftigungsfördernde regionale Wirtschaftskreisläufe erhalten kaum eine Chance, es sei denn als getarnte Spielwiese für global operierende Großunternehmen. Öffentliche Investitionen gelten den privaten Konzernen und Großbanken als Sünde wider die Marktgläubigkeit – vielen Kleinunternehmen allerdings sind kommunale Aufträge überlebenswichtig.

Also war herauszufinden, zu welchen Schritten denn das alternative Leitbild selbstbestimmt handelnder Menschen in sozialer Sicherheit für die Arbeitspolitik führen sollte. Es war zu beantworten, welche Veränderungen in der Arbeitswelt unter gegebenen Verhältnissen mit positiven Wirkungen für die Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze relativ »leicht« erreicht und wie sie weiter getrieben werden könnten – mit Blick auf einen transformatorischen Prozess.

DIETER KLEIN: Verteidigung und Erweiterung der Massenkaufkraft auf dem Binnenmarkt, um durch Nachfrage Arbeitsplätze zu sichern – so lautet eine erste Antwort. Sofern dies effizientere Förderung von Existenzgründern und kleinen Unternehmen einschließt, ist das

»Die Krise der Arbeitsgesellschaft ist allgegenwärtig. Sie drängt die einen aus Arbeit und sozialem Zusammenhalt oder in prekäre Beschäftigung. Sie betrifft Frauen besonders, zumal die in Ostdeutschland, und befördert ihre Kinder nicht selten ins Abseits, weil sie mit den Klamotten der Kinder von Gutverdienenden nicht mithalten können. Frauen und Männer im mittleren Alter werden als zu alt ausgemustert. Viele Junge finden keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt. Und die anderen kommen nicht zum Leben, weil die Arbeit sie auffrisst. Nicht selten sind sie von der Angst getrieben, die Arbeit zu verlieren.«
S. 158

wahrlich keine systemsprengende Forderung. Soweit dies bedeutet, den Anteil der öffentlichen Investitionen in Deutschland am Bruttoinlandprodukt wenigstens um 30 Milliarden Euro auf die amerikanische Quote zu erhöhen, liegt auf der Hand, dass die Grundfesten des Kapitalismus nicht angetastet werden. Das gilt auch für die Verteidigung des bisherigen Niveaus von Sozialeinkommen und für Solidarität mit den gewerkschaftlichen Kämpfen um die Ausschöpfung des Verteilungsspielraums in Tarifverhandlungen.

Aber selbst solche Schritte richten sich gegen den Geist des Neoliberalismus, dem staatliche Förderung, staatliche Investitionen, soziale Sicherheiten und Flächentarifverträge als Blockierungen gelten, die beiseite zu schaffen sind. Das machbar Erscheinende gewinnt situationsbedingt Züge eines Gegenmodells und wird nur durch heftigste Kämpfe erreichbar sein.

MICHAEL BRIE: Noch mehr gilt dies für Arbeitszeitverkürzung, die nur dann Zustimmung bei den Gewerkschaftsmitgliedern selbst zurückgewinnen wird, wenn bindende Verpflichtungen der Unternehmer zu differenziertem Lohnausgleich, zur Neueinstellung von Arbeit Suchenden und Regelungen gegen weitere Leistungsverdichtung erreichbar sind. Gegenwärtig ist dies kaum in Sicht, entspricht aber einem mehr als einhundertjährigen Trend.

Wechsel zwischen existenzsichernder Arbeit, zeitweiliger unbezahlter Familienarbeit und Weiterbildung anstelle eines lebenslangen Normalarbeitsverhältnisses des männlichen Familienernährers im einmal erlernten Beruf entspricht den Tendenzen des flexiblen Kapitalismus. Transformatorische Züge einer alternativen Arbeitspolitik werden jedoch sichtbar, wenn solchen Wandel und solche Kombinationen aber zugleich mit dem Anspruch auf verfügbare Arbeitsplätze für alle Arbeit Suchenden und als freiwillige Entscheidung der Einzelnen bei Gleichberechtigung von Männern und Frauen eingefordert werden. Die schrittweise Einführung eines bedarfsorientierten Grundeinkommens oberhalb der relativen Armutsgrenze als Bürgerrecht und als soziale Absicherung zeitweiligen Ausstiegs aus dem Erwerbsleben in bestimmten Lebensphasen zu verlangen, geht natürlich noch weiter. Das bedeutet, dass ein Nein zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen ohne die Gefahr des sozialen Absturzes möglich werden soll.

Neue Arbeitsfelder durch sozial-ökologischen Umbau, durch Konzentration hochtechnologischer Innovationen auf eine ökologische Wende und durch entschiedene Ausweitung humanorientierter Dienstleistungen zu erstreben, ist ein Überlebensinteresse. Aber es steht gegen die Profitdominanz in der Gesellschaft. Solche Entwicklung – vielfach unverträglich mit hohen Renditeerwartungen des Kapitals – wäre mit der Ausweitung eines Dritten Sektors, eines beschäftigungsorientierten Non-Profit-Sektors weit über seine gegenwärtige Bedeutung hinaus verbunden.

DIETER KLEIN: Alternative Arbeitspolitik knüpft an unmittelbare Interessen der Betroffenen, an weit verbreitete Forderungen von Gewerkschaften und anderen Kräften an und zeichnet sich zugleich durch transformatorische Potenziale aus. Sie wird im Buch exemplarisch für das Verständnis des demokratischen Sozialismus als Transformationsprozess behandelt. Wir können das in einer knappen Antwort auf Eure Frage nur andeuten.

»Eine alternative Transformation der fordistischen bzw. zunehmend neoliberal bestimmten Arbeitsgesellschaft müsste umfassen:

1. Erwerbsarbeit für alle Arbeit Suchenden und Neukombination des Zusammenhangs von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit in den Industrieländern ohne Diskriminierungen.
2. Eine Neuverteilung der Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen.
3. Eine Neuverteilung der Erwerbsarbeit zwischen prosperierenden Regionen und Krisenregionen.
4. Eine gerecht Weltwirtschaftsordnung, in der die internationale Arbeitsteilung die Länder des Südens dabei unterstützt, die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung von mehr einer Milliarde Menschen zu überwinden.« S. 164 f.

Und zu eurer Frage nach dem Angebot sozialistischer Politik für die Jungen? Wir verweisen nur auf einen längeren Abschnitt, in dem wir unsere Vorstellungen von einer demokratischen Bildungsreform unmittelbar mit der Forderung nach sozial gleicher Teilhabe aller und besonders der jungen Leute an existenzsichernder Arbeit verbinden. Der Entwurf eines neuen Normalarbeitsverhältnisses, das die Kombination von existenzsichernder Arbeit, zeitweiliger freiwilliger Eigenarbeit der Einzelnen für sich selbst und die Familie, von abhängiger und selbständiger Arbeit bei verkürzter Normalarbeitszeit umfasst, dürfte übrigens den verbreiteten Neigungen junger Menschen zu einem abwechslungsreichen Verlauf ihres Erwerbs- und Nichterwerbslebens stark entgegenkommen.

Wir haben den Älteren als besonderer sozialer Gruppe vielleicht zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Unsere vielschichtige Vorstellung vom künftigen Wandel der Arbeitswelt und von Schritten zu entschiedener Verringerung der Arbeitslosigkeit schließt aber die Interessen der Älteren ein.

Welche Chancen räumt Ihr uns allen ein, dass die Zukunft nicht durch globalisierten Kapitalismus, imperiale Kriege und kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus bestimmt wird? Wo sind die Subjekte?

DIETER KLEIN: Zu unseren Überlebenschancen angesichts drohender Großgefahren haben wir uns wohl schon geäußert, als wir über die Möglichkeit einer anderen Welt sprachen.

Ja – wo sind die Subjekte? Unsere Auseinandersetzung im vierten Kapitel mit dieser Frage hat nichts mit der traditionellen Frage nach dem führenden Akteur der großen kommenden Umwälzung zu tun.

Gestützt auf empirische Untersuchungen werden die Interessen von Individuen in ihrer alltäglichen Lebenswelt an eigenem Engagement analysiert und hervorgehoben. Das Handeln der Individuen in ihren Lebenszusammenhängen betrachten wir anders als im Rahmen der meisten Regulationstheorien als eine ganz wesentliche Ebene gesellschaftlicher Veränderung. Ein interessantes Ergebnis dabei ist, dass gerade gut verdienende, leistungsstarke Bevölkerungsgruppen, die großen Wert auf ihr eigenverantwortliches Handeln legen, in den Befragungen besonders nachdrücklich für Umverteilung und Unterstützung zugunsten sozial schwächerer Gruppen eintreten.

Von den individuell Handelnden werden Akteursgruppen im Nahraum der einzelnen Menschen, in größeren Zusammenhängen handelnde kollektive Akteure, Großorganisationen und Wählerschaften unterschieden. Und es wird nach hemmenden und fördernden Faktoren für ihr Handeln gefragt. Und sie werden auf regionaler, nationalstaatlicher und globaler Ebene beobachtet.

MICHAEL BRIE: Eine Fülle von Beispielen wirksamer Aktionen orientiert auf ein Zusammenwirken mit Trägern solcher Aktionen. Als besonders zukunftssträftig für die Formierung von Akteuren wird ihre Vernetzung und gemeinsame Arbeit an Projekten beleuchtet – an ökologischen Projekten, Wohnprojekten, Projekten kultureller und sozialer Dienstleistungen, politischen Projekten und Wirtschaftsprjekten. Dabei wird der Fähigkeit, für diese Projekte Öffentlichkeit herzustellen, besondere Bedeutung beigemessen.

»In der Realität ist das Spektrum der möglichen Akteure außerordentlich breit. Betroffenheit durch soziale Konflikte und sozial orientierte Werthaltungen verkörpern wichtige Dimensionen bei der Interessenartikulation der Akteure.«
S. 279.

WERNER RUF

Eine Straßenkarte für den Frieden?

Das zionistische Projekt

Der Zionismus muß verstanden werden als Reaktion auf die nationalistischen Projekte des 19. Jahrhunderts. Die Juden Mitteleuropas waren seit dem Mittelalter beginnend mit den Kreuzzügen! – periodisch immer wieder schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt, und kein geringerer als Martin Luther malte in seinen anti-jüdischen Tiraden ein Szenario aus¹, das schließlich unter der Nazi-Barbarei grauenvolle Wirklichkeit wurde. Der politische Zionismus, eine jüdische Nationalbewegung, entstand aber erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die nationalistischen Projekte in Europa und die Herausbildung mehr oder wenig ethnisch definierter Staaten. Doch die Juden lebten zerstreut, in Osteuropa meist in Gettos, in einer europäischen Diaspora und, zentral für das Projekt einer Staatsbildung: Trotz vieler Konzessionen betreffend ihrer rechtlichen Gleichstellung war ihnen Grundbesitz in den meisten Ländern verwehrt geblieben. Staatsgründung aber setzt Territorialität voraus. So war die Frage der Staatsbildung² von Anfang an mit dem Problem der Schaffung oder des Erwerbs eines Territoriums verbunden. Zugleich ist der Zionismus in seinen Anfängen als nationales Projekt nicht religiös sondern säkular. Theodor Herzl, Autor der programmatischen Schrift »Der Judenstaat«, erteilte jeder religiösen Definition oder Rechtfertigung jüdischer Staatlichkeit eine klare Absage. So waren anfänglich für die Schaffung eines jüdischen Staates unterschiedliche Gebiete im Gespräch wie Argentinien, Uganda, Madagaskar und – natürlich – auch Palästina.

Die erste Einwanderungswelle (Aliyah) ashkenasischer (europäischer) zionistischer Juden begann 1882, eine zweite 1904. Beide waren quantitativ geringfügig, mit den lokalen sephardischen (orientalischen) Juden gab es kaum Gemeinsamkeiten.³ Im Gegensatz zu diesen waren die Ankömmlinge überzeugte Sozialisten und versuchten, neue egalitäre Lebensformen aufzubauen, die in den Kibbuzim verwirklicht werden sollten. Unterstützt wurden sie vom Jüdischen Weltkongreß, ihr Ziel war Kauf und Inbesitznahme von Land mit dem erklärten langfristigen Ziel der Staatsgründung auf »judaisiertem« Boden und mit Hilfe »jüdischer Arbeit«. Vom jüdischen Landkauf profitierten auch einige palästinensische Honoratiorenfamilien, da sich bereits durch die Tanzimat-Reformen im Osmanischen Reich des 19. Jahrhunderts die Privatisierung des Bodens durchgesetzt hatte. Zugleich ging es den Immigranten um die Schaffung einer selbständigen jüdischen Ökonomie. Die (sozialistische) zionistische

Werner Ruf – Jg. 1937; Friedensforscher, em. Professor für Internationale und Intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel, Mitarbeit im Gesprächskreis Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Feindbild Islamismus, Heft 134 (Dezember 2001).

1 Vgl. Martin Luthers Werke. Kritische Gesamtausgabe, Weimar 1920. Bd. 53, S. 522-526.

2 Für einen kurzen Abriss vgl. Werner Ruf: Der Staat Israel, in: Ders. (Hrsg.): Vom Kalten Krieg zur Heißen Ordnung. Der Golfkrieg, Hintergründe und Perspektiven, Münster 1991, S. 14-22.

3 Zur Geschichte vgl. das Monumentalwerk von Henry Laurens: La Question de

Bewegung wollte damit auch das Klischee vom Juden widerlegen, der unfähig sei, Handarbeit zu leisten. Körperliche Arbeit erhielt einen neuen und positiven Stellenwert.⁴ So erklärte einer der Führer der späteren Arbeitspartei, David Hacohen: »Ich mußte mit meinen Freunden viel über den jüdischen Sozialismus streiten; mußte die Tatsache verteidigen, daß ich keine Araber in meiner Gewerkschaft akzeptierte; daß wir Hausfrauen predigten, nicht in arabischen Geschäften zu kaufen; daß wir an Obstplantagen Wache hielten, um arabische Arbeiter daran zu hindern, dort Arbeit zu finden; daß wir Benzin auf arabische Tomaten schütteten; daß wir jüdische Frauen attackierten und die arabischen Eier, die sie gekauft hatten, vernichteten; daß wir den Jüdischen Nationalfonds hochpriesen, der Hankin nach Beirut schickte, um Land von abwesenden Grundbesitzern zu kaufen und die arabischen Fellachen vertrieb, daß es erlaubt war, Tausende Dunams (arab. Flächenmaß) von Arabern zu kaufen, aber verboten ist, einen einzigen jüdischen Dunam an einen Araber zu verkaufen. ... All das zu erklären, war nicht leicht.«⁵

Die zionistische Bewegung veränderte sich aufgrund der wachsenden Einwanderung und angesichts der steigenden Konfrontation mit den Palästinensern. Eine entscheidende Rolle spielten hierbei der »Revisionist« Vladimir Jabotinsky und der Großrabbiner Abraham Isaac Kook.⁶ Jabotinsky, selbst kein religiöser Jude, erkannte allerdings in der Religion den Zement, der es dem Judentum ermöglicht hatte, als separate soziale Einheit zu überleben. So entwickelte er eine Mischung aus religiösem und nationalistischem Messianismus und fordert die Schaffung eines jüdischen Staates beiderseits des Jordan, der die arabischen Einwohner der Region brutal niederhalten sollte. Zu diesem Zweck gründete er die Jüdische Legion. Zeitgleich entstand die Haganah als jüdische Selbstverteidigungsorganisation, die wichtigste Keimzelle der späteren israelischen Armee. Kook konkretisierte die bis dahin rein spirituelle Idee der Rückkehr nach Zion. Er transformierte diese Idee zu einem politisch-territorialen Konzept, das die Rückkehr ins »Gelobte Land« zur Pflicht eines jeden Juden machte. Zunehmend wurde das zionistische Projekt auf diese Weise religiös unterlegt und die Frage der Territorialität mit den biblischen Verheißungen verknüpft.

Die ökonomische, soziale und politische Praxis der Einwanderer insbesondere gegenüber den Palästinensern und die tendenzielle Unterstützung seitens der britischen Mandatsmacht für die zionistische Einwanderung führte dann zu Streiks und Unruhen, insbesondere in den Jahren 1920/21 und 1936-1938. Die Folge war der Stopp der jüdischen Einwanderung durch die Mandatsmacht, verstärkt durch den Versuch, die Sympathie der Araber während des Zweiten Weltkriegs zu gewinnen: Die Mandatsmacht blockierte in den Jahren 1937-1944 die jüdische Einwanderung nach Palästina fast völlig. Im kollektiven Bewußtsein des Orients ist dies eine Parallele zur Politik Großbritanniens während des Ersten Weltkriegs, als 1917 dem haschemitischen Scherifen von Mekka ein unabhängiges und geeintes arabisches Königreich versprochen wurde für die Unterstützung im Krieg gegen das Osmanische Reich, als im gleichen Jahr in der Erklärung des britischen Außenministers Balfour dem Jüdischen Weltkongreß die »Errichtung einer nationalen jüdischen

Palestine, Bd. I 1799-1922, Paris 1999, Bd. II 1922-1947, Paris 2002.

4 Vgl. Uta Klein: Militär und Geschlecht in Israel, Frankfurt/Main 2001, insbesondere Kapitel 2 »Männlichkeitsideal und Zionismus«, S. 54-69.

5 Zit. nach John Bunzl: Der Nahostkonflikt. Analysen und Dokumente, Wien 1981, S. 73.

6 Laurens, a. a. O., Bd. II, S. 70 ff.

Heimstätte in Palästina« zugesagt wurde und zeitgleich im Sykes-Picot-Abkommen Großbritannien und Frankreich sich darauf verständigten, nach gewonnenem Krieg die Region in Kolonialgebiete aufzuteilen – was dann auch geschah.

Mit schweren terroristischen Anschlägen gegen die Mandatsmacht, wie beispielsweise der Sprengung des King David Hotels im Juli 1946 (rund einhundert Tote), aber auch nach der Staatsgründung gegen die Repräsentanten der Vereinten Nationen⁷ erreichten die zionistischen bewaffneten Gruppen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, daß Großbritannien sein Mandat an die Vereinten Nationen – Rechtsnachfolgerin des Völkerbundes – zurückgab.⁸ Diese arbeiteten einen Teilungsplan aus, demzufolge der jüdische Staat 56,47 Prozent der Fläche Palästinas erhalten sollte, obwohl nur 5,67 Prozent des Landes im Besitz jüdischer Siedler waren.⁹ Als daraufhin Israel seine Unabhängigkeit proklamierte, erklärten die benachbarten arabischen Staaten den Krieg und marschierten in die Gebiete ein, die im Teilungsplan als palästinensische ausgewiesen waren. Den zionistischen militärischen Organisationen wie Haganah und Palmach – Kerne des späteren israelischen Armee –, der Stern-Gang und Irgun Zvi Leumi gelang es, weitere Gebiete zu erobern. Vor allem wurden nach der israelischen Unabhängigkeitserklärung durch verschiedene Massaker, von denen das von Dir Yassin mit etwa 300 toten Zivilisten nur das bekannteste ist, große Teile der palästinensischen Bevölkerung vertrieben.¹⁰ Ziel dieser Aktionen im Jahr 1947 und vor allem nach der Staatsgründung 1948 war die planmäßige Inbesitznahme des von den fliehenden Palästinensern verlassenen Landes. Der Anteil der arabischen Bevölkerung auf dem Gebiet des neuen Staates Israel sank so von 70 Prozent im Jahre 1945 auf 11 Prozent im Jahre 1951.¹¹ Das »verlassene« Land wurde beschlagnahmt und judaisiert: Ein Staatsgebiet entstand. Zwar wurde Israel mehrfach aufgefordert, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht den Flüchtlingen die Rückkehr zu ermöglichen,¹² und eine diesbezügliche Zusage war sogar Voraussetzung für die Aufnahme Israels in die Vereinten Nationen – verwirklicht wurde diese Forderung jedoch nie, hätte sie doch die Rückgabe von Land an die Rückkehrer zur Folge gehabt. Der Krieg von 1948 schuf so die Voraussetzung für die israelische Staatlichkeit: die staatliche Anerkennung auf einem definierten und weitestgehend in jüdischem Besitz befindlichen Territorium.

Oslo und die Folgen

Die folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Arabischen Staaten wie der Suez-Krieg, des Sechs-Tage-Krieg von 1967, der Libanon-Krieg usw. können hier nicht im Detail behandelt werden. Im Sinne der Herstellung von Eretz Israel, eines territorial geschlossenen Staatsgebiets (mindestens) zwischen Mittelmeer und Jordan, war der Sechs-Tage-Krieg und die Besetzung der »west-bank« ein entscheidender Erfolg. Dieses Gebiet, nach dem Krieg von 1948 von Jordanien annektiert, ermöglichte die Schaffung einer geschlossenen Landmasse in geographisch abgrenzbarem Gebiet. Endlich hatte Israel ein zusammenhängendes Gebiet zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan unter seiner Kontrolle. Dies war noch nicht jenes religiös begründete Eretz Israel, das bis

7 So fiel der Vermittler der Vereinten Nationen, Graf Bernadotte, einem zionistischen Anschlag zum Opfer. Der Sicherheitsrat verurteilte dies scharf in seiner Resolution 57 vom 18. September 1948.

8 Vgl. hierzu und zu den verschiedenen terroristischen zionistischen Organisationen Gudrun Krämer: *Geschichte Palästinas*, München 2002, insbesondere S. 346-378.

9 Walter Hollstein: *Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts*, Wien 1984, S. 148.

10 Vgl. dazu detailliert ebd. S. 157-162.

11 Rolf Tophoven: *Der israelisch-arabische Konflikt*. Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, 4. aktualisierte Auflage, 1990.

12 Vgl. unter vielen anderen die Resolution 89 des UN-Sicherheitsrats vom 17. November 1950.

zum Euphrat reichen sollte, aber eine Landmasse innerhalb natürlicher Grenzen. Der Sicherheitsrat verurteilte in seiner Resolution 242 vom 22. November 1967 scharf die völkerrechtswidrige Aneignung von Land durch Krieg, also grundsätzlich jede gewaltsame territoriale Inbesitznahme, jedoch sind die Konsequenzen dieser Resolution aufgrund unterschiedlicher Formulierungen in der französischen und der englischen Version (den beiden Amtssprachen der VN) der Resolution 242 bis heute umstritten: Während die französische Version klar fordert: »retrait des forces armées israéliennes des territoires occupés ...« – also vom gesamten besetzten Gebiet – lautet die englische Version »withdrawal of Israeli armed forces from territories occupied ...«, was von Israel dahingehend ausgelegt wird, daß es sich keinesfalls aus *allen* besetzten Gebieten zurückziehen müsse, eine Position, die nicht nur nicht mit dem französischen Wortlaut der Resolution übereinstimmt, sondern auch dem Geist der Resolution und vor allem dem Völkerrecht widerspricht. Ungeachtet dieser Völkerrechtslage annektierte Israel die (syrischen) Golanhöhen und Ost-Jerusalem und enteignete Land in den besetzten Gebieten.

Das Ende des bipolaren Systems stellt auch für die Entwicklung des Nahostkonflikts eine Zäsur dar. Bis dahin konnte die PLO auf eine relative Unterstützung durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten hoffen, was zumindest zur Folge hatte, daß in den Vereinten Nationen und im Sicherheitsrat einigermäßen völkerrechtskonforme Resolutionen gefaßt wurden, die naturgemäß die palästinensische Position unterstützten, so wie das palästinensische Volk und seine Vertretung, die PLO, sich auch auf die grundsätzliche Resolution 1514 von 1960 der UN-Vollversammlung und das darin festgeschriebene Recht auf Selbstbestimmung der Völker berufen konnte. Jedoch: Über diese zwar wichtigen, letztlich jedoch formalen und politisch folgenlosen Grundsatzfragen ging es nicht hinaus, wurde doch Israel wegen seiner zahlreichen Verstöße gegen das Völkerrecht und die Genfer Konventionen zwar verurteilt, jedoch niemals mit Sanktionen belegt. Mit dem realen Zusammenbruch des Sozialismus wurde der PLO offensichtlich klar, daß sie gerade diese Umbruchsituation nutzen mußte, um in Verhandlungen zu einer Lösung zu kommen, und auch seitens der USA scheint damals der Wunsch bestanden zu haben, den leidigen Konflikt, der die Position der USA im Nahen und Mittleren Osten unterminierte, zu einem Ende zu bringen. Der Palästinensische Nationalrat hatte auf seiner Sitzung in Algier vom 12. bis 15. November 1988 auch bereits Vorleistungen erbracht, indem er das Existenzrecht Israels anerkannt hatte.

So kam es im Gefolge des 2. Golfkriegs zu zahlreichen Initiativen der USA und der (noch existierenden) Sowjetunion, später Rußlands, um Verhandlungen in verschiedenen Nahost-Konferenzen zustande zu bringen.¹³ Klar wurde rasch, daß ohne die Beteiligung der zentralen Akteure – Israel und PLO – eine tragfähige Lösung nicht zu bewerkstelligen wäre. Bereits 1991 fanden zwei Nahost-Friedenskonferenzen (Madrid 30. Oktober – 3. November und Washington 10. – 18. Dezember) statt. Unter Druck der großen Mächte (einschließlich der EU, vor allem aber der USA) trafen sich die beiden Parteien Anfang 1993 zu Geheimverhandlungen in Oslo. Dies

13 Eine ziemlich vollständige chronologisch geordnete Aufzählung der verschiedenen Initiativen und Konferenzen findet sich bei: Sabine Hofmann, Ferhad Ibrahim: Versöhnung im Verzug. Probleme des Friedensprozesses im Nahen Osten, Bonn 1996, S. 290-296.

mündete dann im August 1993 in eine Übereinkunft zwischen beiden Parteien, die weltweit als großer Durchbruch gefeiert wurde. Die wesentlichen Elemente waren: Die wechselseitige Anerkennung der beiden Akteure und die Grundsatzerklärung der israelischen Regierung über die Gewährung einer Teilautonomie für die Westbank (im israelischen Sprachgebrauch Judäa und Samaria). Der Prozeß, der daraus folgen sollte, stand unter der Losung »Land für Frieden« und beinhaltete die Perspektive der Entstehung einer (wenig definierten) Form von Staatlichkeit für die Palästinenser. Das Foto vom Händedruck zwischen Rabin und Arafat vor dem Weißen Haus am 13. September 1993 symbolisierte den historischen Moment.

Jedoch: Schon die Verhandlungen waren geprägt von Asymmetrie, und zwar sowohl die vielen Runden der (1) Nahost-Friedensgespräche seit dem Jahre 1991, an denen die Mehrzahl der prowestlichen arabischen Staaten wie insbesondere Ägypten, Marokko und die Golfstaaten beteiligt war, als auch (2) die bilateralen Verhandlungen zwischen Israel und der PLO.

- ad (1) Die arabischen Regime, korrupt und autoritär, konnten und können sich nicht auf den demokratischen Konsens ihrer Völker stützen. Der Konflikt selbst wurde von ihnen immer genutzt, um durch anti-israelische Propaganda von den Legitimitätsdefiziten ihrer politischen Herrschaft abzulenken. Dieses Ventil drohte verloren zu gehen, weshalb sie noch mehr von US-amerikanischer Unterstützung abhängig wurden – und dies, nachdem der zweite Golfkrieg den USA zu einer gewaltigen militärischen Präsenz in der Region verholfen hatte. Mit ihrer teils de-facto-, teils de-jure-Anerkennung Israels gewannen sie zwar ein gewisses Wohlwollen seitens der USA, aber keine Stärkung ihrer Position in künftigen Verhandlungen – auch was die mögliche Unterstützung der palästinensischen Interessen betrifft. Hinzu kommt, daß Israel als einzige Nuklearmacht der Region einseitig über eine beachtliche militärische Übermacht verfügt.

- ad (2) Mit den Verhandlungen und in ihrer förmlichen Schlußerklärung erreichte die PLO ihre Anerkennung als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes – sicherlich ein gewaltiger Durchbruch. Israel erreichte seine Anerkennung als Staat innerhalb der Grenzen von 1948. Allein dies bringt die strukturelle Ungleichheit der Verhandlungspartner zum Ausdruck. So ist es geradezu logisch, daß die Perspektiven für die Schaffung einer palästinensischen Staatlichkeit im Nebel zukünftiger Verhandlungen zwischen fundamental ungleichen Partnern verborgen bleiben mußten. Die Perspektive der Schaffung einer »Palästinensischen Autorität« beinhaltet bereits die Nicht-Definition staatlicher Kompetenzen, die am Ende der Verhandlungen stand und die konkreten Konturen eines zukünftigen palästinensischen Staates undefiniert ließ, sprich zum weiteren Verhandlungsgegenstand im asymmetrischen Verhältnis machte. Die Formel »land for peace« zeugt von diplomatischer Eleganz, in der Substanz besagt sie jedoch wenig, wenn nicht nichts.

Aus verhandlungstheoretischer Sicht führt die strukturelle Asymmetrie dazu, daß die Spielregeln und Inhalte einseitig von der stärkeren Partei definiert werden, denen dann alle Akteure zu folgen haben, wie schon treffend für die KSZE-Verhandlungen festgestellt

wurde.¹⁴ Oder um es einfacher in den Worten von Henry Kissinger zu formulieren: »Die Schwachen verhandeln nicht.«¹⁵

So ist es nicht verwunderlich, daß in der Folge von Oslo unter der Ministerpräsidentenschaft von Itzhak Rabin Israel seine Dominanz zu nutzen und auszubauen wußte. Zwar dürfte er seinen Wahlsieg vom 23. Juni 1992 durchaus einer Mehrheit von friedens- und ausgleichswilligen Israelis verdankt haben, die sich allerdings der Tatsache bewußt waren, daß die zionistischen Grundpositionen nicht preisgegeben worden waren. Im Gegenteil: Die Asymmetrie des Konflikts und der außenpolitisch durch die Verhandlungen gewonnene Spielraum machten es Rabin möglich, den Siedlungsbau massiv voranzutreiben, massiver noch als dies unter seinem Likud-Amtsvorgänger Shamir der Fall gewesen war.¹⁶ Seit Beginn des Oslo-Prozesses bis zum Jahr 2000 (Regierungsantritt von Ariel Sharon) wuchs die Zahl der Siedler von 118 000 auf knapp 200 000.¹⁷ Schließlich ist, laut Parteiprogramm der Arbeitspartei, der Jordan »Sicherheitsgrenze« Israels. Und der Siedlungsbau ist nicht nur Realisierung der ideologischen Zielvorstellungen des zionistischen Projekts, sondern hat auch strategische Implikationen. Dies wird klar ersichtlich aus den Karten, die die Siedlungen enthalten: Zerteilung der Gebiete der Westbank und Sicherung des Jordan-Ufers. Diese Zerteilung wurde ferner gesichert durch den massiven Straßenbau, der auf Kosten palästinensischen Bodens auch die kleinsten Siedlungen mit dem israelischen Staatsgebiet verband und zugleich die (möglichen) zukünftigen palästinensischen Gebiete in viele kleine Einheiten zerlegte. Diese wiederum sind untereinander nicht verbunden, da die gebauten Straßen nur für Israelis passierbar sind.

Inwieweit Rabin wirklich das Ziel mittrug, einen palästinensischen Staat, der diesen Namen verdient, neben Israel zu dulden, muß dahin gestellt bleiben. Immerhin war seine vorgebliche oder auch reale Kompromißbereitschaft Grund dafür, daß er am 4. November 1995 von einem rechtsradikalen Israeli ermordet wurde. Die daraufhin von Ehud Barak weitergeführten Verhandlungen unter Vermittlung des amerikanischen Präsidenten Clinton scheiterten schließlich im Sommer 2000: Barak hatte sich nicht nur geweigert, über zentrale Fragen wie die Rückkehr der Flüchtlinge und die Annullierung Ost-Jerusalems zu verhandeln, er hatte als Vorbedingung eine Erklärung Arafats verlangt, wonach der jüdisch-arabische Konflikt beendet sei.¹⁸ Diese auf den ersten Blick vernünftig klingende Forderung implizierte jedoch den Verzicht auf die Rechtsposition der Sicherheitsratsresolution 242 von 1967, denn mit der Beendigung des Konflikts entchwand ja auch der Konfliktgegenstand. Nicht zufällig war in dem von israelischer Seite vorgelegten Vertragsentwurf, der nach dieser Erklärung unterzeichnet werden sollte, auch die Formulierung enthalten, daß Israel hiermit die Resolution 242 (»Rückzug aus (den) besetzten Gebieten«) erfüllt habe. Ferner wurden die bestehenden Siedlungen nunmehr politisch und strategisch genutzt: Die großen Siedlungsblöcke mit etwa 150 000 Siedlern sollten an Israel angegliedert werden, ebenso Gebiete zwischen den Siedlungen und den Straßen, in denen etwa 120 000 Palästinenser leben.¹⁹ Von den behaupteten 90 Prozent des Gebiets der Westbank wären allenfalls 70 Prozent palästinensisches Gebiet geworden,²⁰ dieses jedoch zer-

14 Terence P. Hopmann: *Asymmetrical Bargaining in the conference on Security and Cooperation in Europe*, in: *International Organization* Heft 32, Winter 1978.

15 Zit. nach Norman G. Finkelstein: *Image and Reality of the Israel-Palestine Conflict*, New York 1995, S. 348.

16 Ludwig Watzal: *Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser*. Köln 1994, S. 190-199, insbesondere Tabelle S. 195.

17 Helga Baumgarten: *Arafat zwischen Kampf und Diplomatie*, München 2002, S. 196 ff.

18 Vgl. die präzise und materialreiche Darstellung bei Tanja Reinhart: *Operation Dornenfeld. Der Israel-Palästina-Konflikt: Gerechter Frieden oder endloser Krieg*, Bremen 2002, S. 21-52.

19 A. a. O., S. 30 f.

20 Baumgarten, a. a. O., S. 210.

teilt in Enklaven, die untereinander keine Verkehrsverbindungen haben. Tanja Reinhart kommt zu folgender zusammenfassender Feststellung: »Als Ergebnis dieser Politik sind im Westjordanland zwei Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser in vier isolierten Enklaven zusammengepfercht, die insgesamt etwa 50 Prozent des Landes ausmachen, während die restlichen 40 Prozent (?) durch die Infrastruktur zur Verteidigung von etwa 40 000 Siedlern blockiert sind. Die Ländereien in der Umgebung der Siedlungen wurden während der Besatzungsjahre als israelisches Staatsland konfisziert. Dazu gehören nicht nur die Siedlungen selbst, sondern auch die sie umgebenden Hügel, von denen einige von einem einzigen Siedlerwohnwagen besetzt sind.«²¹

21 Reinhart, a. a. O., S. 38.

Die Regierung Sharon

Mit seinem »Besuch« auf dem Tempelberg am 28. September 2000, den selbst die EU-Kommission als Provokation bezeichnete, und dem ihn begleitenden massiven und brutalen Polizeieinsatz löste Ariel Sharon die 2. Intifada aus – und eröffnete zugleich seinen Wahlkampf. Die Welle der Gewalt eskalierte weiter, die »Angebote« Baraks in den Verhandlungen von Camp David wurden nicht nur zu einem fälschlichen Mythos aufgebaut, sondern auch als Beweis dafür dargestellt, daß mit den Palästinensern kein Frieden zu haben sei, sie nur mit Gewalt niederzuhalten seien. Jabotinskys Vision erfüllte sich in dramatischer Weise. Vor dem Hintergrund dieses Ausbruchs der Gewalt wurde Sharon am 6. Februar 2001 mit der satten Mehrheit von 63 Prozent zum Ministerpräsidenten gewählt. Der Umsetzung des Programms des Likud stand nun nichts mehr im Wege.

22 <http://www.us-israel.org/jsource/Politics/likud.html>. Zuletzt abgerufen am 30. Juni 2003. Übersetzung aus dem Englischen W. R.

Das 1996 verabschiedete Programm²² ist eine klare Antwort auf Oslo. So heißt es in der Präambel: »Das Recht des Jüdischen Volkes auf das Land Israel ist ein ewiges Recht, es ist unbestreitbar ...« Ferner steht in Kapitel 1, das sich mit Frieden und Sicherheit befaßt: »3. Die Regierung Israels wird die Palästinenser dazu befähigen, ihr Leben frei zu gestalten im Rahmen einer Selbstverwaltung. Jedoch werden Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und *Fragen, die der Abstammung bedürfen* (Hervorhebung W. R.) in der Verantwortung des Staates Israel verbleiben. Die Regierung wird sich der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates widersetzen. ... 5. Jüdische Siedlungen, Sicherheitszonen, Wasser-Ressourcen, Staatsland und Straßenverbindungen in Judäa, Samaria (die Westbank – W. R.) und im Gaza-Streifen bleiben unter voller israelischer Kontrolle. 6. Israel wird seine vitalen Wasser-Ressourcen in Judäa und Samaria behalten. Es wird keine Infragestellung von Israels Nutzung seines Wassers geben. ... 8. Der Fluß Jordan wird die östliche Grenze des Staates Israel sein ... 9. Israel wird Friedensverhandlungen mit Syrien führen, aber die Souveränität über die Golanhöhen und seine Wasser-Ressourcen behalten.« Schließlich wird den Siedlungen im Kapitel 8, »Landwirtschaft und Siedlung« ein einziger Satz gewidmet: »1. Siedlung in allen Teilen des Landes Israel ist von nationaler Wichtigkeit und Teil von Israels Verteidigungsstrategie. Die Regierung wird besondere Mittel für die Siedlung in Grenzgebieten und dünn besiedelten Gebieten bereitstellen.«

Diese Politikziele hat Sharon weiter abgesichert, indem er am 4. April 2002 den Führer der National-Religiösen Partei, Effi Eitam, in sein Kabinett aufnahm. In einem Interview mit »Le Monde«²³ erklärte Eitam: »Ich gehe in die Regierung, damit Sharon nicht auf halbem Wege stehen bleibt.« Ferner erklärte er, man müsse den Palästinensern »sehr klar machen, daß es niemals eine andere Souveränität zwischen dem Meer und dem Jordan geben werde als die israelische.« Und: »Die Palästinenser der Gebiete werden alle Rechte haben außer der Souveränität, der Staatsangehörigkeit und des Waffenbesitzes. Langfristig wird Jordanien der Staat der Palästinenser. Dort sind sie die Mehrheit. Wenn es (Jordanien – W. R.) demokratisch wäre, hätten sie dort schon die Macht. Diejenigen, die ohne Staatsangehörigkeit bei uns bleiben wollen, können dies tun.« So kann Sharon in Verhandlungen nach außen verbal Kompromißbereitschaft zeigen, jedoch auf das Programm des Likud verweisen und – vor allem – die Gefährdung seiner Koalition mit den Parteien vom rechten Rand beschwören, wenn er von außen zu realen Konzessionen aufgefordert wird.

Die mit der 2. Intifada beginnende neue Welle der Gewalt wurde von der Regierung Sharon genutzt, um die in Ansätzen vorhandene palästinensische Infrastruktur, zunächst vor allem im Sicherheitsbereich, zu zerstören: Während Palästinenserpräsident Arafat massiv unter Druck gesetzt wurde, militante Palästinenser festzunehmen, zerstörte die israelische Armee gezielt vor allem Polizeistationen. Während so die Weigerung der palästinensischen Autonomiebehörde oder zumindest ihre Unfähigkeit bei der Herstellung von Ruhe und Ordnung demonstriert wurde, wurden zugleich Legitimität und Handlungsfähigkeit der Autonomiebehörde untergraben: In den Augen vieler Palästinenser sollte Arafat zum verlängerten Arm der Besatzungsmacht gemacht werden – eine Situation zwischen Hammer und Amboß. Im Falle eines massiven Vorgehens gegen militante Gruppierungen der Palästinenser verlor der ohnehin durch Korruptionsaffären angeschlagene Arafat weiter an Unterstützung innerhalb der eigenen Bevölkerung. Da zugleich die polizeiliche Infrastruktur durch die israelische Armee außer Stand gesetzt wurde, die israelischen Forderungen zu erfüllen, lieferte die wachsende Gewalt gegen die israelischen Übergriffe die Rechtfertigung, daß Israel nun in den palästinensischen Gebieten selbst Ordnung schaffen müsse. Die Eskalation der Gewalt wurde so für die Politikziele der Regierung Sharon funktional. Sie sollte den Nachweis erbringen, daß Israel nach wie vor existentiell bedroht sei und diene zugleich der Rechtfertigung weiterer Gewaltanwendung gegen die palästinensische Bevölkerung, der Zerstörung der palästinensischen Infrastruktur und vor allem der Spaltung der palästinensischen Bevölkerung, die sich zunehmend nur noch durch die radikalen Gruppen repräsentiert sieht.

Die Straßenkarte – wohin?

Mit einem Schreiben vom 7. Mai 2003 hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen den Text »A performance-based road map to a permanent two-State solution to the Israeli-Palestinian conflict«²⁴ dem UN-Sicherheitsrat zur Kenntnis gebracht. Der Text selbst wurde ausgearbeitet von dem sogenannten Quartett, Vertretern der USA,

23 Le Monde,
6. April 2002.

24 S/2003/529 <http://www.un.org/documents/ga/docs/56/a56326.pdf>.

der EU, Rußlands und der UN. Damit hat das Dokument völkerrechtlich einen eigenartigen Stellenwert: Es wurde ausgearbeitet von den großen Mächten und internationalen Organisationen, nicht aber vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Diesem wurde der Plan zur Kenntnis gebracht, er wurde aber nicht in Form einer Resolution



vom Rat übernommen. Damit ist die Rangigkeit des Dokuments sichtbar niedriger als es eine Resolution des Sicherheitsrates gewesen wäre. Zugleich übernimmt das Quartett eine Kompetenz, die im Grunde nur dem Sicherheitsrat zukommt, da dieser – und nur dieser – für die Durchsetzung der von ihm beschlossenen Resolutionen 242 und 338 zuständig ist. Die Konfliktlösung selbst wird so gewissermaßen aus den UN hinaus verlagert und die Umsetzung der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats wird vom Quartett übernommen.

Die Straßenkarte selbst versteht sich als umfassender Lösungsplan des Konflikts bis zum Jahre 2005 in drei aufeinanderfolgenden Phasen, die Inhalte festlegen, jedoch keinen genauen Zeitplan vorsehen, wodurch der in Aussicht gestellte Prozeß erfolgsabhängig bleibt. Im Sinne einer umfassenden Lösung soll die Straßenkarte auch eine Lösung des syrisch-israelischen und des libanesisch-israelischen Konflikts fördern. Die Phasen selbst sehen vor, daß beide Konfliktparteien gleichzeitig Schritte zur De-Eskalation und zur Lösung von Konfliktpotentialen unternehmen, so daß in der dritten Phase die verbliebenen Streitfragen in bilateralen Verhandlungen zwischen den Parteien gelöst werden sollen. Die wesentlichsten Punkte im einzelnen:

Phase I

- Die palästinensische Führung wiederholt in einer unzweideutigen Erklärung Israels Existenzrecht in Frieden und Sicherheit und erklärt einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand.
- Die israelische Führung gibt eine unzweideutige Erklärung ab, in der sie sich auf die Vision eines unabhängigen, lebensfähigen, souveränen palästinensischen Staates verpflichtet.

Im Sicherheitsbereich:

- Die Palästinenser erklären unzweideutig ein Ende von Gewalt und Terrorismus und unternehmen sichtbare Anstrengungen, um Individuen und Gruppen, die Angriffe auf Israelis wo auch immer durchführen oder planen, zu verhaften, zu zerschlagen oder zu verhindern
- ...
- Wiederaufbau eines palästinensischen Sicherheitsapparats, der leistungsfähig ist, um terroristische Gruppen, terroristische Fähigkeiten und die entsprechende Infrastruktur zu zerschlagen und illegale Waffen zu beschlagnahmen.
- Die israelische Regierung unternimmt keine Aktionen, die das Vertrauen untergraben, einschließlich Deportationen, Angriffe auf Zivilisten, Beschlagnahmung oder Zerstörung palästinensischer Häuser und Eigentums ...
- In dem Maße, indem sich umfassende Sicherheit entwickelt, zieht sich die israelische Armee schrittweise aus Gebieten zurück, die seit dem 28. September 2000 besetzt wurden. Palästinensische Sicherheitskräfte übernehmen die geräumten Gebiete.

Ferner sollen Institutionen gebildet werden. Hierzu gehört der Entwurf einer Verfassung für die palästinensische Staatlichkeit. Die israelische Regierung erleichtert in vollem Umfang die Reisemöglichkeiten palästinensischer Amtsträger zur Teilnahme an Beratungen und

Kabinettsitzungen ebenso wie die Einschreibung in Wählerlisten und die Bewegungsfreiheit von Kandidaten. Israel eröffnet wieder palästinensische Einrichtungen in Ost-Jerusalem. Es ergreift Maßnahmen zur Verbesserung der humanitären Situation (der Palästinenser).

Die israelische Regierung löst die Siedlungen auf, die seit März 2001 errichtet wurden und friert alle Siedlungsaktivitäten ein.

Phase II

Die zweite Phase hat zum Ziel die Schaffung »eines unabhängigen palästinensischen Staates mit vorläufigen Grenzen und Souveränitätsattributen ... dieses Ziel kann erreicht werden, wenn das palästinensische Volk eine Führung hat, die entschlossen gegen Terror vorgeht und willens und fähig ist, eine praktizierende Demokratie einzurichten, die auf Toleranz und Freiheit gegründet ist.« Die »Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit vorläufigen Grenzen durch einen Prozeß israelisch-palästinensischer Verpflichtung, in Gang gebracht durch die internationale Konferenz« (zu der das Quartett einlädt). Teil dieses Prozesses ist die »Umsetzung früherer Vereinbarungen, um ein Maximum territorialer Nähe zu verstärken, einschließlich weitere Anstrengungen in bezug auf Lösungen in Verbindung mit der Errichtung eines palästinensischen Staates mit vorläufigen Grenzen.«

Phase III

Ziele sind »die Festigung von Reformen und Stabilisierung palästinensischer Institutionen und nachhaltiger und effizienter palästinensischer Leistungen im Bereich der Sicherheit und israelisch-palästinensische Verhandlungen mit dem Ziel eines dauerhaften Vertragswerkes im Jahre 2005. In einer zweiten internationalen Konferenz, zu der das Quartett einladen wird, soll eine endgültige und dauerhafte Lösung erarbeitet werden, die auch einschließt: Grenzfrage, (den Status von) Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen und die den Fortschritt zu einer umfassenden Lösung (der Probleme) zwischen Israel und Libanon und Israel und Syrien führen soll.«

Der entscheidendste Passus dürfte sein: »Die Parteien schließen einen endgültigen und umfassenden Vertrag, der den israelisch-palästinensischen Konflikt im Jahre 2005 beendet durch eine Vereinbarung, die zwischen den Parteien ausgehandelt wird und die auf den Resolutionen 242, 338 und 1397 des UN-Sicherheitsrates fußt, die die Besatzung, die 1967 begann, beendet und eine vereinbarte, gerechte, faire und realistische Lösung des Flüchtlingsproblems einschließt, und eine ausgehandelte Lösung des Status von Jerusalem, das den politischen und religiösen Anliegen beider Seiten Rechnung trägt ...«

Versucht man, eine Bilanz dieses »Fahrplans« zu ziehen, so läßt sich festhalten:

- Die Resolutionen 242, 338 und 1397, letztere hat in diesem Zusammenhang weniger Gewicht, müssen nicht mehr befolgt werden, sondern sie werden Verhandlungsgegenstand zwischen den Konfliktparteien selbst.
- Der gesamte Prozeß beruht letztlich auf dem guten Willen der Parteien, von dem auch die Dauer des Prozesses abhängen wird.

- Der Sicherheitsrat ist mit der Frage nicht mehr befaßt, er hat sie an das Quartett und die Parteien delegiert.
- Sanktionen im Falle gröblicher Verletzungen der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats wie auch der »Straßenkarte« durch eine oder beide Parteien sind nicht vorgesehen.
- Die »Straßenkarte« verlangt explizit nur einen Rückzug der israelischen Armee aus den Gebieten, die sie seit dem 28. September 2000 besetzt hat.
- Ebenso wird explizit nur die Aufgabe jener »Außenposten von Siedlungen« verlangt, die seit März 2001 errichtet wurden.
- Die Aushandlung der definitiven Grenzen eines palästinensischen Staates wird den Parteien übertragen.
- So bleibt das zukünftige Staatsgebiet ebenfalls undefiniert. Die aus Oslo hervorgegangenen Inseln unter palästinensischer Autorität sollen zwar ein »Maximum territorialer Nähe« erreichen – wie diese aussehen wird, wie (und ob) die Gebiete miteinander verbunden werden sollen, bleibt wiederum den Verhandlungen zwischen den Parteien überlassen.
- Der gesamte Prozeß hängt wesentlich ab von den Erfolgen der palästinensischen Behörden im Bereich der Sicherheit und der Bekämpfung der von Palästinensern ausgehenden Gewalt.

Angesichts der Asymmetrie des Konflikts wird klar, welche Verschiebungen seit Sharons provokativem Auftreten auf dem Tempelberg am 28. September 2000 und der dadurch ausgelösten zweiten Intifada stattgefunden haben: Ein durch Druck der USA und Israels von Arafat eingesetzter Ministerpräsident Mahmud Abbas, der in der Bevölkerung weniger als 10 Prozent Zustimmung besitzt, soll dieses Programm umsetzen. Dieser Ministerpräsident soll nun die Entwaffnung der eigenen Bevölkerung durchsetzen, die weiß, daß sie sich damit möglichen israelischen Angriffen noch wehrloser aussetzt. Genau hier liegt die Gefahr für eine weitere Spaltung der palästinensischen Gesellschaft, die wiederum deren Verhandlungsfähigkeit schwächt und damit den ohnehin übermächtigen Gegner stärkt.

Während diese Zeilen geschrieben werden, gibt es Anzeichen, daß auch die militanten palästinensischen Gruppierungen wie Hamas, Djihaad und al-Aqsa-Brigaden sich auf die Straßenkarte einlassen, vermutlich auch, weil sie im Stillhalten die Chance zur politischen Partizipation sehen und weil die Hoffnung auf ein Ende des Leidens in der palästinensischen Bevölkerung übergroß ist. Daß die Sharon-Regierung sich auf die Einstiegsbedingungen der »Straßenkarte« eingelassen hat, zeigt aber auch, wie wirkungsvoll der Druck sein kann, den die Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten, Condoleezza Rice, bei ihrem Besuch ausgeübt hat. Ob dieser Druck im beginnenden amerikanischen Vor-Wahlkampf bestehen bleiben wird, darf bezweifelt werden.

So liegt der Schlüssel zu einem wirklichen Frieden – auch dank der Zurückhaltung der EU und Rußlands wie der Ausschaltung des Sicherheitsrats – letztlich bei den USA. Setzen diese sich nicht massiv für einen gerechten Frieden – sprich für eine Unterstützung der verbliebenen palästinensischen Forderungen ein – so läßt sich die Oslo-Formel bestenfalls umkehren in den Grundsatz »peace without land«. Zu vermuten ist daher, daß (zumindest) die derzeitige israeli-

sche Regierung wie in der Vergangenheit, wann immer sie will, der schwachen palästinensischen Autorität vorwerfen wird, sie täte nicht genug für Sicherheit, Israel müsse diese Aufgabe im nationalen Interesse selbst übernehmen. Das wäre das Ende der *hudna*, der Waffenruhe. Denn: Wie lange wird Mahmud Abbas die Forderungen Israels nach Verhaftungen und möglicherweise Verurteilungen gegen große Teile der eigenen Bevölkerung durchstehen können? Welche Gegenleistungen können die Palästinenser erwarten? Der Mauerbau (auf Kosten palästinensischen Landes) wird ungerührt fortgesetzt, Olivenhaine vernichtet. Dadurch werden Fakten geschaffen, die die Zersplitterung der Territorialität eines zukünftigen Staates im Wortsinne festmauern. Was geschieht mit den Siedlungen – jenseits der nach März 2001 errichteten »Außenposten«? Was wird das Quartett unternehmen, wenn Sharon, wie er am 23. Juni 2003 erklärte, den Siedlungsbau fortsetzt: »Wir können in den Siedlungen bauen, jedoch nicht darüber sprechen, und es ist auch nicht notwendig, jedes Mal öffentliche Freudentänze aufzuführen, wenn eine Baugenehmigung erteilt wird.«²⁵ Und: Was soll das für ein Staat werden, der, wenn er überhaupt entstünde, aus unverbundenen Flecken eines Teppichs bestehen soll – von Souveränitätsattributen wie Außen- und Verteidigungspolitik genauso abgesehen wie von der Verfügungsgewalt über elementare Ressourcen wie Wasser.

Somit entpuppt sich die »Straßenkarte zum Frieden« als ein un- ausgewogenes und das Gleichheitsprinzip im Falle der am Konflikt beteiligten Völker mißachtendes Dokument. Selbst wenn unter den gegenwärtigen Umständen die Phase I erfolgreich abgeschlossen werden könnte: Der anvisierte palästinensische Staat erscheint als territoriale, ökonomische und soziale Einheit kaum lebensfähig. Von einer halbwegs gerechten Lösung der Flüchtlingsfrage dürfte am Ende gleichfalls keine Rede mehr sein: Eine Rückkehr der Flüchtlinge ins israelische Staatsgebiet ist mit Sicherheit auszuschließen, ihre »Rücksiedlung« in die überbevölkerten palästinensischen Enklaven erscheint unmöglich. So wird Gewalt als Instrument zur Beseitigung von Ungerechtigkeit in diesem Konzept strukturell verankert. Die Asymmetrie der »Straßenkarte« und die Parteilichkeit der Supermacht USA werden es Israel ermöglichen, die Schuld für ein Scheitern – welcher Etappe auch immer – den Palästinensern anzulasten. Die Nicht-Einhaltung des hoffnungsvollen Ansatzes von Oslo, »Land für Frieden«, wird dem »gelobten Land« keinen Frieden bringen können, weil den Palästinensern ein Frieden ohne Land (und Wasser) aufgezwungen werden soll.

25 Zit. nach
Neues Deutschland,
24. September 2003.

BERNHARD HEIMANN

Die Linke und der Krieg

In der mehr als 150jährigen Geschichte der Arbeiterbewegung haben die Auffassungen und die Haltung von Sozialisten zum Krieg eine widersprüchliche Entwicklung genommen. Darin spiegeln sich Erfahrungen wider, die im Zusammenhang mit den jeweiligen Kriegen gesammelt worden sind. Stets waren und sind solche Fragen zu beantworten wie: Sollen Kriege verurteilt oder als Verteidigung berechtigter Interessen anerkannt werden, sollen Rüstungsausgaben oder Kriegskredite im Parlament bewilligt werden u. ä. Heute ein Urteil zu fällen, wie die gegebenen Antworten einzuschätzen sind, ist schwierig. Zu berücksichtigen sind dabei die konkrete historische Situation und die eigenen Ansprüche der sozialistischen Parteien, die sich aus ihren Programmen bzw. Zielstellungen ergaben.

In einer fundierten Untersuchung zum Thema »Sozialdemokratie, Krieg und Frieden« kamen Christoph Butterwegge und Heinz-Gerd Hofschien bereits in den 80er Jahren zu dem Schluß, daß »die Partei immer dann ihre größten Niederlagen erlitt (die dann auch Niederlagen der gesamten Arbeiterbewegung und der Demokratie wurden), wenn sie den Kurs konsequenter Friedenspolitik verließ.«¹

Karl Marx und Friedrich Engels

Bereits Karl Marx und Friedrich Engels nahmen in den rund 50 Jahren ihres Wirkens erhebliche Veränderungen in ihrer Stellung zum Krieg vor. Zunächst gingen sie von den Erfahrungen der Zeit nach der Französischen Revolution und den Napoleonischen Kriegen aus. Sie wandten sich aber gegen die damals herrschende Geschichtsauffassung, die »Gewalt, den Krieg, Plünderung, Raubmord pp. zur treibenden Kraft der Geschichte« gemacht hatte.² Später wiesen sie in ihren Arbeiten vor allem darauf hin, daß Armeen und Krieg von materiellen, ökonomischen Bedingungen abhängig sind.

Marx und Engels beurteilten Kriege danach, welchen Einfluß sie auf die Arbeiterbewegung und den Erfolg der proletarischen Revolution haben würden. Im Zusammenhang mit der Revolution von 1848/49 hielten sie den Krieg gegen den russischen Zarismus, die Hauptkraft der Konterrevolution, für legitim. Da Marx die Befreiung Europas vornehmlich von der revolutionären Erhebung der Arbeiterklasse der fortgeschrittensten Länder, nämlich Frankreichs und Englands erwartete, war er sogar bereit, einen Weltkrieg als Auslöser dafür zu akzeptieren.³ Das war eine – aus den Zeitumständen erklär- bare – Zuspitzung, die von den beiden großen Sozialisten später verworfen wurde.

Bernhard Heimann – Jg. 1935, Dr. sc. phil., Militärhistoriker, Oberst der NVA, Fachgruppenleiter am Militärgeschichtlichen Institut der DDR von 1976 bis 1990.

1 Christoph Butterwegge, Heinz-Gerd Hofschien: Sozialdemokratie, Krieg und Frieden, Heilbronn 1984, S. 9.

2 Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 3, S. 23.

3 Karl Marx: Die revolutionäre Bewegung, in: MEW, Bd. 6, S. 150; Ders.: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW, Bd. 7, S. 79.

4 Karl Marx: Invasion!, in: MEW, Bd. 13, S. 444.

5 Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: MEW, Bd. 16, S. 13.

6 Karl Marx: Erste Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg, in: MEW, Bd. 17, S. 7.

7 Siehe Butterwegge, Hofschien, S. 16, 31.

8 Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland, in: MEW, Bd. 22, S. 256.

9 Friedrich Engels: Einleitung zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«, in: MEW, Bd. 22, S. 517.

10 Friedrich Engels: Kann Europa abrüsten?, in: MEW, Bd. 22, S. 371 ff.

Als Marx 1859 die Invasionskriege Napoleons III. in Italien, China und Mexiko anprangerte, charakterisierte er das bis dahin weit verbreitete Dogma, daß »um Frieden zu haben, man sich zum Kriege rüsten muß«, als große Lüge.⁴ Bei der Gründung der I. Internationale 1864 verurteilte Marx die Politik der herrschenden Klassen, die in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudeten. Den Arbeiterklassen habe das die Pflicht gelehrt, dem entgegenzuwirken und »die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen.«⁵

Den Deutsch-Französischen Krieg 1870 betrachteten Marx und Engels differenziert: zunächst als Verteidigungskrieg Deutschlands gegen den bonapartistischen Überfall. Zugleich warnten sie die deutsche Arbeiterklasse, daß Sieg oder Niederlage gleich unheilvoll sein würden, wenn der streng defensive Charakter des Krieges aufgegeben und er in einen Krieg gegen das französische Volk ausarten würde. Marx brachte im Namen des Generalrates der I. Internationale die Überzeugung zum Ausdruck, daß »die Allianz der Arbeiter aller Länder schließlich den Krieg ausrotten wird.« Als Zukunftsvision sah er eine neue Gesellschaft, »deren internationales Prinzip der Friede sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht – die Arbeit!«⁶ Der von Marx und Engels begründete Standpunkt des Generalrats der Internationale hatte erheblichen Anteil daran, daß die Gruppierungen der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands während dieses Krieges ihre internationalistische Friedensposition bewahrten. Namentlich die sozialdemokratischen Abgeordneten im Norddeutschen Reichstag August Bebel und Wilhelm Liebknecht bestanden die Prüfung als »prinzipielle Gegner jedes dynastischen Krieges« und nahmen die Anklage und Verurteilung als Hochverräter in Kauf.⁷

In den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts warnte Engels vor den Gefahren eines europäischen Krieges und eines Weltkrieges. 1891 brachte er die Befürchtung zum Ausdruck, ein neuer Krieg zwischen Deutschland und Frankreich würde zunächst beide Länder und dann den ganzen Kontinent verwüsten. Seine Folgerung lautete: »Und deshalb sind die Sozialisten in allen Ländern für den Frieden.«⁸ 1895 sprach er vom Ende der »bonapartistischen Kriegsperiode« und sah voraus, daß die Entwicklung jeden anderen Krieg unmöglich machen würde »als einen Weltkrieg von unerhörter Greuelhaftigkeit und von absolut unberechenbarem Ausgang.«⁹ Engels beließ es jedoch nicht nur bei seinen Warnrufen. Mit der Schrift »Kann Europa abrüsten?« unterbreitete er 1893 konkrete Vorschläge, wie das Wettrüsten beendet und der Frieden garantiert werden könnte. Als Hauptweg, den auch die damaligen Regierungen unter den herrschenden politischen Bedingungen gehen konnten, betrachtete er die Herabsetzung der Dienstzeit in den stehenden Heeren mit dem Endziel, diese in eine auf allgemeiner Volksbewaffnung beruhende Miliz umzuwandeln.¹⁰

Insgesamt boten Marx und Engels der Arbeiterbewegung Wegweiser an, um sich in den komplizierten Problemen von Krieg und Frieden zurechtzufinden. Ihre Erkenntnisse (namentlich die militärtheoretischen und militärhistorischen Arbeiten von Engels) beinhalten vor allem in der Herangehensweise noch immer wertvolle Anregungen für die Gegenwart, ohne daß sie heutige Fragen beantworten.

Die II. Internationale

Die sozialdemokratischen Parteien und ihre internationale Vereinigung, die II. Internationale, folgten in ihrer Mehrheit über einen längeren Zeitraum dem von Marx und Engels gewiesenen Weg. So beschloß der 5. Kongreß in Paris 1900, »daß es vor allem unbedingt notwendig ist, die weltpolitische Alliance der Bourgeoisien und Regierungen zur Verewigung des Krieges durch eine Alliance der Proletarier aller Länder zur Verewigung des Friedens zu beantworten, d. h. von mehr oder minder platonischen Demonstrationen der internationalen Solidarität auf politischem Gebiet zur energischen internationalen Aktion, zum gemeinsamen Kampf gegen den Militarismus und die Weltpolitik überzugehen.«¹¹

Die Resolution des Stuttgarter Kongresses von 1907 zur imperialistischen Politik bekräftigte, daß Kriege im Wesen des Kapitalismus liegen, daß sie in der Regel Folgen des Konkurrenzkampfes zwischen den kapitalistischen Staaten sowie des unaufhörlichen Wettrüstens sind. Der Kongreß verpflichtete die arbeitende Klasse und insbesondere ihre Vertreter in den Parlamenten, »mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen ...« Den Abschluß der von Bebel entworfenen Resolution bildete der Änderungsantrag, den W. I. Lenin, Rosa Luxemburg und L. Martow gestellt hatten. Darin hieß es: »Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, ... alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern ... Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.«¹²

Damit war die marxistische Position zu Militarismus und Krieg entsprechend den neuen Bedingungen und Erfahrungen weiterentwickelt und zugespitzt worden. Dieser Standpunkt der II. Internationale wurde auf dem Baseler Kongreß 1912, als der Balkankrieg tobte und die Gefahr eines Weltkrieges bedrohlich zunahm, bestätigt und durch konkrete Aufgaben an einzelne Parteien ergänzt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die stärkste und angesehenste Kraft der II. Internationale, vertrat lange Zeit zur Frage der Kriegskredite die Position: »Diesem System keinen Mann und keinen Groschen«. Allmählich gewannen jedoch in der SPD und vielen anderen Parteien der II. Internationale diejenigen Kräfte entscheidenden Einfluß, die eine »Vaterlandsverteidigung« befürworteten und bereit waren, ihre jeweiligen Regierungen bei der Bewilligung des Militärhaushaltes zu unterstützen. Ihr Wortführer in Deutschland war Gustav Noske. Dieser erklärte bereits 1907 im Deutschen Reichstag: »Ich gehe als Sozialdemokrat mit dem Herrn Kriegsminister zusammen, wenn er erklärt hat, man habe ein Interesse daran, daß die deutschen Soldaten die besten Waffen haben.« Noske kritisierte zwar den Militarismus in seiner Wirkung nach innen, bestätigte jedoch den bürgerlichen Parteien: »In der Beurteilung von Angriffskriegen auf Deutschland stimmen wir absolut überein! Es gibt da keinen Unter-

11 Zitiert in Butterwegge, Hofschien a. a. O., S. 61.
»Natürlich ist die Frage der grundsätzlichen Stellung zum Krieg von höchst praktischer Wichtigkeit und keineswegs eine theoretische Spintisiererei. Sie entscheidet sich auch nicht etwa von selbst, wenn ein konkreter Fall vorliegt; im Gegenteil: Gerade ein solcher konkreter Fall bringt mit der Erregtheit der Situation gar leicht eine Tendenz zur Verwirrung der klaren Einsicht.« Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus, in: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1958, S. 423.

12 Zitiert ebenda, S. 73 f.

13 Zitiert in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin 1966, S. 364 f.

schied! Angriffe würden wir Sozialdemokraten mit ebenso großer Entschiedenheit zurückzuweisen bemüht sein, wie das irgendein Angehöriger der bürgerlichen Parteien tun könnte und wollte.«¹³

Auf dem Parteitag der SPD im gleichen Jahr gab es eine Auseinandersetzung über Noskes Reichstagsrede. Aber letztlich nahm ihn der Parteivorsitzende Bebel in Schutz. Auch Bebel bekannte sich im Falle eines Angriffs auf Deutschland zur Vaterlandsverteidigung, wenn angegriffen würde. Und er glaubte, das Volk könne beurteilen, ob es sich um einen Angriffskrieg handele.

Oftmals beriefen sich sozialdemokratische Politiker darauf, daß Marx und Engels einen Verteidigungskrieg gegen das zaristische Rußland befürwortet hatten. Nur von der linken Minderheit in der Sozialdemokratie wurde betont, daß sich die Verhältnisse seit dieser Zeit wesentlich verändert hatten: In Rußland hatte es eine Revolution gegeben, und imperialistische Kriege um die Neuaufteilung der Welt kündigten sich an. Rosa Luxemburg hatte bereits anlässlich des Russisch-Japanischen Krieges 1904 gewarnt: »In der gegenwärtigen Lage der Weltpolitik droht jeder Krieg zweier Mächte in einen bewaffneten Zusammenstoß der widerspruchsvollen Interessen aller Mächte umzuschlagen, droht zu einem allgemeinen Blutbad zu werden.«¹⁴

14 Rosa Luxemburg: Krieg, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1955, S. 183.

Als im Sommer 1914 nach dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger unmittelbar der Ausbruch eines Weltkrieges drohte, rief der Parteivorstand der SPD am 25. Juli noch dazu auf, in Massenprotesten »den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen.« Weiter hieß es in dem Aufruf: »Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgendeine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!«¹⁵

15 Zitiert in: Butterwegge, Hofschien a. a. O., S. 107.

Der 4. August 1914

Nach diesen revolutionär klingenden Worten war es kaum vorstellbar, daß die Führung der SPD und die gesamte Reichstagsfraktion dem Eintritt Deutschlands in den Krieg zustimmen und die Kriegskredite bewilligen würden. Und doch kam es so, weil die Rechten in der Partei sowie die Führung um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann sich nicht den genannten Beschlüssen der II. Internationale zum Kampf gegen die »bürgerliche Klassenherrschaft« verpflichtet fühlten, sondern die Zusammenarbeit mit den Regierungen anstrebten. Bereits am 29. Juli konnte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Albert Südekum dem Reichskanzler die Bestätigung des Parteivorstandes der SPD übermitteln, daß »keinerlei wie immer geartete Aktion (General- oder partieller Streik, Sabotage u. dergl.) geplant oder auch nur zu befürchten sei.«¹⁶ Am 3. August beschloß die Reichstagsfraktion mit 78 gegen 14 Stimmen, die Kriegskredite zu befürworten. Bei der Abstimmung im Reichstag am 4. August unterwarf sich die Minderheit dem Fraktionszwang, so daß die Abgeordneten der SPD geschlossen die Kriegskredite bewilligten. In der Erklärung der Fraktion wurde wiederum die Gefahr eines Sieges des »russischen Despotismus« als Argument benutzt und unterstrichen: »Da machen

16 Zitiert in: Ebenda, S. 108 f.

wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.«¹⁷

Damit war ein Wendepunkt nicht nur in der deutschen, sondern in der internationalen Arbeiterbewegung eingetreten. Die meisten Parteien der II. Internationale in den kriegführenden Ländern unterstützten entgegen den Beschlüssen der Kongresse von Stuttgart und Basel ihre Regierungen im Krieg. Nach dem 4. August 1914 gab es keine einige marxistische sozialdemokratische Arbeiterbewegung mehr, sondern es begann die Spaltung in eine sozialdemokratische und eine kommunistische Bewegung.

An die Beschlüsse der Internationale zum Kampf gegen den Krieg hielten sich nur die russischen Bolschewiki, die serbischen Sozialdemokraten, der linke Flügel der bulgarischen Sozialdemokraten (die »Engherzigen«), die italienischen Sozialisten und die kleine englische Independent Labour Party. In der deutschen Sozialdemokratie bildete sich um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht u. a. eine Linke, die sich über die »Gruppe Internationale« (1915), die »Spartakus-Gruppe« (1916) zur Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) entwickelte. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Franz Mehring verteidigten die marxistischen Auffassungen und analysierten die imperialistische Kriegspolitik. Liebknecht stimmte am 2. Dezember 1914 als einziger Reichstagsabgeordneter gegen die Kriegskredite, was die heftigste Kritik der Fraktionsmehrheit nach sich zog. Im Dezember 1915 stimmten 20 Mitglieder der SPD-Fraktion gegen die Kriegskredite. Sie wurden 1916 aus der Fraktion und zusammen mit anderen Oppositionellen 1917 aus der Partei ausgeschlossen. Diese oppositionellen Sozialdemokraten gründeten im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), der sich zunächst auch die »Spartakus-Gruppe« anschloß. Am Ende des Weltkrieges, nach Gründung der KPD, war die deutsche Arbeiterbewegung in drei Parteien gespalten, was in besonderem Maße an den unterschiedlichen Haltungen zum Krieg begründet lag. In ihrem Programm von 1989 erklärte die SPD dazu: »Im Ersten Weltkrieg enttäuschte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Europas viele in der Hoffnung, sie könne den Frieden erzwingen. Sie entzweite sich über das Verhältnis von nationalen zu internationalen Aufgaben der Arbeiterklasse.«¹⁸

Lenin und die Bolschewiki

Einen weiteren Einschnitt in der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung, nicht zuletzt auch in deren Auffassungen zum Krieg, stellte das Auftreten der russischen Bolschewiki unter Führung Lenins dar. Nach der Oktoberrevolution erlangten sie erheblichen Einfluß auf den radikalen, kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung. Lenin beschäftigte sich intensiv mit militärischen Fragen. Er berief sich auf den Marxismus, insbesondere auf Engels, aber auch auf Carl von Clausewitz. Er kam dabei zu sehr unterschiedlichen Auffassungen. Stets stand jedoch der Zusammenhang von Krieg und Revolution im Mittelpunkt. Aus der Geschichte zog Lenin die Schlußfolgerung, daß »die großen geschichtlichen Fragen nur durch *Gewalt* gelöst werden können ...«¹⁹ Diese Denkweise war nicht zuletzt auf die speziellen Kampfbedingungen in Rußland zurückzuführen, wo es die Arbeiterbewegung mit der grausamen Unterdrückung durch den Zarismus

17 Zitiert in: Ebenda, S. 112.

18 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Programm-Parteitag der SPD am 20. Dezember 1989 in Berlin, S. 6. »Gewiß – die Greuel des Krieges sind so furchtbar, daß sie in jedem menschlich empfindenden Menschen zunächst Empörung und Entsetzen erwecken. So wird man inmitten einer verheerenden Seuche viel größere Teilnahme für die Kranken empfinden als für den Arzt, der in scheinbarer Gefühllosigkeit seines Amtes waltet. Aber der gefühlloseste Arzt nützt dem Kranken immer noch mehr, als unsere innigste Teilnahme nützen kann. So ist der kleinste Beitrag zur wirklichen Erkenntnis des Krieges immer noch wertvoller als die herrlichste Zornrede gegen den Krieg.« Franz Mehring: Kriegsgeschichtliche Probleme, in: Zur Kriegsgeschichte und Militärfrage, Berlin 1967, S. 406.

19 W. I. Lenin: Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung, in: Lenin: Werke (LW), Bd. 8, S. 566.

zu tun hatte. Die Dogmatisierung dieser These wirkte sich jedoch für die Entwicklung der kommunistischen Bewegung und die seit 1917 entstandenen sozialistischen Staaten verhängnisvoll aus.

Mit besonderer Intensität befaßte sich Lenin mit den Problemen der militärischen Gewalt während des Weltkrieges 1914 bis 1918. Im Unterschied zur großen Mehrheit der Sozialdemokratie nahmen Lenin und die Bolschewiki von Anfang an eine eindeutig verurteilende Haltung zum Krieg ein. Lenin unterstrich: »Der gegenwärtige Krieg ist ein imperialistischer Krieg, und das ist sein Grundcharakter.«²⁰ Diese Wertung des Ersten Weltkrieges bekräftigte Lenin, indem er das erreichte Entwicklungsstadium des Kapitalismus untersuchte und es als Imperialismus kennzeichnete. Seine Schrift »Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus« sollte dazu beitragen, »sich in der ökonomischen Grundfrage zurechtzufinden, ohne deren Studium man nicht im geringsten verstehen kann, wie der jetzige Krieg und die jetzige Politik einzuschätzen sind, nämlich in der Frage nach dem ökonomischen Wesen des Imperialismus ... Denn der Beweis für den wahren sozialen oder, richtiger gesagt, den wahren Klassencharakter eines Krieges ist selbstverständlich nicht in der diplomatischen Geschichte des Krieges zu suchen, sondern in der Analyse der objektiven Lage der herrschenden Klassen in allen kriegführenden Staaten.«²¹

Anders sieht es jedoch mit den Schlußfolgerungen aus, die Lenin aus der Analyse des imperialistischen Weltkrieges für den Kampf der Arbeiterbewegung zog. Bereits im Oktober 1914 formulierte er: »Die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg ist die einzig richtige proletarische Losung.«²² Weiter betonte er, die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Opposition sei es, »die Fahne des revolutionären Marxismus zu entrollen ..., die Losung revolutionärer Massenaktionen auszugeben, d. h. die Epoche der imperialistischen Kriege zum Beginn einer Epoche von Bürgerkriegen zu machen.«²³ Und später forderte er den »Bürgerkrieg für den Sozialismus« und erläuterte: »Der Bürgerkrieg ist ebenfalls Krieg, folglich muß auch er unvermeidlich die Gewalt an die Stelle des Rechts setzen.«²⁴ Indem Lenin zum Bürgerkrieg, ja zu einer Epoche von Bürgerkriegen aufrief, entfernte er sich von den originären Anschauungen von Marx und Engels. So hatte Marx den Bürgerkrieg gegen die Pariser Kommune als Massenschlächtereie gebrandmarkt und niemals an die Arbeiterklasse appelliert, von sich aus zum Bürgerkrieg als Kampfform zu greifen. Engels hatte die Sozialisten in allen Ländern gemahnt, für den Frieden einzutreten. Der nach der Oktoberrevolution über Jahre tobende Bürgerkrieg in Sowjetrußland zerrüttete das Land fast vollständig, kostete viele Millionen Menschenleben und brachte den Überlebenden Hunger und Not.

Oktoberrevolution und Krieg

Einen bedeutenden Schritt in der Frage von Krieg und Frieden unternahm die Bolschewiki unmittelbar nach dem Sieg im Oktober 1917 mit dem Dekret über den Frieden. Lenin hatte erkannt: »Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart.« Daher schlug er dem Sowjetkongreß am 8. November 1917 das Dekret über den Frieden vor, in dem allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen sofortige Verhandlungen über einen gerechten de-

20 Ders.: Referat über das Thema »Das Proletariat und der Krieg«. 14. Oktober 1914, in: LW, Bd. 36, S. 277.

21 Ders.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: LW, Bd. 22, S. 192, 194.

22 Ders.: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, in: LW, Bd. 21, S. 20.

23 Ders.: Sozialismus und Krieg, in: Ebenda, S. 330.

24 Ders.: Antwort an P. Kijewski (J. Pjatakow), in: LW, Bd. 23, S. 15 f.

mokratischen Frieden ohne Annexionen angeboten wurde. Die Sowjetregierung verlangte keine ultimativen Friedensbedingungen, sondern erklärte sich bereit, jegliche andere Friedensbedingungen zu erwägen. Die Hoffnung auf die Verwirklichung eines gerechten demokratischen Friedens setzte Lenin vor allem in die »klassenbewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands.«²⁵

Lenin begründete nach der Oktoberrevolution die Notwendigkeit, die Haltung zur Vaterlandsverteidigung zu ändern. Verbunden damit war, daß Lenin das Begriffspaar gerechte und ungerechte Kriege in die marxistische Terminologie einführte, das später zu einer »Lehre« dogmatisiert wurde. Lenin argumentierte: »Die Verteidigung des Vaterlandes anerkennen heißt die Legitimität und Gerechtigkeit eines Krieges anerkennen. Legitimität und Gerechtigkeit von welchem Standpunkt? Nur vom Standpunkt des sozialistischen Proletariats und seines Kampfes für seine Befreiung; einen anderen Standpunkt erkennen wir nicht an ... Wenn das Proletariat, das bei sich die Bourgeoisie besiegt hat, einen Krieg führt zur Festigung und Entwicklung des Sozialismus, dann ist der Krieg berechtigt und ›heilig‹.«²⁶

Nach dem Ende des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention kam Lenin zu neuen Erkenntnissen. Er erklärte: »Unsere Lage ist nun so, daß wir ... uns aber Bedingungen erkämpft haben, unter denen wir neben den kapitalistischen Staaten bestehen können ...« Er betonte, »daß wir es hier nicht nur mit einer Atempause zu tun haben, sondern mit einem neuen Zeitabschnitt, in dem die Grundlagen unserer internationalen Existenz im Geflecht der kapitalistischen Staaten erkämpft sind.«²⁷ In Verbindung mit den internationalen Konferenzen von Cannes und Genua 1922 schlußfolgerte Lenin, daß die Beschlüsse »die Gleichberechtigung der beiden Eigentumssysteme ... anerkennen und ... die Unvermeidlichkeit eines Übereinkommens mit dem zweiten als einem gleichberechtigten Partner zugeben.«²⁸

Die 20er Jahre

Nach Lenins Tod wurden dessen realistische Ansätze wenig oder gar nicht beachtet. Seine martialischen Positionen zum Krieg, namentlich zum Bürgerkrieg, wurden jedoch zum Dogma erhoben. Als notwendig erweist sich heute offensichtlich ein differenzierter, kritischer Umgang mit den von Lenin entwickelten Gedanken über den Krieg.

Nach dem furchtbaren Erlebnis des Ersten Weltkrieges war es für die internationale Arbeiterbewegung dringlicher denn je, ihre Haltung zu Krieg und Frieden zu bestimmen. Im Laufe des Krieges wandten sich immer mehr gesellschaftliche Kräfte gegen den Krieg. Die Revolutionen am Ende des Krieges waren nicht zuletzt Aufstände zur Beendigung des Krieges.

Als erste neue internationale Organisation der Arbeiterbewegung nach dem faktischen Zusammenbruch der II. Internationale entstand 1919 die Kommunistische Internationale (Komintern). In den Beschlüssen des Gründungskongresses wurde auch zu den Fragen von Krieg und Frieden Stellung genommen. Die Richtlinien der Komintern wiesen der Arbeiterklasse die Aufgabe zu, die Menschheit vor der Gefahr der vollständigen Vernichtung zu retten. »Sie muß die Herr-

25 Ders.: Rede über den Frieden, in: LW, Bd. 26, S. 239, 241.

26 Ders.: Über »linke« Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, in: LW, Bd. 27, S. 324.

27 Ders.: Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei, in: LW, Bd. 31, S. 406 f. »Ich bin der Meinung, und finde damit hier allgemeine Zustimmung, daß unsere Politik eindeutig friedliebend sein muß. Die Partei hat die Absicht, fest und unerschütterlich an einer Politik des Friedens festzuhalten. Alle unsere Kräfte werden jetzt auf die wirtschaftlichen Aufgaben konzentriert.« Leo Trotzki an den Vertreter Sowjetrußlands in Berlin 1920. Zitiert in: Besymenski, Lew: Stalin und Hitler, Berlin 2002, S. 101.

28 Ders.: Entwurf einer Entschließung des Gesamtrussischen Zentrallexekutivkomitees zum Bericht der Delegation auf der Genua-Konferenz, in: LW, Bd. 33, S. 342 f.

29 Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale: Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins, Berlin 1959, S. 74.

30 Ebenda, S. 90 f.

31 Ebenda, S. 211.

32 Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg. 21. bis 25. Mai 1923., o. O. 1923, S. 6.

33 Dritter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Brüssel, 5. bis 11. August 1928., Zürich 1928, S. VII., 99.

schaft des Kapitals brechen, die Kriege unmöglich machen, die Grenzen der Staaten vernichten, ... die Verbrüderung und Befreiung der Völker verwirklichen.«²⁹ Im Manifest an das Proletariat der ganzen Welt stellte die Komintern fest, daß der imperialistische Krieg in den Bürgerkrieg überging und übergeht. »Der Bürgerkrieg wird der Arbeiterklasse von ihren Erzfeinden aufgezwungen ... Indem die kommunistischen Parteien nie den Bürgerkrieg künstlich heraufbeschwören, streben sie danach, seine Dauer nach Möglichkeit zu verkürzen – falls er zur eisernen Notwendigkeit geworden – die Zahl seiner Opfer zu verringern und vor allem dem Proletariat den Sieg zu sichern.«³⁰ Die Statuten der Komintern, die vom II. Kongreß 1920 angenommen wurden, appellierten: »Gedenke des imperialistischen Krieges! ... Gedenke dessen, daß ohne den Sturz des Kapitalismus die Wiederholung von derartigen Raubkriegen nicht nur möglich, sondern unvermeidlich ist!«³¹ Damit hatten sich in der kommunistischen Bewegung die von Lenin und den Bolschewiki entwickelten Auffassungen von der Unvermeidlichkeit der Kriege und Bürgerkriege im Kapitalismus durchgesetzt.

Die sozialdemokratischen Parteien schlossen sich 1923 zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) zusammen. Auf ihrem Gründungskongreß charakterisierten sie den Ersten Weltkrieg als »Krieg des Imperialismus«.³² Damit befanden sie sich in Übereinstimmung mit anderen Teilen der Arbeiterbewegung, einschließlich der Kommunisten. Ausführlich nahm der dritte Kongreß der SAI 1928 zu Militarismus und Abrüstung Stellung. In der Resolution zu diesem Thema wurde erklärt: »Die allgemeinen Tendenzen des Kapitalismus streben zum Krieg. Andererseits ist es richtig, daß die wachsende gegenseitige Abhängigkeit der wirtschaftlichen Unternehmungen, die gesteigerten Kosten der Rüstungen, die Erkenntnis, daß das Wettrüsten den Krieg automatisch herbeizuführen droht, die Notwendigkeit der Sicherheit für ausländische Anleihen und die Furcht vor neuen Revolutionen, welche jeder Krieg entfesseln kann, gewisse Teile der herrschenden Klassen dazu veranlassen können, im Prinzip einer Einschränkung der Rüstungen zuzustimmen.«³³

Diese zweite Tendenz des Kapitalismus zu beachten und auszunutzen war durchaus legitim. Die meisten sozialdemokratischen Führer überschätzten jedoch diese Tendenz, schwächten den Kampf gegen den Militarismus ab und betrieben eine »positive Militärpolitik«. Davon zeugten u. a. die Zustimmung der gesamten Fraktion der Sozialistischen Partei Frankreichs in der Abgeordnetenversammlung zu dem Gesetz über die »Organisation der Nation im Kriege« im März 1927 und das Votum der sozialdemokratischen Minister in der deutschen Regierung für die Finanzierung des geplanten Panzerkreuzers A im August 1928 – die große Mehrheit der SPD-Abgeordneten im Reichstag ermöglichte durch Stimmenthaltung die Annahme eines entsprechenden Wehretats.

Stalin und die Komintern

In der Komintern setzten sich nach Lenins Tod die Kräfte um J. W. Stalin durch, welche die kommunistische Bewegung immer mehr zu einem Instrument der sowjetischen Machtpolitik degradierten. Stalin erklärte 1927 apodiktisch: »Ein Revolutionär ist, wer ohne Vorbe-

halte, bedingungslos, offen und ehrlich, ohne militärische Geheimberatungen bereit ist, die UdSSR zu schützen und zu verteidigen ... Denn wer die internationale revolutionäre Bewegung zu schützen gedenkt und dabei die UdSSR nicht schützen will oder sich gegen sie stellt, der stellt sich gegen die Revolution, der gleitet unwiderruflich ins Lager der Feinde der Revolution hinab.«³⁴

Mit solchen »Begründungen« wurden namentlich seit Mitte der 30er Jahre neben Funktionären der KPdSU auch Funktionäre der Komintern und in der Sowjetunion lebende Emigranten verfolgt und ermordet. Besonders verhängnisvoll für die Abwehr der vom Faschismus ausgehenden Gefahren, namentlich die zunehmende Kriegsgefahr, erwies sich die feindselige Einstellung zur Sozialdemokratie. In dem vom VI. Kongreß der Komintern 1928 beschlossenen Programm wurde die Sozialdemokratie zur »Hauptstütze des Imperialismus in der Arbeiterklasse« erklärt sowie die linke Sozialdemokratie als die »gefährlichste Fraktion der sozialdemokratischen Parteien« betrachtet. Die Sozialdemokratie spiele nicht selten »eine offene faschistische Rolle«, behauptete das Programm der Komintern.³⁵ Unter solchen Vorzeichen war an eine Aktionseinheit mit den revolutionären Kräften der SAI im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr nicht zu denken, obwohl die Komintern die Aufgabe stellte, dem Kampf gegen die Gefahr imperialistischer Kriege besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Ein gewisser Wandel in der Politik der Komintern vollzog sich in den Jahren 1934/1935. In diesem Zeitraum veränderte die sowjetische Führung ihre außenpolitische Linie in Richtung auf ein Bündnis mit den westeuropäischen Mächten gegen Hitlerdeutschland. Im Oktober 1933 trat Hitlerdeutschland aus dem Völkerbund aus und schloß im Januar 1934 einen Nichtangriffspakt mit Polen, der sowohl in der Sowjetunion wie in Frankreich Argwohn hervorrief. Im September 1934 trat die UdSSR in den vorher verpönten Völkerbund ein und schloß im Mai 1935 mit Frankreich einen Beistandspakt. In diese Politik paßte ein Teil der früheren Orientierungen der Komintern nicht. Im Jahre 1934 entwickelte sich eine wachsende Bewegung für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Krieg, deren sichtbarster Ausdruck das Einheitsfrontabkommen zwischen der kommunistischen und der sozialistischen Partei Frankreichs war. Ähnliche Vereinbarungen kamen zwischen den sozialdemokratischen und den kommunistischen Parteien Italiens und Spaniens zustande.

Unter diesen Vorzeichen tagte im Juli und August 1935 in Moskau der VII. Kongreß der Komintern. Die Probleme des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung spielten auf dem gesamten Kongreß und in seinen Beschlüssen eine große Rolle, ihnen war auch ein spezieller Tagesordnungspunkt gewidmet. Ausführlich referierte Palmiro Togliatti zur imperialistischen Kriegsvorbereitung und zu den Aufgaben der Komintern. Er ging davon aus, daß sich seit dem VI. Kongreß 1928 tiefgehende Wandlungen vollzogen hatten. Hierzu rechnete Togliatti vor allem, daß der japanische Imperialismus im Fernen Osten bereits Krieg um die Neuaufteilung der Welt führte. Als weiteres Kennzeichen der neuen Lage charakterisierte er den Sieg des Faschismus in Deutschland und in einigen anderen europäischen Ländern, wobei der deutsche Faschismus zum Hauptkriegstreiber geworden sei. Togliatti betonte, »daß die internationale Lage besonders zu-

34 Stalin, J. W.: Werke. Bd. 10, Berlin 1953, S. 45.

35 Programm der Kommunistischen Internationale. Angenommen vom VI. Weltkongreß am 1. September 1928 in Moskau, Hamburg-Berlin 1928, S. 22.

36 VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale: Referate und Resolutionen, Berlin 1975 (im folgenden: VII. Kongreß der Komintern), S. 194.

37 Ebenda, S. 188, 195.

38 Ebenda, S. 203.

39 Komintern und Friedenskampf: die Kommunistische Internationale über die Aufgaben der Kommunisten im Friedenskampf; Auswahl von Dokumenten und Materialien 1917-1939, Berlin 1985, S. 198 f.

gespitzt, besonders gespannt ist, daß der Krieg in jedem Augenblick an jedem Ort ausbrechen kann, und daß jeder Krieg zwangsläufig in einen Weltkrieg mündet.«³⁶ Diese Wertung erwies sich in der Tendenz als richtig, jedoch vom angenommenen Zeitpunkt und von der Aussage über die Ausweitung jedes Krieges zum Weltkrieg als überzogen.

Im Gegensatz zu früheren Beurteilungen des Imperialismus unterschied Togliatti zwischen zwei Gruppen kapitalistischer Staaten in Europa: Zu der einen rechnete er Staaten, die von den »kriegerischsten, reaktionärsten Kräften« beherrscht werden, die unmittelbar daran interessiert sind, einen Krieg, insbesondere gegen die Sowjetunion, zu entfesseln; zum anderen sah er eine Gruppe kapitalistischer Staaten, von denen »einige an der Verteidigung des Status quo und an einer zeitweiligen, bedingten Verteidigung des Friedens interessiert sind.« Seine Schlußfolgerung lautete: »Konzentrierung des Feuers unseres Kampfes gegen den Hauptfeind des Friedens, gegen den deutschen Faschismus ...«³⁷

Zum Kampf um den Frieden erklärte Togliatti: Obwohl der Krieg eine »zwangsläufige Begleiterscheinung des kapitalistischen Regimes« ist, sei dieser Kampf kein aussichtsloser. Er begründete das vor allem damit, daß sich die Arbeiterklasse auf die Macht der Sowjetunion stützen könne, die allen Bedrohungen zum Trotz bisher den Krieg verhindert habe. Für die Komintern schlußfolgerte er: »Die Kommunistische Internationale ... stellt sich an die Spitze des Feldzuges zur Verteidigung des Friedens und der Sowjetunion. Die Lösung des Friedens wird zu unserer zentralen Losung im Kampf gegen den Krieg.«³⁸ Das war eine Veränderung gegenüber der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als die Friedenslosung nicht im Mittelpunkt stand, weil die Komintern den »Frieden von Versailles« ablehnte. Dieser Wandel ergab sich Togliatti zufolge daraus, daß das Versailler System zusammengebrochen sei und der deutsche Nationalismus den Völkern Europas ein Unterdrückungssystem aufzwingen wolle, das noch abscheulicher sei als das von Versailles. Dadurch erhalte die Verteidigung des Friedens einen ganz anderen Charakter.

Im Schlußwort nach der Diskussion zu seinem Referat postulierte Togliatti eine neue Perspektive im Kampf um den Frieden: »Man kann den Krieg nicht nur hinausschieben, sondern unter gewissen Voraussetzungen sogar den Ausbruch eines neuen imperialistischen Krieges selbst verhindern.« Dazu müsse der enge Rahmen der früheren Antikriegsarbeit durchbrochen und dem Kampf für den Frieden allgemeiner Volkscharakter verliehen werden. Der Kampf für den Frieden habe dann die größten Aussichten auf Erfolg, wenn »alle Kriegsgegner, alle Friedensfreunde, die Kräfte der Arbeiterklasse, die Kräfte der breiten Massen des Kleinbürgertums, die Intellektuellen, die bedrohten nationalen Minderheiten, die Staaten selbst, die gegenwärtig an der Erhaltung des Friedens interessiert sind, sich zusammenschließen und den Kriegsbrandstiftern und Kriegstreibern eine mächtige Front entgegenstellen.«³⁹

Bei allem Fortschritt, der auf dem VII. Kongreß von der Komintern bei der Überwindung der sektiererischen Enge im Kampf gegen Krieg und Faschismus erzielt worden ist, blieb auch diese Orientierung noch widerspruchsvoll. Als Ziel im Falle eines neuen imperialistischen Weltkrieges forderte der Kongreß, »die im Kampfe für den Frieden

organisierten Kriegsgegner zum Kampf für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die faschistischen Kriegstreiber, gegen die Bourgeoisie, für den Sturz des Kapitalismus zu führen.«⁴⁰

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale vor dem Zweiten Weltkrieg 1935 beschloß die Führung der SAI, eine »Kommission zum Studium der Haltung der der SAI angeschlossenen Parteien im Kriegsfall« zu bilden und die Mitgliedsparteien zu einer außenpolitischen Grundsatze debatte aufzufordern. Das bedeutendste Ergebnis waren die Thesen »Die Internationale und der Krieg«, die von den Mitgliedern der Exekutive Otto Bauer (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs), Theodor Dan (Menschewiki) und Jean Zyromski (Sozialistische Partei Frankreichs) verfaßt wurden. Die drei Vertreter der SAI sprachen die Hoffnung aus, daß ein neuer Krieg, »in dem die Arbeiterklasse der ganzen Welt die Sowjetunion verteidigen und die Erschütterungen des Krieges zur Eroberung der Staatsmacht in den kapitalistischen Ländern auszunützen streben wird, das Weltproletariat wieder vereinigen würde.« Ihre Thesen endeten in der Schlußfolgerung: »Die Erfahrung, daß dem Krieg die Revolution folgt, schreckt die herrschenden Klassen und ihre Regierungen am stärksten vor dem Kriege ab. Die Furcht der kapitalistischen Klassen vor der sozialen Revolution wirkt stärker als alle Völkerbundsatzungen und alle Pakte für den Frieden. Wenn sich die Internationale entschlossen zeigt, den Krieg zum Sturze des Kapitalismus auszunützen, arbeitet sie am wirksamsten für den Frieden.«⁴¹

Insgesamt wiesen die Thesen wesentliche Gemeinsamkeiten zu den Positionen der Komintern auf, was allerdings von deren Führung nicht in gebührendem Maße anerkannt wurde. Innerhalb der SAI sympathisierte mit den Thesen vor allem deren Sekretär Friedrich Adler, der auch das Vorwort zur Publikation der Thesen verfaßt hatte.

Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges zeigte sich die SAI aber immer weniger handlungsfähig im Ringen gegen den Krieg, weil sie sich deutlich in zwei Richtungen spaltete. Auf der einen Seite standen die Kräfte, die für einen konsequenten Kampf gegen Krieg und Faschismus eintraten. Das waren linke Sozialisten oder Sozialdemokraten, namentlich aus den in die Illegalität gezwungenen Parteien. Auf der anderen Seite verließen sich viele Vertreter der etablierten Parteien West- und Nordeuropas auf den Völkerbund und tolerierten oder unterstützten die Appeasementpolitik ihrer Regierungen. So stimmten bis auf einen alle Parlamentsabgeordneten der französischen sozialistischen Partei (SFIO) dem Münchener Abkommen zu. Die SAI als Ganzes vermochte im letzten Jahr vor dem Zweiten Weltkrieg keine klare Position zum Kampf gegen den Krieg zu beziehen, geschweige denn Handlungsanleitungen für ihre Mitgliedsparteien zu geben. Der Sekretär Friedrich Adler erklärte im Juni 1939 verbittert: »Die Erfahrungen des letzten Krieges sind wirkungslos geblieben.« Er betrachtete das Werk der SAI als vorläufig gescheitert und bot zum wiederholten Male seinen Rücktritt an.⁴²

Die Exekutive der SAI kam im Februar 1940 in Brüssel zum letzten Mal zu einer Sitzung zusammen. Der Rücktritts Antrag Adlers wurde angenommen. Die Exekutive beschloß, eine Kommission mit

40 VII. Kongreß der Komintern, S. 331.

41 Otto Bauer, Theodor Dan, Jean Zyromski: *Die Internationale und der Krieg*, Wien 1935, S. 15 f. »Es gilt heute, über den Faschismus und den Krieg zu siegen, ihre ökonomischen und sozialen Wurzeln für immer auszurotten. Faschismus und Kriegsgefahr drängen zur Überwindung der Feindschaft zwischen den beiden Heerlagern der Arbeiterklasse.« Otto Bauer: *Zwischen zwei Weltkriegen?* Bratislava 1936, S. 92, 319. »Der Weltkrieg hat, wie so vieles andere, auch die sozialistische Tradition arg zerstört. Die jetzige Jugend weiß wenig mehr von dem, was die besten Köpfe des Sozialismus in mühevoller Arbeit ehemals erforscht hatten. Kein Zweifel, manches davon ist überholt, veraltet. Aber nicht so sehr, wie viele wännen, die keine Ahnung von den Geistes schätzen der Vergangenheit haben. Wer diese durchforscht, wird immer überrascht davon, was unsere Vorgänger schon alles wußten und erkannt hatten. Gar mancher, der sich mit einem Problem mühsam abplagt, ohne vom Fleck zu kommen, würde rasch damit fertig werden, wenn er wüßte, was große Geister schon vor ihm darüber gedacht und gefunden hatten.« Karl Kautsky: *Sozialisten und Krieg*, Prag 1937, S. 2.

42 Rolf Steiniger: *Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg ... Darstellung und Dokumentation*, Bonn 1979, S. 181 ff.

dem Auftrag einzusetzen, ein Friedensprogramm der SAI auszuarbeiten. Dieser Auftrag ist nicht mehr ausgeführt worden. Die für Ende Mai in Paris geplante nächste Sitzung der Exekutive konnte auf Grund der Offensive der Armeen Hitlerdeutschlands im Westen nicht stattfinden. Damit hörte die SAI faktisch auf zu existieren, wenn auch die offizielle Auflösung erst 1947 erfolgte.

Die Komintern und Nichtangriffspakt

Auch die kommunistischen Parteien konnten nicht den Aufgaben im Friedenskampf gerecht werden, die der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale gestellt hatte. Das war auf die tiefe Krise der Komintern zurückzuführen, die in der zweiten Hälfte der 30er Jahre begann und schließlich in ihre Auflösung 1943 mündete. Die hauptsächliche Ursache lag in der völligen Unterordnung unter die stalinistische Führung der KPdSU, deren Terrormaßnahmen sich auch auf Funktionäre der Komintern und deren Mitgliedsparteien erstreckte. Längere Zeit war bereits die theoretische Arbeit, darunter zu den Fragen von Krieg und Frieden, durch dogmatische Lehrsätze des Marxismus-Leninismus ersetzt worden. In der Komintern gingen die Politikansätze des VII. Kongresses immer mehr verloren, sie wurden durch die unkritische Unterstützung der sowjetischen Machtpolitik verdrängt. Erneut bekamen sektiererische Tendenzen die Oberhand, die selbst die Ansätze für die Einheits- und Volksfrontpolitik zunichte machten, die am Vorabend des Zweiten Weltkrieges von enormer Bedeutung gewesen wären.

Die entscheidende Wende in der sowjetischen Außenpolitik und in deren Folge in der Politik der Komintern trat mit dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges ein. Stalin hatte zwar auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU im März 1939 Vorwürfe gegen den aggressiven Kriegsblock Deutschlands, Italiens und Japans erhoben, zugleich aber das große und gefährliche Spiel der Westmächte mit der Nichteinmischungspolitik als »Begünstigung der Aggression«, als »Entfesselung des Krieges und folglich seine Umwandlung in einen Weltkrieg« verurteilt. Sie würden einen Konflikt zwischen der Sowjetunion und Deutschland provozieren wollen, »ohne daß dazu sichtbare Gründe vorliegen«.⁴³

Die letzte Bemerkung Stalins wurde von der Hitlerregierung als Wunsch der sowjetischen Führung verstanden, mit Deutschland bessere Beziehungen herzustellen. Über monatelange Gespräche und Verhandlungen kam es zum Abschluß des Nichtangriffsvertrages am 23. August sowie des Grenz- und Freundschaftsvertrages am 28. September 1939. Konnte der Nichtangriffsvertrag eventuell noch als Versuch gewertet werden, die Sowjetunion aus dem bevorstehenden Krieg herauszuhalten, so hatten die geheimen Zusatzprotokolle und der Freundschaftsvertrag offensichtlich einen völlig anderen Charakter. Deren Hauptinhalt bestand in einer Neuaufteilung der Interessensphären in Osteuropa zwischen der UdSSR und Deutschland. Stalin erklärte am 9. September 1939 im internen Kreis in zynischer Weise: »Was ist Schlechtes daran, wenn wir im Ergebnis der Zerschlagung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und die Bevölkerung ausdehnen.«⁴⁴ Während die Hitlerarmee noch gegen

43 Stalin, J.: Fragen des Leninismus, Berlin 1950, S. 687, 689 f. Siehe auch Lew Besymenski: Stalin und Hitler: das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin 2002, S. 133 ff. »Der innere Widerspruch der sowjetischen Politik der Jahre 1939-1941 war bereits mit der Entscheidung angelegt, die Stalin Anfang 1939 fällt. Die Allianz der beiden Diktaturen war ein Widerspruch in sich, auch wenn die äußeren Ähnlichkeiten überwogen, die mancher in den beiden totalitären Systemen zu erkennen glaubte ... Die ideologischen Differenzen vermochte man auf Befehl noch irgendwie zu übertünchen, was in Deutschland und der Sowjetunion 1939 und Anfang 1940 auch in der Tat geschah. Aber was die Weltherrschaft betraf, so konnte es für Nazideutschland keinen Kompromiß mit der kommunistischen Sowjetunion geben. Das wußte Hitler, und das wußte auch Stalin. Man mußte nur erkennen, wann die Stunde der Wahrheit schlug. Aber genau darin irrte Stalin.« Lew Besymenski: Stalin und Hitler, S. 340.

44 Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933-1943, Berlin 2000, S. 274.

die Verteidiger Warschaus kämpfte (Molotow hatte der deutschen Regierung auf Grund falscher Informationen bereits am 9. September Glückwünsche zur Einnahme der polnischen Hauptstadt übermittelt), rückten die sowjetischen Truppen ab 17. September von Osten in Polen ein. Dabei kam es mancherorts zu schweren Gefechten mit polnischen Truppen und zu Verlusten auf beiden Seiten. Der polnische Staat wurde zwischen der Sowjetunion und Nazideutschland aufgeteilt. Der sowjetische Regierungschef Molotow erklärte am 31. Oktober 1939 triumphierend: »Doch ein einziger rascher Schlag gegen Polen, erstens seitens der deutschen und dann seitens der Roten Armee, und nichts blieb übrig von diesem häßlichen Sproß des Versailler Vertrages ...«⁴⁵ Die sowjetische Führung ließ Tausende polnische Kriegsgefangene ermorden. Im Jahre 1940 erweiterte Stalin das sowjetische Territorium entsprechend den Abmachungen mit Hitler um die Gebiete der baltischen Staaten sowie Bessarabiens.

Mit einem regelrechten Angriffskrieg versuchte die Stalinsche Führung im Winter 1939/40, das sowjetische Territorium auf Kosten Finnlands auszudehnen. Das führte auf Grund der Schwächen der Roten Armee (Stalinsche »Säuberungen«!) zu verlustreichen Kämpfen und zur internationalen Isolierung der UdSSR (Ausschluß aus dem Völkerbund). Der im März 1940 abgeschlossene Friedensvertrag mit Finnland brachte zwar territoriale Gewinne für die Sowjetunion, trieb aber Finnland in die Arme Hitlers für seinen Krieg gegen die UdSSR.

Und noch eine Tatsache zeugt davon, daß die Außen- und Militärpolitik unter Stalin nicht von sozialistischen, sondern von machtpolitischen Grundsätzen gekennzeichnet war. Das war die wohlwollende Neutralität gegenüber Hitlerdeutschland in der Zeit des Zweiten Weltkrieges bis zum Juni 1941. Die sowjetische Führung sprach das faschistische Regime von der Kriegsschuld frei und verurteilte Großbritannien und Frankreich als die für den Kriegsausbruch Verantwortlichen. In dem Tagesbefehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 7. November 1939 hieß es: »Der europäische Krieg, in dem England und Frankreich als Anstifter und eifrige Fortsetzer auftreten ..., unternehmen die anglo-französischen Aggressoren ... alles, um den Krieg zu verstärken und ihn auf andere Länder auszudehnen.«⁴⁶

Die Sowjetunion lieferte Hitlerdeutschland Rohstoffe und Lebensmittel, stellte der deutschen Kriegsmarine Stützpunkte zur Verfügung.

Die Komintern und ihre Mitgliedsparteien, die von der Wende der Stalinschen Außenpolitik überrascht wurden, mußten erst von dem seit dem VII. Kongreß verfolgten Kurs des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus abgebracht und auf eine andere Richtung ihrer Politik umgestellt werden. Noch am 25. August 1939 hatte das Zentralkomitee der KPD in seiner Erklärung zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von allen Antifaschisten den verstärkten Kampf gegen die Nazidiktatur gefordert. Die deutschen Arbeiter mußten sich »an die Seite aller von den Nazis unterdrückten bedrohten Völker stellen und nunmehr erst recht dafür kämpfen, daß ... sofort solche Friedenspakete mit Polen, Rumänien, mit Frankreich und England, mit allen Völkern, die sich mit Recht durch die Angriffspolitik Hitlers bedroht fühlen, geschlossen werden ...« Die KPD orientierte weiterhin auf die Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten, auf die Volksfront, mit deren Hilfe »die Macht der Kriegstreiber gebrochen

45 Zitiert in Gerhart Hass: 23. August 1939: der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation, Berlin 1990, S. 267.

46 Zitiert in: ebenda, S. 271.

47 Zitiert in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 520 f.

48 Zitiert in Julius Brauntal: Geschichte der Internationale. Bd. 2, Hannover 1963, S. 528 f. Siehe auch Dimitroff: Tagebücher, S. 274.

und das Naziregime durch die Volksrevolution hinweggefegt werden kann.«⁴⁷ Im gleichen antifaschistischen Geiste riefen die kommunistischen Parteien Frankreichs und Englands Ende August/Anfang September 1939 zur Verteidigung ihrer Länder und Polens auf.

Das konnte sich natürlich nicht mit der rücksichtsvollen Politik der Stalinschen Führung gegenüber Deutschland vertragen. Aus der Propaganda und Agitation in der Sowjetregierung und der sowjetischen Medien wurden alle Angriffe auf Hitlerdeutschland verbannt. Die Führung der Komintern veröffentlichte am 6. November 1939 anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution einen Aufruf, in dem sie grundsätzlich zum Krieg Stellung nahm. Darin wurde die Schuld am Krieg allen kapitalistischen Staaten gleichermaßen zugewiesen, aber die zum Krieg treibende Politik Hitlerdeutschlands, auch der Überfall auf Polen, nicht erwähnt. Die eigentliche Verantwortung dafür, daß die Bourgeoisie den Krieg beginnen und führen konnte, läge bei den »verräterischen Führern der sozialdemokratischen Parteien«, hieß es in dem Aufruf. Den Krieg charakterisierte die Komintern als einen allseitig ungerechten, reaktionären, imperialistischen. Deshalb könne die Arbeiterklasse einen solchen Krieg nicht unterstützen.⁴⁸ Diese Stellungnahme zum Zweiten Weltkrieg widersprach völlig den Beschlüssen des VII. Kongresses der Komintern, in denen zwischen den kapitalistischen Ländern differenziert und Hitlerdeutschland als Hauptkriegtreiber gekennzeichnet worden war. Die Schuldzuweisung an die Sozialdemokratie war eine eindeutige Abkehr von der Politik der Einheitsfront gegen den Faschismus. Diese Kehrtwendung hatte schwerwiegende Folgen. Sie führte zu einer Isolierung der kommunistischen Parteien in den Ländern West- und Nordeuropas, die unmittelbar von der Kriegführung Hitlerdeutschlands bedroht waren. Zum Teil wurden die kommunistischen Parteien verboten. Es gab Massenaustritte, so z. B. in England von mehr als einem Drittel der Mitglieder, in Frankreich von 21 kommunistischen Abgeordneten des Parlaments.

Zu einer erneuten Kehrtwendung der Komintern kam es nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion. Ohne auf die vorangegangene Periode einzugehen, empfahl nunmehr das Exekutivkomitee den Kommunisten in allen Ländern, die gegen die faschistischen Aggressoren kämpften, eine Massenbewegung für eine einheitliche internationale Kampffront zur Verteidigung aller vom Faschismus unterdrückten Völker und zur Verteidigung des Sowjetvolkes zu organisieren. Die kommunistischen Parteien sollten alle Maßnahmen ihrer Regierungen unterstützen, die dem Kampf gegen das faschistische Deutschland dienten und eine reale Hilfe für die Sowjetunion darstellten. Aber selbst der opfervolle Einsatz vieler Kommunisten an allen Fronten des Kampfes gegen die faschistischen Feinde der Menschheit konnte die Autorität der Komintern nicht wieder herstellen. Zudem wurde sie von der Stalinschen Führung nicht mehr gebraucht. Im Gegenteil, Stalin empfand die Existenz der Komintern immer mehr als störend für seine Politik innerhalb der Antihitlerkoalition. Auf sein Drängen beschloß das Präsidium des Exekutivkomitees im Mai 1943 die Auflösung der Kommunistischen Internationale.

Trotz des verhängnisvollen »Pokerspiels« der Stalinschen Führung und der daraus resultierenden Verluste fand die sowjetische Gesellschaft die innere Kraft, die faschistischen Aggressoren zu besiegen.

FRITZ VILMAR

Zukunftsweisendes in der ostdeutschen Kunst

In den siebziger und achtziger Jahren gab es in der Bundesrepublik eine zunehmende Beachtung der Werke bedeutender Künstler aus der DDR – ich beschränke mich im folgenden auf die Malerei. In der 6. »documenta« 1977 waren einige der wichtigsten repräsentativ vertreten. Aufsehenerregend war in den achtziger Jahren das Bekanntwerden der großen Sammlung ostdeutscher und osteuropäischer Malerei durch den Unternehmer und Kunstmäzen Peter Ludwig¹. Seit der Wende dagegen gibt es eine fatale Tendenz zur Herabwürdigung der DDR-Malerei und zu ihrer Ausgrenzung aus deutschen Museen – bis hin zur Absage der mit dem Künstler bereits vertraglich fixierten großen Sitte-Retrospektive 2001 durch das Germanische Nationalmuseum Nürnberg². Im folgenden geht es darum, diese völlig ungerechtfertigte Geringschätzung und ihre Hintergründe zu analysieren und zu beurteilen.

Die ehemalige brandenburgische Ministerin Regine Hildebrandt hat zur angemessenen Beurteilung wesentlicher sozial-kultureller Einrichtungen vor einigen Jahren das Entscheidende gesagt. Sie erklärte: »Mir will einfach nicht einleuchten, warum man nicht die Vorteile zweier Systeme miteinander verbinden kann, sondern statt dessen einem einzigen System den Vorzug gibt, das neben vielen erfreulichen Vorteilen erhebliche Mängel aufweist«³.

Diese Einsicht gilt besonders auch für die besten Zeugnisse der ostdeutschen Malerei. Wie für alle sozial-kulturellen Einrichtungen der DDR, so gibt es auch zur Kunst ein heute vorherrschendes, westdeutsches Vorurteil. Diesem Vorurteil zufolge gehört die DDR-Malerei auf die Müllhalde der Geschichte – und zwar aus zwei Gründen:

Erstens war die DDR-Kunst und speziell die Malerei Propagandakunst, Staatskunst zur Verherrlichung des Arbeiter- und Bauernstaates;

zweitens ist die DDR-Malerei, im Schlepptau des sozialistischen Realismus der Sowjetunion, auf der »vor-modernen« ästhetischen Stufe des Realismus stehen geblieben – und daher eine Kunst von gestern, nicht auf der Höhe der Zeit – und im Sinne dieser mangelnden ästhetisch-zeitgeschichtlichen Aktualität so etwas wie unmodern gewordene Kleidung, also: Müll. (Ebenso wie der rassistisch eingefärbte Realismus der NS-Kunst. Dementsprechend wurden in der großen Kunstausstellung in Weimar im Goethe-Jahr 1999 beide Kunstrichtungen mit zahlreichen diffamatorisch nebeneinander gehängten Exponaten als ästhetischer Müll präsentiert.)⁴

Fritz Vilmar – Jg. 1929, Professor em. für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin; Publikationen u. a.: Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit, Frankfurt a. M. 1978 (mit K. O. Sattler); Ökosozialismus (mit K. J. Scherer), Berlin (West) 1986. Seit 1991 Koordinierung der »Forschungsgruppe Kritische Analyse der Vereinigungspolitik«; deren Arbeitsergebnisse u. a.: Kolonialisierung der DDR (mit W. Dümcke), Berlin 1995; La face cachée de l'unification allemande (Paris 1995); Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Analysen und humane Alternativen (Berlin 2000); Die DDR war anders (mit St. Bollinger), 2 Bde., Berlin 2002. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »... nur noch ein Haufen kalter Asche«. Aufstieg und Zusammenbruch des Sozialismus. Was tun? Heft 151 (Mai 2003).

Der vorliegende Aufsatz entstand im Frühjahr 2003; daher konnte eine Würdigung und Einordnung der Ausstellung »Kunst in der DDR«, die von Fröhsommer bis Ende Oktober 2003 in der Neuen Nationalgalerie in Berlin zu sehen war, nicht vorgenommen werden. – Die Red.

1 Er gründete dafür sogar ein eigenes Institut, vgl. dessen Publikationen: *Durchblick* (1984) und *Durchblick 2* (1986), hrsgg. vom Ludwig Institut für Kunst der DDR, Oberhausen.

2 Genau dokumentiert durch die Zeitschrift ICARUS, Sonderheft 2001 »Das Sitte-Verbot«, hrsgg. von der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), Berlin, Fax 030-555 63 55.

3 Neue Zürcher Zeitung vom 6. 3. 97, S. 45.

4 Kunstsammlungen zu Weimar (Hrsg.): *Der Weimarer Bilderstreit*, Weimar 2000.

5 Ulrike Goeschen: *Vom sozialistischen Realismus zur Kunst im Sozialismus. Die Rezeption der Moderne in Kunst und Kunstwissenschaft der DDR*, Berlin 2001, S. 226. Im Abschnitt über die realsozialistische Kunstpolitik komme ich auf das Faktum der *gescheiterten politischen Disziplinierungsversuche* zurück.

6 Ebenda, S. 228 f.

7 Vgl. die zusammenfassende Vorstellung einiger der wichtigsten Maler in: *Brusberg Dokumente 18, ... sie malen ja nur. Zeitvergleich '88 – aktuelle Malerei aus der DDR. Ein Rückblick*, Berlin, Juni 1989: Bernhard Heisig, Wolfgang Mattheuer,

Überwindung des »Sozialistischen Realismus«

Ich stelle diesen disqualifizierenden Thesen zwei Gegenthesen gegenüber:

Erstens. Es hat in der Tat in der DDR – wie in allen osteuropäischen Ländern – Malerei gegeben, die sich einem kommunistischen Parteidogma von der positiven realsozialistischen Gesellschaft dienstbar gemacht hat, die eine in diesem Sinne geschönte, also unwahre Realität präsentiert hat und daher nicht eine geistig freie, einem autonomen Schöpfungsakt des Künstlers entsprungene Kunst war. Aber daneben und an dessen Stelle haben Künstler in der DDR im Laufe der 40 Jahre zunehmend eine Malerei entwickelt, die sich für realsozialistische Absichten der Verklärung des Arbeiter- und Bauernstaates nicht mehr instrumentalisieren ließ.

Ulrike Goeschen hat 2001 in einer minutiösen Untersuchung mit dem geistreichen Titel »Vom sozialistischen Realismus zur Kunst im Sozialismus« nachgewiesen, daß und wie sich in der DDR Künstler und Kunsttheoretiker in einer zunächst sehr schwierigen, aber zunehmend erfolgreichen »Konzertierten Aktion« schon in den fünfziger, vor allem aber in den sechziger Jahren gegen eine Dogmatisierung des Realismus und für die Wiederaneignung der »klassischen Moderne« der zwanziger Jahre eingesetzt haben, mit dem Ergebnis, daß seit den siebziger Jahren die Parteiführung den verbindlichen Zielbegriff eines sozialistischen Realismus praktisch aufgeben mußte: »Die allmähliche Aufarbeitung der Kunst der zwanziger Jahre als legitimer Tradition der Kunst in der DDR wurde nicht nur dem Selbstverständnis der Künstler gerecht, sondern bereitete auch den Boden für das, was ab Anfang der siebziger Jahre als »Weite und Vielfalt« (eine Formel Honeckers – F. V.) von parteioffizieller Stelle sanktioniert wurde«. Und sie gelangt zu der zeitgeschichtlichen Schlußfolgerung: »Mit dem X. Verbandskongreß im November 1988 war dann der sozialistische Realismus als restriktives ... Konzept an sein Ende gelangt. Die Eroberung der künstlerischen Freiheit war der politischen Freiheit vorangegangen«⁶.

Für die Künstler der DDR fällt also der Vorwurf einer unfreiheitlichen propagandistischen Kunstproduktion in sich zusammen. Das wird evident, wenn wir vorurteilslos und eingehend die Werke der bedeutenderen Malerinnen und Maler betrachten⁷.

Der avancierte Realismus⁸ der DDR

Zweitens. Die relevanten Hervorbringungen der bildenden Kunst der DDR haben menschliche und gesellschaftliche Existenz, Geschichte, Umwelt und persönliche Daseins-Visionen höchst individuell dargestellt, häufig stark expressionistisch oder fast surrealistisch, oft allegorisch oder mythologisch verfremdet, selten optimistisch, oft skeptisch, kritisch, melancholisch, oft schwer deutbar, niemals aber als idealisierte Abbildung einer schönen sozialistischen Welt.

Die bedeutendere Malerei der DDR, die sich u. a. mit den im folgenden Dialog genannten Namen verbindet, hat nicht nur die Programmatik des sozialistischen Realismus hinter sich gelassen. Sie hat sich zu einem höchst differenzierten, ausdrucksstarken, vor allem expressionistisch oder surrealistisch transformierten und reflektierten Realismus entwickelt.

Es ist in allen Ausstellungen und Bildbänden⁹ zu erkennen, daß dieser avancierte Realismus der wichtigeren DDR-Maler sich von bloßer »Abbildung« der Realität weit entfernt hat. Indem er die Realität verfremdet, ohne sie aber – von Ausnahmen abgesehen – zugunsten totaler Abstraktion aufzugeben, indem er durch Verwandlung ihr – oft erschreckendes – Wesen enthüllt, setzt dieser Realismus durchaus drei Traditionen der deutschen, der europäischen modernen Malerei fort: die expressionistische im weitesten Sinn, die surrealistische und die der Neuen Sachlichkeit. Die ausgewählten Reproduktionen können einen Eindruck von diesem expressiven Reichtum vermitteln.

Dagegen folgt diese Malerei nicht oder nur selten der westlichen und speziell westdeutschen auf dem Weg in die weithin gegenstandslose, abstrakte Kunst (bis hin zum »Minimalismus«, »Informalismus« und in die Installations-Kunst), wie sie seit den fünfziger Jahren – anfangs unter massiver Beteiligung der CIA! (s. u.) – als allein »modern« propagiert wurde.

Sie setzt, wie Goeschen gezeigt hat, Maltraditionen fort, wie sie im Expressionismus der zwanziger Jahre oder sozialkritisch bei der Kollwitz, bei Georg Grosz und Otto Dix sowie bei Max Beckmann oder weniger unmittelbar sozialkritisch bei Christian Schad und den Wiener Phantastischen Realisten (Fuchs, Hausner, Lehmden) in Erscheinung trat, aber auch bei eher surrealistisch orientierten Malern wie Magritte, de Chirico, Dalí und – in surrealistischer Höchstform – bei Max Ernst¹⁰.

Größe und Grenzen der »abstrakten« Kunst

Diese Feststellung führt uns unmittelbar zu einer fixen Idee der gegenwärtigen deutschen Kunsttheorie oder besser: Kunstideologie, die nicht etwa die DDR-Malerei, wohl aber die westdeutsche in eine Sackgasse zu treiben droht: Es heißt, moderne Kunst habe abstrakt zu sein, gegenstandslos, informell. Ich erspare mir hier die Rekapitulation des Gewirrs von immer neuen Begriffsbildungen für diese moderne »abstrakte« Kunstrichtung und verweise nur auf wenige Bestimmungsversuche.

Der Begriff der abstrakten bzw. der gegenstandslosen Kunst ist theoretisch nicht abschließend geklärt, insofern es natürlich auch bei »abstrakten« Bildern oder Installationen in Gestalt von Farben, Linien, Flächen, Materialien eine Form von »Gegenständigkeit« gibt. Im folgenden wird daher zusammenfassend unter abstrakter oder gegenstandsloser Ästhetik jene verstanden, bei der keinerlei Bezug zur realen, gegenständlichen, »figürlichen« Welt der Menschen oder der Natur mehr gegeben ist.

Verwiesen sei hier noch auf den allgemeinen theoretischen Bestimmungsversuch, den Werner Haffmann in seinem großen Werk »Malerei im zwanzigsten Jahrhundert«, München 1954, unternommen hat. Er stellt zunächst fest: »Die radikalen Veränderungen in der Malerei ereignen sich zwischen 1900 und 1910, wichtige Stichjahre sind 1905 Fauvismus, 1907 Kubismus, 1910 das abstrakte Bild« (S. 10). In dieser revolutionären Entwicklung kommt es zu einer Kunst, »die, von den bildnerischen Ausdrucksformen und Techniken her gesprochen, ein dingliches Erlebnis in den abstrakten Ausdruck-

Harald Metzkes, Werner Tübke, Max Uhlig, Hartwig Ebersbach, Wolfgang Peucker, Rolf Händler, Walter Libuda, Jürgen Wenzel, Werner Liebmann, Hubertus Giebe, Angela Hampel. Ich füge hinzu: Willi Sitte, Hei-drun Hegewald, Ronald Paris, Peter Hoppe, Ulrich Hachulla, Dagmar Ranft-Schinke, Volker Stelzmann, Arno Rink, Gerhard Altenbourg.

8 Ich schlage für die Kunstentwicklung in der DDR den Begriff »avancier-ter Realismus« vor, da hier die bildende Kunst, und vor allem die Malerei, von einer realistischen Ausgangsposition voran- und fortgeschritten ist zu einer eigenständigen Verarbeitung expressiver, surrealistischer, konstruktivistischer und abstrakter Darstellung.

9 Bereits in der DDR-Zeit gab es ein 400seitiges Standardwerk mit vielen, zum großen Teil erstaunlich nonkonformistischen Abbildungen: Lothar Lang: Malerei und Graphik in der DDR, Leipzig 1978, und als Reclam-Taschenbuch 1984. Eine neue, sehr umfangreiche Gesamtdarstellung findet sich bei Hermann Raum: Bildende Kunst in der DDR, Berlin 1999. Trotz der herben Kritik, die das Werk wegen einiger in der Tat kaum zu rechtfertigender Auslassungen gefunden hat, ist die Arbeit wegen ihrer Fülle exzellenter Interpretationen und Reproduktionen als zur Zeit kenntnisreichste Darstellung anzusehen. Eine der besten Präsentationen von Werken aus der wichtigsten Kunstregion der DDR ist: H. Guratsch und G. U. Großmann (Hrsg.): Lust und Last. Leipziger Kunst seit 1945, Ostfildern 1997.

10 Es zeigt sich: Moderne ist nicht gleich Gegenstandslosigkeit. Selbst der einzigartige Paul Klee hat bei all seinen ebenso radikalen wie poetischen Abstraktionen den Bezug zur Realität, oft radikal auf einfachste Chiffren und Zeichen komprimiert, selten ganz verloren, ebensowenig wie Alexej von Jawlenski mit seinen abstrakten Köpfen oder Picasso, besonders der späte Picasso mit seinem genial-naiven Klassizismus.

11 Vgl. Margrit Staber: Konkrete Kunst, in: Propyläen-Kunstgeschichte, Bd. 12: Die Kunst des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1990, S. 263 ff. Mit diesem Begriff habe Doesberg »Gestaltungsmöglichkeiten in der Fläche und im Raum (bezeichnet), die ohne figurative Vorbilder auskommen« (S. 263).

12 Genannt seien hier die – ironischerweise meist aus der DDR gekommenen und seit den sechziger Jahren in Berlin zur Geltung kommenden – Maler Baselitz, Schönebeck, Köberling, Lüpertz, später Penck, ferner ausgerechnet die Beuys-Schüler Immendorf und Kiefer. Vgl. Wieland Schmied: Ausgangspunkt und Verwandlung, in: Christos Joachimides u. a. (Hrsg.): Deutsche Kunst im 20. Jahrhundert, München 1986, S. 59 ff.

13 Vom »mainstream« wenig beachtet wurde 1990 ein »Künstlersonderbund in Deutschland ... Realismus der Gegenwart« gegründet, dem über 100 Künstlerinnen und Künstler angehören und der sich zum Ziel gesetzt hat, der realistischen »Kunstrichtung zu größerer Akzeptanz ... zu verhelfen«.

verfahren der psychischen Region widerspiegelte oder umgekehrt aus dieser »abstrakten« Region Bilder, Zeichen, Signete gegenständlicher Natur hervortreten ließe, wobei diese beiden Verfahren ... simultan verschränkt vorzustellen wären«. Diese abstrakte Malerei sei »insbesondere durch Paul Klee, Joan Miró zu breiter Wirkung gebracht worden« (S. 22)

Ende der zwanziger Jahre drehte man sogar den Spieß herum und nannte die ins Geometrische tendierende abstrakte Kunst, falls sie gewissen Darstellungsregeln folgte, gerade »konkret«¹¹.

Natürlich hat es auch in der westdeutschen Nachkriegs-Kunstentwicklung (vom österreichischen »Phantastischen Realismus« ganz zu schweigen) immer wieder sehr beachtete Künstler eines expressiven Realismus gegeben¹². Unbeschadet dessen gab es in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts ein derartiges Übergewicht der als modern geltenden »abstrakten« Malerei, daß die dezidierten »Realisten« sich schließlich 1990 gezwungen sahen, einen Sonderbund – eine ganz neue Art von »Sezession« – zu gründen¹³. Von den USA massiv forciert (s. u.), blickten nach 1945 »die Jüngeren viel stärker auf das, was »draußen« geschehen war. Dabei setzte sich immer stärker die Auffassung durch, daß in der Abstraktion eine Formensprache erreicht worden sei, der eine allgemeine Gültigkeit zukam und der die Zukunft gehörte. Die Abstraktion erschien als die logische und definitive Konsequenz der kunstgeschichtlichen Entwicklung«¹⁴. Diese abstrakte Malerei enthält sich jeden Bezugs zur menschlichen, gesellschaftlichen oder natürlichen Realität. Deren Elemente werden bestenfalls nur noch als zusammenhangloses Spielmaterial oder in Form möglichst ungestalter Grundelemente gelten gelassen, als Konglomerate von Steinen, Pappe, Teig, Abfall, Zweigen. Man könnte den Titel dieser Verteidigung der DDR-Kunst geradezu ironisch umkehren: Malerei West: Müll!

Ich möchte hier aber nicht die sozusagen radikalisierte Spätform abstrakter Kunst in den Vordergrund stellen – obwohl sie in Entgegnung zu der Diskriminierung der expressiv-realistischen Malerei der DDR eine entschiedene Kritik verdiente. Ich möchte vielmehr zunächst einmal den Enthusiasmus, die kunstphilosophische Begeisterung in Erinnerung rufen über die revolutionäre ästhetische Leistung der abstrakten Kunst: Die vollkommene Lösung von abzubildenden Gegenständen, diese völlige Entweltlichung, dieses Gestaltungsprinzip der reinen Kopfgeburt von Linien, Farben, Formen und Objekten im vergangenen Jahrhundert hat zu einer einzigartigen Emanzipation, zu einem historisch einmaligen Aufbruch des künstlerischen Schaffens: zur Schöpfung völlig neuer virtueller Welten geführt – in der Tat zu einer revolutionären Freisetzung gestalterischer Phantasie.

Leider tendiert jede Revolution dazu, in einen Terreur, eine Schreckensherrschaft, zu führen.

Der Terreur der totalen Abstraktion in der bildenden Kunst und speziell der Malerei liegt in ihrer Absolutsetzung einer totalen Unverbindlichkeit und spielerischen Loslösung von jedem menschlichen, sozialen und Natur- bzw. Weltbezug. Dieses l'art pour l'art, diese bedeutungslose Art moderner Malerei bewegt sich auf einer grandiosen Spielwiese der Beziehungslosigkeit und Unverbindlichkeit.

Daraus ergibt sich meine zentrale sozialphilosophische und zugleich kunstpolitische These:

Statt die ästhetische Erbschaft eines hochdifferenzierten, expressiven Realismus der DDR-Malerei auszuschlagen, statt sie zu liquidieren, sollte sie ernst genommen, begrüßt und integriert werden als höchst fruchtbarer, ja geradezu notwendiger Gegenpol zur abstrakten, realität-losen Malerei in Westdeutschland. Da die Kunst der DDR statt solcher Integration in west- und ostdeutschen Museen nach 1989 zunehmend Ausgrenzung erfuhr¹⁵, ist die Forderung des renommierten (DDR-)Kunstkenner und FAZ-Feuilleton-Chefs Eduard Beaucamp mit Entschiedenheit zu unterstützen: »Berlin braucht ein Museum für die ostdeutsche Kunst«: »Man sollte die ... Depotverbannten endlich befreien und, da ihre Integration in unseren Kanon offenbar unerwünscht ist, in einem eigenen neuen Haus sichtbar machen ... Ein Haus ostdeutscher Kunst ... gehört in die ... Hauptstadt. Auch nach zehn Jahren ist es für eine Revision ... unserer Kunstgeschichte nicht zu spät«.¹⁶

Solche Schlußfolgerung führt zurück zu der oben zitierten, aber leider bislang un-erhöhten Forderung Regine Hildebrandts.

Kunstpolitik in Ost und West

Um ein freies, unvoreingenommen-kritisches wie auch gelten lassendes Verhältnis zwischen den Kunstproduktionen in beiden Teilen Deutschlands herzustellen, ist es notwendig, eine vorherrschende westdeutsche Anmaßung der Überlegenheit (»Wir vertreten die Moderne!«) ab- und ein Bewußtsein der Gleichrangigkeit aufzubauen. Zu diesem Zweck ist es unerlässlich, zu wissen, daß die westdeutsche Entwicklung der bildenden Kunst nach 1945 nicht so frei sich gestaltete, wie meist angenommen, und die östliche nicht so unfrei. Beide haben ideologische und reglementierende Altlasten abzuarbeiten – erst danach können sie sich selbstkritisch und damit wirklich gleichrangig gegenüber treten – immer vorausgesetzt, man entmythologisiert endlich die Gegenstandslosigkeit als einzige Moderne¹⁷.

Im folgenden geht es also darum, die Freiheit der westdeutschen und die Unfreiheit der ostdeutschen Kunst in Frage zu stellen. Um mit der DDR zu beginnen: Der Tatbestand staatlicher Reglementierung der Kunst in der DDR und der repressiven Maßnahmen gegenüber ostdeutschen Künstlern ist allgemein bekannt und muß hier nicht speziell belegt werden¹⁸. Eine Unwahrheit wird aus solcher kritischen Analyse, wenn in der vorherrschenden Publizistik versucht wird, die DDR-Kunst pauschal als SED-gesteuerte Auftragskunst abzuwerten. Auf einen »Großversuch« dieser Art und auf ein Scheitern soll hier exemplarisch eingegangen werden:

Ein speziell auf die repressiven Züge der DDR fixierter »Forschungsverbund SED-Staat« an der Freien Universität Berlin hat im Jahre 2000 in einer voluminösen Aufsatzsammlung¹⁹ die umfassende sowjetkommunistische Kontrolle und Steuerung der Bildenden Kunst in der DDR nachzuweisen versucht. Das Werk verdient Beachtung wegen seiner in der Tat sehr detaillierten Darstellung der Entwicklung und etlicher exemplarischer Beispiele der Staats- und speziell der Stasi-Einflüsse in der Akademie der Künste und in den

1993 veranstaltete er eine erste große Ausstellung, dokumentiert in einem von ihm herausgegebenen über 400seitigen, höchst inhaltreichen Bildband »1. Realismus-Triennale« (Berlin 1993, Ars Nicolai GmbH), dem 1996 ein weiterer unter Einbeziehung anderer europäischer Maler folgte (»Die Kraft der Bilder«, im selben Verlag). Die Gründung dieser »Notgemeinschaft« verweist zugleich auf die bedrängte, vielfach diskriminierte Situation des Realismus.

14 Schmied, a. a. O., S. 54.

15 »Als die Berliner Nationalgalerie, die oberste zuständige Museumsinstanz, kurz nach der Wende einen Vereinigungsversuch unternahm und Platz machte für einige markante Beispiele und Positionen der Kunstentwicklung im Osten, kam es zum Sturm der Entrüstung. Kurze Zeit behaupteten die Ostdeutschen ihren öffentlichen Platz, schrumpften dann zur Kern- und Restgruppe und sind heute fast ganz ins Depot abgetaucht. Raumnot kann nicht der Grund sein, da in der Dependance der Nationalgalerie, im Hamburger Bahnhof, Westkunst sich in schier endlosen Dimensionen ausdehnen darf.« (Eduard Beaucamp: Berlin braucht ein Museum, FAZ v. 30. 9. 2000).

16 Eduard Beaucamp, a. a. O.

17 Es sei hier nur am Rande vermerkt, daß der Begriff der Moderne bei genauerer Analyse seiner Verwendung in der Publizistik, aber selbst in den Werken maßgeblicher sozialwissenschaftlicher Wortführer wie

Habermas, Offe oder Giddens sich als eines der diffusesten, inhaltlosesten Modewörter erweist – so das Ergebnis eines Projektseminars an der Freien Universität Berlin, dessen Arbeiten, noch unveröffentlicht, zur Verfügung stehen.

18 Als kritische, aber gleichwohl informative Gesamtdarstellung sei hier genannt: Martin Damus: Malerei der DDR. Funktionen der bildenden Kunst im realen Sozialismus, Reinbek 2001. Auch Damus kann sich freilich nicht von pauschalisierenden Diktaturvorstellungen lösen, vgl. dazu Anm. 20!

19 Hannelore Offner, Klaus Schroeder (Hrsg.): eingegrenzt – ausgegrenzt. Bildende Kunst und Parteiherrschaft in der DDR 1961–1989, Berlin 2000.

20 Gefangen in einer starren Vorstellung von der »allmächtigen« Parteidiktatur in der DDR (die sicher in vielen Bereichen existierte, gerade aber nicht in der Kunstproduktion!), gerät genauso auch Martin Damus – s. Anm. 18 – völlig in Widerspruch zu seinen eigenen informativen und ausführlichen Berichten (fast 400 Seiten!) über die »faszinierende Vielfalt von Ausdrucks- und Gestaltungsweisen, von Inhalten und Themen« in der Kunst der DDR. Seine widersprüchlichen Feststellungen, daß die Kunst in der DDR sich zwar »weitgehend verselbständigt hatte«, gleichwohl aber dem System dienstbare »Herrschafts- bzw Staatskunst« (S. 12) geblieben sei, versucht Damus dadurch zu harmonisieren, daß er behauptet, diese Vielfalt und

Künstlervereinigungen, vor allem im Verband Bildender Künstler Deutschlands bzw. der DDR (VBKD, später VBK-DDR). Es verdient aber vor allem Beachtung, weil seine Darstellungen – gegen die eigentliche Absicht der Herausgeber²⁰ – zeigen, daß genau diese Grundthese der totalen Gleichschaltung sich nicht bestätigen läßt.

Dies kommt bereits zum Ausdruck, wenn der Projektleiter, Klaus Schroeder, in der Einleitung einerseits von »einem nahezu allmächtigen Generalsekretär« an der Spitze der SED spricht, andererseits aber im selben Zusammenhang (S. 9) eine in den 70er Jahren erfolgte »Aufweichung des totalitären Systems, ... ein gewisses ideologisches Zurückweichen« konzedieren muß.

Die von Schroeder behauptete Besetzung der »Leitungsfunktionen mit loyalen Funktionären« (S. 11) gelang im Kunstbetrieb eben gerade nicht, wie der entscheidende Aufsatz desselben Bandes von Hannes Schwenger über »sozialistische Künstlerorganisationen« wider Willen nachweist: Ein im Dezember 1959 für das ZK der SED erarbeiteter Bericht muß feststellen: »Das Gros der Maler zwischen 40 und 50 Jahren (von den ausgesprochenen Formalisten der noch älteren Generationen ganz zu schweigen) {steht} im Banne individualistischer subjektiver Kunstauffassungen ... Diese Künstler {haben} feste Positionen {!} in der Akademie der Künste«, im »höchsten Gremium von Kunstentscheidungen in der DDR, wie sie sagen«. Hierzu gehört, daß »in den letzten Jahren der in den entscheidenden Positionen tätige Teil der Kunsttheoretiker und Kritiker nicht auf den Positionen der Partei stand ...« (S. 102 f.).

Wie der Autor zeigt, wird sich daran auch in der Folgezeit prinzipiell nichts ändern. Immerhin kann sich der prominente Maler Willi Sitte als Verbandspräsident von 1974 bis 1988 halten, obwohl er »wegen modernistischer Tendenzen gescholten« wurde und zeitweise seitens der SED versucht wurde, »Willi Sitte nicht mehr in die neue Verbandsleitung zu wählen« (S. 112). Mit ihm – dessen Werk durchaus keine sozialistisch-realistische, sondern eher eine klassisch-expressionistische Malweise, mit stark erotischer Prägung, kennzeichnet – wird eine weitgehend liberale Kunstpolitik, mit großzügig gehandhabten Ausstellungen, Stipendien, Reismöglichkeiten, Material und Altersversorgung realisiert, die »einer Mehrheit von Künstlern zumindest das Lippenbekenntnis zum sozialistischen Realismus erleichtert«.

Dieser sozialistische Realismus aber existiert praktisch nicht mehr: Seine »Antiquiertheit und Enge muß bereits in den 70er Jahren durch die Formel von »Weite und Vielfalt« des sozialistischen Realismus relativiert werden« (S. 113). »Bevor 1989 die äußeren Grenzen fallen, ist die Konzeption des sozialistischen Realismus und der sozialistischen Künstlerorganisation bereits von innen gesprengt« (S. 113).

Das Stichwort für diese Entwicklung hatte bereits 1971 Erich Honecker gegeben, indem er vor der – speziell den Kunstfragen gewidmeten – 4. Tagung des ZK der SED am 17. Dezember mit folgenden Worten vor den auseinanderdriftenden Tendenzen in der Kunst der DDR kapitulierte: »Wenn man von der festen Position des Sozialismus ausgeht, kann es meines Erachtens (sic!) auf dem Gebiet von Kunst und Literatur kein Tabu geben. Das betrifft sowohl

die Fragen der inhaltlichen Gestaltung als auch die des Stils – kurz gesagt: die Fragen dessen, was man die künstlerische Meisterschaft nennt«²¹.

Trotz aller repressiven Maßnahmen und dogmatischen Bekundungen hat es also im Kunstbetrieb der DDR aufgrund des hinhaltenen Widerstandes nicht nur einiger Dissidenten, sondern maßgeblicher Künstler und Kunstfunktionäre eine Art *laissez faire* gegeben, was sich auch in der die Repressionsthese stark relativierenden Feststellung Schwengers zeigt, wonach es in der Akademie der Künste so gut wie keine Ausschlüsse gegeben hat – nach Stefan Hermlin sogar »nicht einen einzigen Fall« (S. 121).

Es ist daher das Fazit zu ziehen, daß es in der DDR wohl ideologisch, nicht aber de facto eine allmächtige Vorherrschaft des sozialistischen Realismus gegeben hat.

Was Westdeutschland betrifft, so ist hier die naive Akzeptanz der Mode gewordenen abstrakten Kunstrichtungen in Frage zu stellen. Ich werde sie im folgenden der Einfachheit halber unter dem Sammelbegriff gegenstandslose Kunst bzw. Malerei zusammenfassen, weil ihr gemeinsam ist, daß sie sich in ihrem Schaffen nicht auf Gegenstände bezieht, nicht auf ein »Sujet«, auf ein reales Gegenüber, auf reale Personen, reale Umwelt.

Was ist gemeint mit naiver Akzeptanz? Es geht um die weit verbreitete Hinnahme der abstrakten Kunst als einer nach dem 2. Weltkrieg quasi von selbst, naturwüchsig gewachsenen und herrschend gewordenen Richtung.

Die kulturpolitische und speziell die kunstpolitische Forschung der letzten Jahre macht solche naive, bestenfalls fatalistische Hinnahme nicht mehr möglich. Daß im Osten die Kunstrichtung sozialistischer Realismus der Sowjetunion mit massivem Druck seitens der Sowjetunion durchgesetzt worden ist, das wissen wir alle. Im Westen dagegen gab es angeblich eine völlig freie Kunstentfaltung. Die tausendfältigen Gestaltungsmöglichkeiten einer vom Gegenstand sich emanzipierenden, mehr oder weniger abstrakten Kunst schienen geradezu die Idealvorstellung einer »freien« Kunst zu verwirklichen.

Dies war die Ideologie. Die Wirklichkeit dagegen sah anders aus. Wir wissen heute, daß die massive Zurückdrängung einer gegenstandsbezogenen, gar sozial kritischen Malerei und die ebenso massive Förderung des sogenannten Abstrakten Expressionismus seit den fünfziger Jahren sehr erfolgreich von den USA, genauer: von der CIA betrieben worden ist. Mächtige, von der CIA gestützte Kulturorganisationen, wie der »Congress for Cultural Liberty« oder das »Museum of Modern Art« in New York – von der CIA mit sehr viel Geld ausgestattet – haben dabei in Europa und speziell in Deutschland eine entscheidende Rolle gespielt.

Die wichtigsten Fakten über diese durch Geld und Medienmacht praktizierte Kunstdiktatur haben vor einiger Zeit der Berliner Maler und Kunsttheoretiker Klaus Fußmann und die britische Historikerin Frances Stonor Saunders zusammengetragen²².

Das Fazit von Fußmann ist nicht etwa im »Neuen Deutschland« erschienen, sondern in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« am 11. Juli 1998. Die CIA »förderte die neue Kunst in Amerika, den Ab-

zunehmende Eigenständigkeit »blieben ... gebunden an die Herrschaftsmechanismen und Legitimationsmuster (des politischen Systems – F. V.), wurden durch deren Wandel und Wechsel bewirkt bzw. ermöglicht« (S. 11), »abhängig von dessen Vorgaben, Anforderungen, Erwartungen, Zwängen, Privilegien« (S. 10). Damus bleibt für diese These jeden Beweis schuldig. Der oben zitierte Schwenger beweist vielmehr das Gegenteil: fast durchgängige Unzufriedenheit der führenden Funktionäre mit dem »Subjektivismus«, der mangelnden proletarischen Begeisterung der wichtigsten Künstler. In der Tat wäre es absurd, anzunehmen, die mehr und mehr sich ausbreitende Nachdenklichkeit, Distanz, Skepsis, Introvertiertheit in der ostdeutschen Kunst wäre entsprechenden »Vorgaben« und »Erwartungen« der Partei gefolgt. Damus treibt seinen Soziologismus, die Ableitung geistiger (hier: künstlerischer) Hervorbringungen aus herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen, soweit, daß er selbst das seit den fünfziger Jahren total gewandelte »Bild vom Arbeiter« in der Malerei von der idealisierenden zur realistisch-kritischen Darstellung auf Änderungen »aus legitimatorischen Gründen« (?) des »offiziellen Bildes vom Arbeiter« (S. 16) zurückführt.

21 Neues Deutschland, 18. 12. 1971. Einer der maßgeblichen Kunsttheoretiker der DDR, Peter H. Feist, hat die tatsächlich sich vollziehende Ausdifferenzierung oder gar Transzendierung des Realismus in der DDR dann 1976 systematisch zu erfassen versucht; er schlug dafür

folgende Bezeichnungen vor: »Erstens den Gestaltungstyp des unmittelbaren Realismus ... Zweitens den Typ des expressiven Realismus, der mit verschiedenen Graden der Formintensivierung, auch dem Verfahren des Archaismus, operiert. Drittens den Typ des konstruktivistischen Realismus ... Viertens den Gestaltungstyp eines metaphorischen oder imaginativen Realismus, in dem auch ausgesprochen phantastische Züge auftreten können.«
Schließlich riet Feist auch – mit vielen Einschränkungen –, zu akzeptieren, »daß bestimmte ... Aussagen ... auch mit ... abstrakter Gestaltung zu erzielen sind« – die bekanntlich 25 Jahre lang streng verpönt war. In: Aktuelle Tendenzen in der sozialistisch-realistischen Kunst der DDR, in: Bildende Kunst H. 7 u. 8/1976.

22 Was die internationale Durchsetzung des amerikanischen »abstrakten Expressionismus« betrifft, so hatte der französisch-kanadische Kunsttheoretiker Serge Guilbaut bereits 1983 (deutsch Dresden/Basel 1997: Wie New York die Idee der modernen Kunst gestohlen hat) nachgewiesen, daß bereits seit 1948 amerikanische Publizisten und Politiker alles daran setzten, in Auseinandersetzung vor allem mit der französischen Avantgarde »die Weltspitzenposition der amerikanischen Kunst« (a. a. O. S. 197) zu erkämpfen – gleichzeitig als Waffe gegen die »sowjetische Kunstauffassung« (S. 201).

23 Frances Stonor Saunders: Wer die Zeche zahlt ... Die CIA und die Kultur im Kalten Krieg, Berlin 2001, bes. S. 235 ff.

strakten Expressionismus, durch offene und verdeckte Subventionen. Sie förderte Ausstellungen, aber vor allem Kunstzeitschriften, und machte den Abstrakten Expressionismus immer bekannter. ... Die gegenstandslose Kunst (war) eine Möglichkeit, der Auseinandersetzung mit den Greueln des Krieges zu entgehen. Man konnte ... der Geschichte ausweichen. ... (Man) galt außerdem als Überwinder der (inhaltlichen – F. V.) Form, was wiederum als Abkehr von der Ideologie des Ostens gewertet wurde«. Freilich: Den Einfluß des sozialistischen Realismus auszuschalten, »wäre der Einsatz der CIA nicht nötig gewesen. Aber darum ging es in erster Linie auch gar nicht, sondern ... es war vor allem der Wunsch der Weltmacht Amerika, endlich auch in der bildenden Kunst den Ton anzugeben«.

Der berühmte, aber nicht-abstrakte Maler Karl Hofer nannte die CIA-gesteuerte Kampagne für die Alleinherrschaft der abstrakten Kunst in der damals führenden Zeitschrift »Der Monat« (im Februar 1955) eine »Diktatur mit anderen Vorzeichen«. Fußmann formuliert als Fazit: »Politisch ... hatte man ... mehrere Erfolge auf einmal. Man lag ... ganz auf der Linie der McCarthy-Bewegung, hatte eine wahrhaft antipodische Kunst zum sozialistischen Realismus geschaffen, den Rückzug zum sozialkritischen Realismus ... gekappt und besaß nun eine Kunstform, die niemals mehr eine Anklage gegen soziale oder politische Zustände formulieren konnte«.

Eine 2001 ins Deutsche übersetzte umfangreiche Studie der Engländerin Frances Stonor Saunders²³ hat aufgrund sorgfältiger Archivarbeit genau diese kulturimperialistischen Strategien der CIA und ihrer Tarnorganisationen nachgewiesen und damit Fußmanns Studie bestätigt. Sie beschreibt, wie nach 1945 in der amerikanischen politischen Klasse eine fast grotesk erscheinende ästhetische Wende durchgesetzt wird, indem anstelle der verbreiteten Ablehnung der abstrakten Kunst (des sogenannten »abstrakten Expressionismus«) als einer destruktiven, antiamerikanischen Kunstrichtung deren vor allem durch amerikanische Künstler weltweit durchzusetzende Freiheitskraft zu propagieren sei: Während der kulturelle Fundamentalismus »im abstrakten Expressionismus Anzeichen einer kommunistischen Verschwörung sah, entdeckten die Kulturmandarine Amerikas darin eine genau gegensätzliche Tugend: Aus ihrer Sicht sprach er eine spezifisch antikommunistische Ideologie an, die Ideologie der Freiheit und des freien Unternehmertums. Sein Verzicht auf Gegenständlichkeit und politische Aussagen war sozusagen die Antithese zum sozialistischen Realismus. Er entsprach genau jener Art von Kunst, die die Sowjets so leidenschaftlich haßten« (S. 236 f.)²⁴.

Saunders weist nach, wie aufgrund dessen mächtige Kunstmanager und Funktionäre, in der CIA oder als »Berater« eng mit ihr oder dem State Department verbunden, offenbar mit gewaltigen Finanzierungsmitteln, oft unter Einbeziehung des international einflußreichen »Museum of Modern Art«, durch große Wanderausstellungen in allen Hauptstädten Europas, durch (verdeckte) Gründung oder de-facto-Übernahme von Kunstzeitschriften, durch internationale Kongresse dem – enorm geförderten – relativ jungen, relativ unbedeutenden amerikanischen »abstrakten Expressionismus« zur Weltgeltung verhalfen. Wobei eben dieses Streben, der USA nicht nur

politisch-ökonomisch, sondern auch kulturell zur Weltmachtstellung zu verhelfen, bei der massiven Förderung ihrer Kunst gleichwichtig war: »Für seine Verteidiger war er (der abstrakte Expressionismus – F. V.) eine explizit amerikanische Errungenschaft im modernen Kunstkanon. Schon 1946 lobten Kritiker die neue Kunstform als ... ›wahrhaften Ausdruck des nationalen Willens, Geistes und Charakters« (S. 237).

Es läßt sich also feststellen, daß das Überwiegen der abstrakten, dezidiert »unpolitischen« Kunstrichtung im Westen und vor allem in Westdeutschland in hohem Maß durch US-amerikanische Einflußstrategien induziert worden ist.

Fazit

Die westliche, die westdeutsche abstrakte Kunst nach 1945 – kein freies geistiges Naturprodukt, sondern ein Produkt der Politik, eine Waffe im Kalten Krieg, eine Manifestation der endlich erreichten auch künstlerischen Weltgeltung der USA? Was bedeutet das in unserem Zusammenhang? Es kann nicht darum gehen, die abstrakte Malerei einfach als Ausgeburt der CIA-Kunstpoltik abtun zu wollen. Ich habe mich am Anfang bereits ausdrücklich zu den großartigen ästhetischen Spielräumen bekannt, die die abstrakte Kunst eröffnet hat. Aber: Wir können und sollten jetzt auch erkennen, wer bei der forcierten Karriere dieser Kunstrichtung Pate gestanden hat, und vor allem, was mit ihr beabsichtigt worden ist: die weitestmögliche Ablösung der Kunstproduktion von den existentiellen, sozialen und gesellschaftlich-politischen Realitäten, ihre Ansiedlung in einem grenzenlosen, aber irrealen Spielraum – einem Spielraum im wahrsten Sinne des Wortes. Wohin das führen kann, zeigt der spielerische Unernst vieler Bilder und »Installationen« des sogenannten Informalismus der letzten Jahre.

Die Kunst, speziell die Maltradition der DDR, kann, wenn sie in Zukunft wieder ernst genommen wird, angesichts dieser Vereinseitigung der westdeutschen Kunst als ein höchst bedeutungsvolles Gegengewicht wirken, das unser Kunstschaffen und vor allem auch unsere Rezeption, unsere Aneignung von Kunst befreit von der akuten Gefahr einer Infantilisierung in Gestalt abstrakter Glasperlenspiele und informeller Installationen.

Kaum eines der expressiv-realistischen oder auch surrealistischen Bilder der bedeutenden DDR-Maler, das nicht, in offener oder verschlüsselter Form, von Lust und Leid, Perspektiven und Notständen des Menschen und der menschlichen Gesellschaft handelte. *Mea res agitur*: Von uns ist hier die Rede. In Westdeutschland dagegen überwiegt eine artifizielle oder auch krude archaisierende, nur noch das »Material« sprechende Verspieltheit. Nichts gegen Spiele. Sie gehören zum Wesen des Menschen als eines »homo ludens«. Wer wollte sie missen? So auch eine spielerische Kunst.

Aber wenn sie nur noch Spiel wäre – sehr kunstvolles oder kunstvoll primitives, gewiß –, dann würde sie außer den Künstlern und Kunsthändlern niemand mehr ernst nehmen. Und der Mensch würde sich selbst in bildender Kunst nicht mehr begegnen.

24 Dazu einer der führenden CIA-Leute: »Wir erkannten, daß diese Kunstform nichts mit dem sozialistischen Realismus zu tun hatte und diesen sogar noch ... beschränkter aussehender ließ, als er tatsächlich war« (Ebenda, S. 250).

STEPHAN B. ANTCZACK

Kunst geht nach Brot

Bildende Künstler, die auf dem Kunstmarkt Wertschätzung erreichen wollen, sollten kluge Geschäftsleute sein.¹ Erfolg auf dem Kunstmarkt gibt zwar kein Urteil über die ästhetische Qualität eines Kunstwerkes ab, aber auf dem Markt braucht der ästhetische Wert ein Äquivalent. Dieses drückt sich im ökonomischen Wert eines Kunstwerkes aus. Es ist davon auszugehen, daß ein Kunde auf dem Kunstmarkt in aller Regel eine für Kunst sachverständige Person mit geschulter ästhetischen Bildung sein wird. Das Urteil eines Kunstmarkt-Kunden hat auf die ästhetische Wertigkeit eines Kunstwerkes Rückwirkung. Diese ästhetische Dimension der Wertschätzung von Kunst hat am Rande Bedeutung, darum sei sie eingangs erwähnt

Der Kunstmarkt ist eine Vermittlungsstelle von Kunst und Wirtschaft. Es handelt sich um eine Schnittstelle, um einen Ort der Kommunikation. Bedeutsam ist, inwiefern ökonomische Kompetenz eine Bedingung für den Erfolg auf dem Kunstmarkt, oder allgemeiner für das »Überleben« als Künstler darstellt. Der etablierte Kunstmarkt ist im großen und ganzen gesättigt. In diesem Sinne ist es für Künstler erforderlich, eigene Positionen und neue Märkte zu schaffen. Einige Kunsthochschulen haben diesen Mechanismus erkannt und bieten ihren Studierenden den Besuch in Veranstaltungen zur Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft an.² Zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Künstlern und Künstlerinnen entstanden in den letzten Jahrzehnten umfangreichere Studien, vor allem im Zusammenhang mit der Einrichtung des Künstlersozialversicherungsgesetzes (KSVG) von 1983.

Die Situation vor Einrichtung des Künstlersozialversicherungsrechtes

Die verwendeten Arbeitsmarktstudien sollten die Problematik der Vergleichbarkeit nicht aus dem Blickwinkel verlieren. Sie divergieren statistisch je nach Abgrenzungskriterium bezüglich Anzahl von Künstlern und Höhe der Einkommen erheblich.³

Eine frühe Untersuchung der wirtschaftlichen Situation von Künstlern wurde Anfang der sechziger Jahre vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Auftrag gegeben und 1964 veröffentlicht. Dieses Gutachten ist interessant, weil es die »wirtschaftliche Situation der Künstler« lange vor Einrichtung der Künstlersozialversicherung von 1983 zum Gegenstand machte und die Problemkreise benannte: Künstlerische Freiheit, Selbständigkeit, soziale und wirtschaftliche Lage, Mäzenatentum sowie die Frage von Subven-

Stephan B. Antczack, Jg. 1966, ist examinierter Krankenpfleger und studiert seit 1999 an der Universität Potsdam Bildende Kunst, Geschichte und Pädagogik. Er ist Initiator des AK Kunst- und Kulturpolitik der rls-Stipendiaten und engagiert sich hochschulpolitisch aktuell für die *alternativuni*. Veröffentlichung: Mit dem Fahrrad durch Europa – eine Radreise von Berlin nach Paris, in: motz 11, 12, 13/2001. antczack.stephan@berlin.de

1 »Ein gutes Geschäft ist die faszinierendste Kunst überhaupt.« (Andy Warhol)

2 Das entnahm ich Gesprächen mit Studierenden der Kunsthochschule Burg Giebichenstein in Halle a. d. Saale.

tion und Sicherung. Ausgangslage war die Frage nach einer Altersversorgung von Künstlern. In der Untersuchung von René König und Alphons Silbermann wurden sowohl selbständige als auch abhängige Künstlergruppen zum Gegenstand gemacht. Sie trennten dabei Produzent und Konsument von Kunst und konstruierten auf dieser Basis ihre Untersuchung.⁴ Es wurde geschildert, welche Problemfelder empirisch erfaßt werden müßten, wenn man Aussagen über eine Sozialversicherung für Künstler treffen wollte. Insgesamt wurde die mangelnde Differenzierung der Angaben durch die Finanzbehörden kritisiert, die eine Bewertung des vorhandenen empirischen Materials nicht möglich machte. Kritisiert wird ferner die Zuverlässigkeit der Angaben, die Umständlichkeit ihrer Erhebung, die unzureichende Verbindlichkeit von Angaben (z. B. GEMA) und der Wahrheitsgehalt von Aussagen in Einzelbefragungen.

Am Ende des Gutachtens wurden verschiedene Organisationen stichprobenartig angefragt, wie sie notleidende Künstler unterstützten. Das Ergebnis war frapperend. Die wirtschaftliche Lage der Künstler in der Bundesrepublik, heißt es abschließend, sei »unge-
wiß«. In bezug auf Widerstände gegen eine Sozialversicherung für Künstler kommen sie zu dem Schluß: »... dieser Kampf um die *ästhetische Freiheit*, der in der Bundesrepublik wie ein Damoklesschwert über der gesamten sozialen Situation des schaffenden Künstlers schwebt, ist es in Wahrheit, der die offensichtliche Notwendigkeit einer sozialen Sicherung des Künstlers auf obligatorischer Basis zum Politikum gemacht hat.«⁵

Von grundlegender Bedeutung ist die Arbeit der »Künstler-Enquete«, die im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom Hamburger Institut für Projektstudien 1972-74 durchgeführt und 1975 als »Künstler-Report« veröffentlicht worden ist.⁶ Ihre Ergebnisse führten langfristig zur Einrichtung des Künstlersozialversicherungsgesetzes von 1983. Gegenstand war »... die wirtschaftliche und soziale Lage, die rechtliche und Marktsituation, sowie Aspekte der Selbst- und Fremdeinschätzung der wichtigsten künstlerischen und verwandten Berufe in den Bereichen Musik, Darstellung/Realisation, und Bildende Kunst/Design«.⁷

Methodischer Kern war eine Repräsentativ-Umfrage unter 3000 Personen⁸, welche die »Einkommenslage, Risiko-Absicherung, nach Abhängigkeiten und anderen Berufsproblemen, nach Alters- und Sozialstruktur, nach dem beruflichen Selbstverständnis« aufschlüsseln sollte. Es gab Begleituntersuchungen über Rechtsprobleme, Marktstrukturen, Interessenkonflikte, die Situation im Ausland und dergleichen mehr. Schwerpunktbereich war die Gruppe der Selbständigen und »freien Mitarbeiter«. Die Kategorie »hauptberuflicher Künstler« sollte das Berufs- und Tätigkeitsfeld in der ganzen Breite umfassen, objektive und subjektive Berufsmerkmale prüfbar sowie den Vergleich mit anderen Berufen der Gesellschaft möglich machen. Dabei wurde »die angewandte Kunst« in die Gruppe der »Kulturberufe« (künstlerische und verwandte Berufe) integriert. Die Zugehörigkeit wurde subjektiv, nach Selbsteinstufung der Befragten (»Ich verdiente in dieser Berufsgruppe im letzten Jahr relativ am meisten.«) entschieden.⁹ Die methodische Abgrenzung der haupt- von nebenberuflichen Künstlern erfolgte über das Kriterium der Ein-

3 Vgl. Ritva Mitchell, Sari Kartunnen: Why and How to Define an Artist: Types of Definitions and Their Implications for Empirical Research Results, in: Ruth Towse, Abdul Khakee (ed.): Cultural Economics, Berlin/Heidelberg/New York 1992, pp. 175-185. Vgl. Manuela Landwehr: Kunst und ökonomische Theorie, Wiesbaden 1998, S. 79 und Anm. 288. Die Autorin verweist auf eine diesbezügliche Untersuchung in Finnland.

4 René König, Alphons Silbermann: Der unver-sorgte selbständige Künstler, Berlin/Köln 1964, S. 9.

5 Ebenda, S. 39.

6 Die wirtschaftliche Situation von Künstlern vor 1983 wird lediglich in zwei weiteren Veröffentlichungen dokumentiert. Vgl. E. Thiele: Die Situation der bildenden Kunst in Deutschland, Stuttgart/Köln 1954; Karla Fohrbeck, Andreas Johannes Wiesand: Der Künstler-Report, München/Wien 1975.

7 Karla Fohrbeck, Andreas Johannes Wiesand: Der Künstler – Report, a. a. O., S. 4.

8 Die Untersuchung erfolgte in vier Phasen: Phase 0 (Sommer 1972): Vorstudie über Zielsetzung, Zielgruppen, Problem- und Themenbereiche, Methoden, Kosten und zeitlichen Ablauf. Phase A (Oktober 1972 – Februar 1973): Fragebogenentwicklung, Adressenerhebung (>70 000 Adressen) sowie eine Sample-Berechnung der Volkszählungen von

1959 und 1961, auf deren Grundlage auch die Zufallsstichprobe konstruiert wurde. Phasen B und C (März bis Dezember 1973): Feldarbeit und Datenverarbeitung, Bevölkerungsumfrage und Begleituntersuchungen (z. B. Sonderauswertung der Volkszählung 1970). Phase D (Dezember 1973 bis Mai 1974): Berichterstattung an den Bundesminister. Vgl. Karla Fohrbeck u. a., Künstler-Report, S. 19.

9 Vgl. Ebenda, S. 14.

kommenszusammensetzung, mindestens die Hälfte mußte aus künstlerischer Tätigkeit stammen. Die Differenzierung von »Abhängigen« und »Selbständigen« wurde aufgrund der steuerlichen Einstufung erhoben.

Der Vergleich mit Volkszählungen ergab dabei einen absoluten Rückgang der künstlerischen Berufe von ca. 76 000 auf rund 62 000 Künstler. Da die Gesamtzahl der Erwerbspersonen zunahm, sank der relative Anteil der Kulturberufe von 0,34 Prozent (1950) auf 0,24 Prozent (1961) bzw. 0,23 Prozent (1970) ab. Zwischen 1961 und 1971 war dabei eine Stabilisierung zu konstatieren. Der Rückgang betraf vor allem die Musiker. Die Anzahl der Darsteller blieb relativ stabil, die der Bildenden Künstler (aufgrund des Bedarfes an Designern) stieg sogar. Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1970 waren zwei Drittel der Kulturberufe »Arbeitnehmer«. Die Selbständigen und »freien Mitarbeiter« wurden zu einem erheblichen Anteil als »arbeitnehmerähnliche Personen« eingeschätzt. Bei den Bildenden Künstlern waren das ein Drittel bis knapp zur Hälfte, bei den Musikern wurde ein Viertel als scheinselfständig, bzw. »tariffähig« eingeschätzt. Als weitere Kategorie wurden aufgeführt: »Sozialschutzbedürftige, wirtschaftlich eingeschränkte Freischaffende« mit einem Anteil von 15 Prozent bei Bildenden Künstlern und 9 Prozent bei Musikern sowie die »Echten Selbständigen oder Unternehmerähnlichen«, die bei den Bildenden Künstlern noch ganze 10 Prozent ausmachten, in den anderen Berufsgruppen mit jeweils 2 Prozent als marginal zu bezeichnen waren.

Nach Auswertung des Mikrozensus von 1971 waren zwei Drittel der Künstler Männer. Wie bei Selbständigen der Gesamtbevölkerung lag der Altersanteil bei den Selbständigen der Kulturberufe über 65 Jahren bei 10 Prozent. Der Anteil der unter 30jährigen war relativ gering. Die Zahl der Ehen war im Vergleich zur Gesamtbevölkerung geringer, wurde aber durch die Form von Lebenspartnerschaften, die den Erfordernissen der Mobilität besser entsprechen, ausgeglichen. Mobile Berufsgruppen, wie etwa die Darstellenden, erwiesen sich als besonders »bindungslos«. Die Kinderlosigkeit war relativ hoch.

Die Herkunft aus mittleren, oberen Beamten-, Angestellten- und Selbständigen-Familien sowie ein künstlerisches Milieu begünstigten den Werdegang von Künstlern. Eine höhere und akademische Ausbildung war in den meisten Kulturberufen verbreitet. Die Ausbildungsdauer lag bei Musikern in der Regel bei 6 Jahren, bei Bildenden Künstlern bei 5 Jahren und bei Darstellern bei 3,5 Jahren. Fast die Hälfte aller Künstler hatte weitere berufliche Qualifikationen. Der Anteil der Autodidakten lag unter 10 Prozent. Die Zahl der Berufswechsler war im Verhältnis zu anderen Berufen sehr hoch: bei Musikern und Darstellern bei 33 Prozent, bei Bildenden Künstlern gar 40 Prozent. Als Grund wurden die starke Marktabhängigkeit und die Nachfragetrends bei gleichzeitig fehlendem sozialen und ökonomischen Schutz angegeben. Mediale und geographische Mobilität waren ausgeprägt, der Auslandsmarkt hatte für ein Viertel der Freischaffenden und ca. 15 Prozent der »Abhängigen« Relevanz.

Empfohlen wurde eine Ausbildungsorganisation, die auf eine spätere Berufspraxis orientiert und einseitige Spezialisierungen vermeidet. Die Bundesanstalt für Arbeit solle bei Umschulungs- und Fort-

bildungsmaßnahmen in »kunstnahe« Berufe verweisen. Als kurzfristige Lösung wurden Regelungen zur sozialen und beruflichen Sicherung, insbesondere die Sozialversicherungspflicht, Arbeitsvermittlung und Beschäftigung von »freien Mitarbeitern«, verbesserte Schutzbestimmungen für ältere Personen, Frauen und Berufsanfänger, die in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, sowie eine Prüfung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zur Vermeidung von Scheinselbständigkeit erwogen. Regelungen zur steuerlichen Praxis, mit einer Neuregelung für den Abzug von Werbungskosten und der Anerkennung von Nebentätigkeiten »abhängiger« und »selbständiger« Künstler als freiberufliche Tätigkeit, der Wegfall der Umsatzsteuer für alle Kulturberufe und eine verbesserte Kontrolle und Information durch die Behörde wurden gefordert. Insbesondere auf die Alterssicherung bei Künstlern wurde aufmerksam gemacht: Demnach waren 1973 rund 40 Prozent aller »Freischaffenden« nicht durch die gesetzliche Krankenversicherung geschützt. Unter Malern, Bildhauern, Komponisten und Musikarbeitern und Grafik-Designern betrug die Rate gar 60 Prozent. Betriebliche/berufliche Alterssicherung gab es für die »Freischaffenden« gar nicht. Die individuelle Altersvorsorge setzt zumeist regelmäßiges und sehr hohes Einkommen voraus. Im Ergebnis waren mindestens 7 000 »Freischaffende« komplett ohne Versicherungsschutz, noch mehr dürften mit ihren Rentenansprüchen unter dem Existenzminimum gelegen haben. Die Untersuchung des Arbeits- und Auftragsmarktes spricht von einer ungünstigen Marktlage: eine hohe Zahl von Arbeitslosen stand einem Rückgang an Stellenangeboten gegenüber. Auch Einkommensausfälle bei Selbständigen waren gravierend: 15 bis 20 Prozent der Maler und Bildhauer, 20 bis 30 Prozent der Schauspieler und Musiker erhielten länger als ein halbes Jahr kein Einkommen. Gefordert wurde ein verstärktes Eingreifen der öffentlichen Hand und die Bündelung der Interessenvertretung der Kulturberufe.

Die Situation nach Einrichtung des Künstlersozialversicherungsgesetzes

Die nächste große Studie, welche die soziale Situation von Künstlern berücksichtigte, untersuchte den gesamten Bereich der wirtschaftlichen Entwicklungstrends in Kunst und Kultur. Sie wurde vom ifo-Institut München für die achtziger Jahre im Auftrag des Bundesministeriums des Innern erstellt und 1992 veröffentlicht.

Zentraler Gegenstand waren Strukturverschiebungen im Kunst- und Kulturbereich, sowie die Einkommens- und Beschäftigungssituation. Kunst und Kultur zählten als Wirtschaftsfaktor: »Er schafft Einkommen und Beschäftigung und ist – entgegen häufig geäußerter Ansichten – kein Kostgänger des Staates, sondern leistet beträchtliche Zahlungen an die öffentlichen Kassen«.¹⁰

Das Gutachten basiert auf den statistischen Grundlagen der Volkszählung und Arbeitsstättenzählung von 1970 und 1987 und des Mikrozensus von 1989. Berücksichtigt wurden die Zahlen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und der Arbeitslosen und offenen Stellen, Produktionswerte, Wertschöpfung, Personal und Ausgaben öffentlicher Haushalte, Umsätze und bei selbständigen Künstlern und Publizisten die Einkommenssteuer, der Bericht der

10 Vgl. Marlies Hummel, Cornelia Waldkirchner: Wirtschaftliche Entwicklungstrends von Kunst und Kultur, Berlin/München 1992, S. 1.

Bundesregierung zur Lage der Künstler und die Angaben der Künstlersozialkasse.

Demnach waren 1,1 Prozent aller Erwerbstätigen der BRD im Kunst- und Kulturbereich tätig.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im Rahmen des Mikrozensus 1989 312 000 Menschen, darunter 83 000 Selbständige, in den Kulturberufen geschätzt. Differenziert wurden die Aktivitätsfelder von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Selbständigen. Dabei ergab die Arbeitsstätten-Zählung 1987 eine Anzahl von 23 500 Selbständigen im Kunst- und Kulturbereich. Die Einkommensklassen mit einem Nettoeinkommen von 2 200 bis 3 000 DM waren nach einer Sonderauswertung des Mikrozensus von 1989 am reichhaltigsten vertreten. Im Vergleich mit anderen Berufsgruppen wurde diese Position als »günstig« eingeschätzt. Es wurde allerdings die hohe Differenzierung zwischen den einzelnen Berufsgruppen betont: So sei in der Gruppe der Bildenden Künstler jeder Achte mit einem Monatseinkommen von unter 1 000 DM erfaßt worden. Dieser Anteil hatte sich trotz des Kunstmarkt-Booms in den achtziger Jahren kaum verändert. 1986 erhielten 13 400 Steuerpflichtige einen Freibetrag für freie künstlerische Berufe.¹¹ Die selbständigen Künstler erwirtschafteten Einkünfte von insgesamt 470 Mill. DM. Im Durchschnitt erreichten sie dabei mit 35 000 DM je Steuerpflichtigem nur rund ein Drittel der Einkünfte aller freiberuflich Tätigen. Dabei mußten sich zwei Drittel aller Künstler (8 700), die den Steuerfreibetrag (§ 18 Abs. 4 EStG) geltend machen konnten, mit 10 400 DM im Jahr zufrieden geben. 285 Personen (2 Prozent) erreichten Einkommen von mehr als 200 000 DM. 10 bis 15 Prozent der steuerpflichtigen Künstler erwirtschafteten mehr als die Hälfte der Umsätze. 2 bis 3 Prozent der Steuerpflichtigen aus der Kulturbranche erreichten Umsätze von mehr als 500 000 DM. Komponisten, Bühnen-, Film und Rundfunkkünstler hatten dabei eine exponierte Stellung.¹² Die Verteilung der Einkommen war innerhalb der selbständigen Künstler und Publizisten sehr ungleichmäßig. Das unterstrichen auch die Angaben der Künstlersozialkasse, die für 1988 vorlagen. Das Durchschnittseinkommen der Versicherten lag bei 18 770 DM. 50 Prozent der untersuchten Arbeitsplätze, Einkommen und Investitionen kamen aus dem Kernbereich der Kulturbranche, die andere Hälfte wurde in vor- und nachgelagerten Bereichen realisiert. Mit 25 Milliarden DM Wertschöpfung und 382 000 Erwerbstätigen ist der Kernbereich ein größerer Wirtschaftsfaktor als die Luft- und Raumfahrtindustrie.¹³ Die Studie urteilte, »... daß die Bedingungen für die Schaffung, Verbreitung und Bewahrung von Kunst und Kultur in den achtziger Jahren einem tiefgreifenden Wandel unterlagen. Die Institutionen und Unternehmen des Kulturbereichs waren einem starken Anpassungsdruck ausgesetzt: Änderungen im Nachfrageverhalten der Konsumenten, die Einführung neuer Techniken und neuer Güter, Umbrüche in der Marktstruktur und im rechtlichen Ordnungsrahmen veränderten das Umfeld.«¹⁴

Ein Manko dieser Studie ergibt sich aus den historischen Ereignissen von 1989: Es fehlt eine Einschätzung der neuen Bundesländer.

Eine Untersuchung der wirtschaftlichen Situation Bildender Künstler im Ländervergleich wurde durch Günther und Werner Schaub im

11 Die Gesamteinkünfte müssen mindestens zur Hälfte aus freier Berufstätigkeit sein.

12 Für das Jahr 1988 lag eine Umsatzsteuer-Statistik vor, welche 19 000 Steuerpflichtige in selbständigen Kulturberufen mit mehr als 20 000 DM Umsatz erfaßte. Der durchschnittliche Umsatz lag bei 141 700 DM pro Steuerpflichtigem. Vgl. ebd., S. 7.

13 Der gesamte Kunst- und Kultursektor hält einen Anteil von 2,5 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung der Bundesrepublik. Der Anteil der Erwerbstätigen lag bei 2,9 Prozent. Die Bruttowertschöpfung stieg seit 1980 um 16,6 Milliarden DM. Der Investitionsanstieg für die Jahre 1980 – 1989 lag bei 3,4 Milliarden DM. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in der Kulturbranche um 44 000 Beschäftigte. Vgl. Marlies Hummel: Cornelia Waldkirchner, S. 11.

14 Vgl. ebd.: S. 230.

Auftrag des Bundesverbandes Bildender Künstler unternommen, Grundlage war ein Gutachten des ifo-Institutes für das Bundesministerium für Wirtschaft.¹⁵ Die befragten Künstler waren im Durchschnitt 48 Jahre alt, im Schnitt also 10 Jahre älter als die übrige erwerbstätige Bevölkerung. Auch diese Studie begründete das hohe Alter mit längeren Ausbildungszeiten und mehreren Berufsabschlüssen unter den Künstlern. Die Frauen machten knapp 40 Prozent der Befragten aus. In den neuen Bundesländern lag der Frauenanteil bis zur »Wende« bei 50 Prozent. 64 Prozent der Männer (777) und 54 Prozent der Frauen (484) unter den Bildenden Künstlern lebten zusammen mit Kindern. Es fiel auf, »daß Künstler wesentlich häufiger verheiratet sind als Künstlerinnen, und zwar praktisch in allen Bundesländern. ... So bleibt den Frauen häufig wohl nichts anderes übrig, als entweder die Doppel- und Dreifachrolle zu übernehmen, die aber dem künstlerischen und kreativen Prozeß in aller Regel abträglich ist, oder eben auf Ehe, Kinder und Familie zu verzichten.«¹⁶

Die meisten Befragten verfügten über eine klassische Ausbildung an einer Kunstakademie (54 Prozent) und/oder einer Fachhochschule (27 Prozent). Keine spezifische Ausbildung gaben 20 Prozent an, 13 Prozent sind Autodidakten (im Osten viel weniger). Etwa 20 Prozent der Bildenden Künstler hatten sonstige Hochschulabschlüsse (Kunstgeschichte, Kunsterziehung, berufsfremde Studienabschlüsse). Über die Hälfte der Befragten (56 Prozent) hatten in Großstädten ihren Arbeitsschwerpunkt. Bildende Künstler aus ländlichen Regionen nahmen oft erhebliche Anfahrtswege in Mittel- und Großstädte in Kauf. In Flächenstaaten lag die Anzahl der Ateliers auf dem Land bei ca. 30 Prozent. Über ein Atelier verfügten 90 Prozent der Befragten, zumeist innerhalb des Wohnhauses oder der Wohnung (54 Prozent). Wurde ein fehlendes Atelier als Indikator schlechter Arbeitsbedingungen betrachtet, traf dies vor allem Berlin: 23 Prozent der Befragten hatten kein Atelier, 40 Prozent waren auf der Suche. Die Ateliergröße schwankte zwischen 50 und 70 m². Die meisten Künstler hatten mehrere Arbeitsschwerpunkte (ca. 80 Prozent), davon waren 70 Prozent Maler. Die anderen Kunstrichtungen wurden selten exklusiv ausgeübt. Eine Anerkennung durch die Finanzbehörden erhielten fast 90 Prozent der Künstler. Besonders hoch lag die Anerkennungsrate in den neuen Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg (100 Prozent) sowie in Sachsen (96 Prozent). Die meisten Künstler hatten zwischen 11 und 30 Ausstellungen (34 Prozent), der Durchschnitt, bezogen auf sämtliche Ausstellungen, lag bei 45. Davon waren ca. zwei Drittel Gruppenausstellungen. Mit 60 Ausstellungen pro Kopf lag Baden-Württemberg an der Spitze. Besonders aktiv bei Ankäufen zeigten sich Rheinland-Pfalz und das Saarland, wo 78 Prozent aller Künstler öffentliche Ankäufe vorweisen konnten. In der Einkommensentwicklung wurde ein Süd/Südwest-Nord/Nordost-Gefälle diagnostiziert. Die höchsten Einnahmen erzielten die Künstler in Bayern (19 700 DM/Jahr 1992) und Baden-Württemberg (18 100 DM/Jahr 1992). Auffallend waren massive Einkommenseinbußen in den neuen Ländern im Vergleich zum Jahr 1988. Die Differenzen zwischen Männern (16 700 DM) und Frauen (10 200 DM) waren beträchtlich.¹⁷ Als besonders günstig erwiesen sich die Arbeitsbedin-

15 Das Datenmaterial basiert auf einer Umfrage unter ca. 12 000 Bildenden Künstlern. Die Rücklaufquote von 11 Prozent (1261 Antworten) war relativ niedrig, erlaubte aber Aussagen über länder- und regional-spezifische Besonderheiten. Es fehlt eine Stichprobe zur Grundgesamtheit. Als weitere Schwäche erwiesen sich offensichtliche Falschangaben durch Befragte. Vgl. Günther und Werner Schaub: Die wirtschaftliche Situation Bildender Künstlerinnen und Künstler – länderspezifische Besonderheiten, München 1996, S. 1/2.

16 Ebenda, S. 7-8.

17 In Baden-Württemberg (75 Prozent) und Niedersachsen erzielten weniger als 70 Prozent der Befragten öffentliche Ankäufe. Schlußlichter waren Sachsen (8 000 DM/Jahr 1992) Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg (9 300 DM/Jahr 1992) sowie Schleswig-Holstein (7 700 DM/Jahr 1992). Vgl. Günther und Werner Schaub, S. 26 - 28.

18 Ebenda.

19 Vgl. Marlies Hummel, Cornelia Waldkircher-Heyne: Höhe und Zusammensetzung des Arbeitseinkommens selbständiger Künstler und Publizisten, München 1997, S. 8.

20 Das durchschnittliche Jahreseinkommen der Bildenden Künstlerinnen lag bei 14 180 DM gegenüber 21 301 DM bei ihren männlichen Kollegen. Im Vergleich zum Durchschnittseinkommen der Gesamtzahl der Künstlerinnen und Künstler, lagen die Frauen knapp unter dem Durchschnitt (Frauen – 15 715 DM, Männer – 21 298 DM). Der Anteil der Frauen an Versicherten ist in den neuen Ländern (31,4 Prozent, alte Bundesländer – 37,9 Prozent) noch geringer, und sie haben noch weniger Einkommen (Frauen – 12 159 DM, Männer – 15 449 DM). Vgl. Marlies Hummel, Cornelia Waldkircher-Heyne: Höhe und Zusammensetzung ..., S. 28/29.

21 Walter Grasskamp: Die unästhetische Demokratie. Kunst in der Marktgesellschaft, München 1992, S. 17.

22 Ebenda, S. 118; vgl. Manuela Landwehr: Kunst und ökonomische Theorie, Wiesbaden 1998, S. 24 f.

23 Willi Bongard: Kunst und Kommerz – zwischen Passion und Spekulation, Oldenburg 1967, S. 33.

24 Vgl. Olaf Zimmermann, Brigitte Franken: Im Bermuda-Dreieck des Kunstmarktes, Köln 1991, S. 19.

gungen für Bildende Künstler in Baden-Württemberg. Als besonders schlecht galten die Arbeitsbedingungen in Berlin, wobei hier der Anteil von Künstlern an der Gesamtbevölkerung mit 14 Prozent ausgesprochen hoch lag. Die Autoren schlossen: »Dem großen Angebot an Künstlern und Kunst steht in Berlin eine wohl eher mäßige Nachfrage gegenüber.«¹⁸

Vom ifo-Institut wurde 1997 eine Studie zur Höhe und Zusammensetzung des Arbeitseinkommens von Künstlern erstellt, um eine solide Datenbasis zur Erhebung der Finanzierungsbeiträge professioneller Verwerter zur Künstlersozialkasse (KSK) zu erhalten. Auf Basis des statistischen Datenmaterials der KSK wurden 3 100 Versicherte (Stichprobe: 5 400 Personen) telefonisch befragt. Erhoben wurden sie zu Betriebseinnahmen, Betriebsausgaben, Jahreseinkommen, Fremdvermarktungsumsätze und -einkommen, Selbstvermarktungsumsätze und -einkommen.¹⁹ Die insgesamt ermittelten Jahreseinkommen beliefen sich auf 1,5 Milliarden DM. Den höchsten Anteil daran hatten die Bildenden Künstler (678 Millionen DM), gefolgt von Publizisten (389,5 Millionen DM), Musikern (309,7 Millionen DM) und den Darstellenden Künstlern (150,9 Millionen DM). In der Untersuchung waren ein Drittel der Versicherten Frauen (26 321), sie machten 40 Prozent aller Berufsanfänger (12 922) aus. Das Jahreseinkommen der versicherten Frauen lag deutlich unter dem ihrer Kollegen.²⁰ Mit zunehmendem Alter wurden höhere Einkommen erzielt, ab dem 60. Lebensjahr sank dann das Einkommen in den meisten Berufsgruppen (außer bei Musikern) wieder geringfügig. Die höchsten Zuwächse seit 1991 erzielten die Versicherten der Darstellenden Künste (2,4 Prozent pro Jahr), gefolgt vom Bereich Wort (1,8 Prozent), Musik (1,2 Prozent) und Bildende Kunst (1,1 Prozent). Aktuelle Umfragen werden durch die Gewerkschaft *Ver.di* zur Situation von Bildenden Künstlern durchgeführt.

Der Kunstmarkt und seine Konstruktion

»Wer heute in eine Stadt fährt, die er nicht kennt, kann sich den Weg ins Zentrum einfach und zuverlässig zeigen lassen, indem er nach dem Markt fragt. ... Auch für die Kunst gilt: wer ins Zentrum will muß nach dem Markt fragen.«²¹

Der Handel mit Bildwerken und Büchern gilt als »die älteste und zugleich engste Verknüpfung von Kunst und Kommerz«. Der Kunstmarkt, als »Ort des Zusammentreffens von Angebot und Nachfrage«, ist die Ebene, auf welcher der Austausch von Kunstwerken und die Preisbildung stattfindet.²² Als Teilnehmer treten Produzenten (Künstler), Anbieter (Künstler, Galeristen, Kunsthändler usw.) und Nachfragende (Privatpersonen, Firmen, Museen usw.) auf. Kennzeichnend ist, daß der Markt nicht nur von sachlichen, sondern von persönlichen, räumlichen und zeitlichen Präferenzen der Marktteilnehmer sowie von Intransparenz, Unsicherheit und Informationsasymmetrie bestimmt wird. Während der Markt für zeitgenössische Kunst noch Ende der sechziger Jahre wegen seiner geringen Größe ein »Geistermarkt« genannt wurde,²³ boomte er in den achtziger Jahren. Mögen die Steigerungen aus Verkäufen moderater geworden sein: der Markt für zeitgenössische Kunst ist eine Wachstumsbranche.²⁴ Die Marktnähe der Bildenden Kunst hat nicht zwangsläufig

eine »Kommerzialisierung des Kunstschaffens« zur Folge.²⁵ »Der Markt bedrängt die Kunst nicht, er bewegt sie«, heißt es bei Walter Grasskamp.²⁶ »Es gibt ... wichtige Gründe, der Regulationsfähigkeit des Marktes in vielen Gebieten zu mißtrauen, und es gibt wichtige Gründe außerhalb der Sphäre des Ökonomischen, ein vitales gesellschaftliches Kulturleben zu ermöglichen und zu finanzieren. *Der Markt ist ein Kulturphänomen*: Marketing ist Kulturarbeit, auch wenn dies aus dem Blickwinkel der hohen Kunst und des kultivierten Umgangs mit ihr blasphemisch erscheint.«²⁷

Marketing, welches die Interaktion zwischen Angebot und Nachfrage realisiert, bedingt das Funktionieren von Kunst, denn die Vollendung der Kunst wird heutzutage durch ihre Rezeption bestimmt.²⁸ Die Zugangswege laufen über Einzelauftraggeber, den privaten Kunsthandel (Galerien), öffentliche Institutionen und die Privatwirtschaft (Industrie).²⁹ Dem Galeristen kommt als Vermittler zentrale Bedeutung zu. Er besitzt auf dem Kunstmarkt eine »Gate-Keeper-Funktion«. Vom zeitgenössischen Künstler wird der »notorische Nonkonformist« erwartet, der sich nicht am Kunden, sondern an eigenen ästhetischen Bedürfnissen und Interessen orientiert. Der Galerist Olaf Zimmermann bringt das auf die Formel: »Die Regeln des Kunstmarketings: Regel 1: Anders sein! Regel 2: Weniger ist mehr! Regel 3: Besser sein ist keine Garantie für Erfolg!«³⁰

Gängige Marketingstrategien sind: das »Self-oriented Marketing«,³¹ das »Non-Profit-Marketing« und das »Supply-Side-Marketing«.³² Die Modellierung des Entscheidungskalküls Bildender Künstler wird ausführlich bei Manuela Landwehr diskutiert, die – zugleich aktive Bildende Künstlerin – in ihrer Dissertation eine ökonomische Analyse des künstlerischen Opfer-Nutzen-Kalküls vornimmt und in den theoretischen Zusammenhang von Rationalität, Entscheidungstheorie und Entscheidungsproblemen (Verkaufsstrategie, Qualität) stellt.

Die Preispolitik wird nur zum Teil durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Die Preisnehmerschaft liegt selten auf Seiten der Produzenten und Nachfragenden. Maßgebend ist der Kunsthandel. »Da das Produkt Kunst subjektiv bewertet wird, ist es wahrscheinlich, daß der Galerist von persönlichen Kriterien ausgeht.«³³ Um Kunstwerke vergleichbar zu machen, hat sich im Kunsthandel ein Multiplikationsfaktor durchgesetzt, nach dem Bilder berechnet werden: »Höhe des Bildes in cm + Breite des Bildes in cm mal Faktor x = Preis.«³⁴

Bewertungskriterien für die Kunstmarktpreise können die Teilnahme an Großausstellungen (Dokumenta, Biennalen...) oder die Besprechung in wichtigen Zeitschriften (Kunstforum, Art...) sein. Einige Galeristen versuchen, die Künstler ihres Programmes über Auktionen abzusichern, was allerdings gefährlich ist, da Preisabsenkungen im Kunsthandel selten verziehen werden. »Die Kunstszene ist fast wie eine Familie. Dem persönlichen Kontakt untereinander wird große Aufmerksamkeit geschenkt. Doch fast alles läuft über diese Kontakte. Die Szene beobachtet fast jeden Schritt und urteilt entsprechend schnell.«³⁵

Der Zugang zu dieser »Familie« ist das Nadelöhr für einen wirtschaftlichen Erfolg des Künstlers. Olaf Zimmermann empfiehlt in diesem Falle das Direktmarketing.

25 Vgl. Peter Bendixen: Einführung in die Kultur- und Kunstökonomie, Wiesbaden 2001, S. 140; vgl. Walter Grasskamp: *Der Lange Marsch durch die Illusionen. Über Kunst und Politik*, München 1995.

26 Walter Grasskamp: *Die unästhetische Demokratie*, a. a. O., S. 14.

27 Peter Bendixen: *Peter Bendixen*, a. a. O., S. 119 und 29.

28 Vgl. Jörn-Axel Meyer, Ralf Even: *Marketing für Bildende Künstler. Eine Studie über Marketingaktivitäten Bildender Künstler und deren Erfolg und Misserfolg*, Berlin 1996, S. 8; Umberto Eco: *Das offene Kunstwerk*, Frankfurt a. M. 1977, S. 30.

29 Vgl. Manuela Landwehr, a. a. O., S. 80/81.

30 Olaf Zimmermann: *Medienarbeit und Marketing*, Köln 1995, S. 15.

31 Der Künstler ist Produzent und erster Abnehmer seines Kunstwerkes, folgt erst dann dem Gang auf den Markt. Vgl. Jörn-Axel Meyer, S. 10.

32 Der Künstler *findet* seinen Abnehmer, ohne für diesen zu produzieren. Vgl. Jörn-Axel Meyer, S. 10.

33 Jörn-Axel Meyer, S. 17.

34 Olaf Zimmermann, Brigitte Franken: *Bermudadreieck*, S. 25.

35 Olaf Zimmermann: *Medienarbeit und Marketing*, S. 35.

36 Dabei wurde mit Unterstützung des Berufsverbandes Bildender Künstler (BBK) und dem Bundesverband Deutscher Galerien (BDG) eine Befragung von 2 019 BBK-Mitgliedern in Berlin und unter 253 Betrieben aus dem Kunsthandel durchgeführt. Im Vorfeld wurden zur Antwortbereitschaft und Aussagequalität bei Mappenberatungen der UdK, Museumsführungen und Vernissagen ermittelt. Aufgrund einer marketingkritischen Einstellung wurde eine geringe Rücklaufquote (14,2 Prozent bei Künstlern und 26,9 Prozent bei Galeristen) angenommen. Die Versendung der Fragebögen erfolgte im September 1995. Vgl. Jörn-Axel Meyer, Ralf Even, S. 19.

37 Vgl. Marlies Hummel, Cornelia Waldkircher-Heyne: Höhe und Zusammensetzung, S. 15.

38 Vgl. Peter Bendixen, S. 231.

39 Ebenda, S. 50.

Jörn-Axel Meyer und Ralf Even erstellten eine eigene Studie zum Marketing bei Bildenden Künstlern. Ziel war es, deren Aktivität im Sinne des Marketings und ihre Erfolgsquoten zu erfassen:³⁶ 77 Prozent der Künstler stellten ihre Werke hauptsächlich allein aus, 20 Prozent im Umfeld einer Gruppe. Für 69 Prozent war ein Atelier der Arbeitsort. Die Preisbildung halten 51 Prozent für größenabhängig, 35 Prozent entwicklungsbedingt, 23 Prozent nachfrageorientiert und 22 Prozent ließen sich durch Galeristen oder Kollegen beraten. 85 Prozent können durch die künstlerische Arbeit nicht ihr Leben finanzieren, 47 Prozent gehen Nebentätigkeiten nach. Subjektive Erfolgsfaktoren sind gute Beziehungen (75 Prozent), Glück (61 Prozent), strategisches Vorgehen (53 Prozent), Ehrgeiz (43 Prozent), Talent (39 Prozent), gute Kritik (29 Prozent) und Ausbildung (24 Prozent). Nur 33 Prozent der Künstler werden auf vertraglicher Basis durch Galerien vertreten. 42 Prozent arbeiten gelegentlich für Auftraggeber, nur 7 Prozent weisen dabei Vorgaben prinzipiell zurück.

Bei der Befragung der Galeristen ergab sich, daß als verkaufsfördernde Mittel persönliche Kontakte (96 Prozent) und Messeauftritte (91 Prozent) angesehen wurden. Die Galeristen sahen sich im Kontakt zu Künstlern überwiegend persönlich orientiert (28 Prozent), neutral (27 Prozent) und geschäftlich orientiert (23 Prozent). Die Bedeutung des Künstler-Images halten 87 Prozent der Galeristen für relevant. Ein marktorientiertes Vorgehen der Künstler schätzen 38 Prozent als eher positiven Effekt ein. 82 Prozent glauben, daß ihre Künstler nicht marktorientiert arbeiten.

Eine Untersuchung des Verhältnisses von Fremd- und Selbstvermarktung war in der Studie zu Höhe und Zusammensetzung der Arbeitseinkommen von Künstlern enthalten: Die Fremdvermarktungsanteile bei Künstlern lagen bei 1,2 Milliarden DM, das waren mehr als drei Viertel der gesamten Einkommen. Den höchsten Anteil hatte der Bereich Wort (91,3 Prozent), gefolgt von der Darstellenden Kunst (81,5 Prozent), der Bildenden Kunst (75,3 Prozent) und der Musik (62,5 Prozent). Die Selbstvermarktung hatte dementsprechend den höchsten Anteil in der Musik (37,5 Prozent).³⁷ Für die Bildende Kunst wurde das Fremdvermarktungseinkommen zu 63,1 Prozent von professionellen Verwertern, zu 26,2 Prozent aus Eigenwerbung von Unternehmen, zu 10,7 Prozent aus Veranstaltungen erzielt.

Trübe Aussichten für brotlose Kunst?

»Die Wirtschaft braucht das Fundament einer vitalen Kultur« heißt es bei Peter Bendixen, Professor an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik.³⁸ Und weiter: »Die entscheidende Frage im Zusammenhang von Kultur und Wirtschaft liegt nicht so sehr darin, ob Kultur überhaupt Bedeutung für die Wirtschaft hat und diese daher die notwendige Einsicht in den Finanzierungsbedarf der Kultur zu entwickeln hat, sondern in dem Problem, welchen Entwicklungsweg die industriellen Marktwirtschaften westlicher Prägung vor sich haben«³⁹

Der Kunstmarkt ist ein Wachstumsbereich, aber die Untersuchungen der Arbeitseinkommen ergeben: Das große Geld wird woanders verdient. Wenige Künstler erhalten viel Geld, die große Masse der Künstler lebt von Einkommen um 1 000 €, oft sogar darunter. Da-

gegen ist das gesellschaftliche Prestige des Berufsstandes hoch angesehen. Die Einrichtung des Künstlersozialversicherungsrechtes hat die soziale Lage der Künstler in Deutschland erheblich verbessert. In der Literatur fällt auf, daß die Reduzierung der öffentlichen Kulturförderung seit mehr als 30 Jahren beklagt wird. Perspektivisch darf sich der Kunst und Kultur interessierte Bürger auf das Ende einer staatlichen Kulturförderung einstellen. Eine Übernahme dieser Funktion durch die Unternehmen der Wirtschaft ist notwendig.

Die freie Wirtschaft sollte in die Pflicht genommen werden, dabei sind künstlerische Phantasie und Produktion durch rechtliche Maßnahmen im Urheberrecht zu schützen. Dazu gehört die Einrichtung kulturpolitischer Forderungen nach »Feuerwehrfonds«, Darlehensregelungen und weiterer sozialer Absicherungsinstrumente für Künstler.⁴⁰ Der rechtliche Rahmen für eine Ausstellungsvergütung – wie von Berufsverbänden und Gewerkschaft gefordert – sollte als Beitrag zur sozialen Stabilisierung von Künstlern eingeführt werden. Nicht nur in der Wirtschaft ist Kreativität und Einfallsreichtum hinsichtlich der Kulturförderung gefragt, sondern auch von der Politik. Wer schreibt eigentlich vor, daß sich die Spannungen der kapitalistischen Weltwirtschaft in Kriegen entladen, welche in kürzester Zeit die über Jahre produzierten Reichtümer zerstören? Könnte man nicht zur Abwechslung einmal das Potential nutzen und in wirtschaftlich zu entwickelnde Bereiche investieren, z. B. in Kunst und Kultur? Die Kunst braucht die Wirtschaft: es geht darum, das »ästhetische Syndrom« zu überwinden.⁴¹ Die Kunst steht unter dem Druck der seit Jahrzehnten schwindenden öffentlichen Kulturfinanzierung und braucht die Erschließung neuer Märkte. Es wird Zeit, daß sich die Institutionen der akademischen Kunstausbildung mit dem Brot und Gelderwerb »kurricular« befassen und die notwendigen Kenntnisse an zukünftige Künstler und Träger der Kultur weiterreichen.⁴² Der etablierte Kunstmarkt ist im großen und ganzen gesättigt. Deshalb ist es für Künstler erforderlich, sich eigene Positionen und neue Märkte zu schaffen. Will die Kunst ihre Avantgarde-Funktion in der Gesellschaft aufrecht erhalten, bleibt ihr nichts anderes übrig, als sich dafür zu interessieren, was auf dem Markt geschieht. Künstler sollten sich stärker mit dem Geschehen des Marktes (sowohl dem eigenen, als auch dem Gesamtgeschehen der gesellschaftlichen Ökonomie) befassen. Ob unternehmerische Selbständigkeit der Königsweg für Künstler aus der Krise von Erwerbslosigkeit und chronischer Unterfinanzierung durch öffentliche Kulturförderung sein kann, darf bezweifelt werden. Angesichts der Alternativlosigkeit wäre sie jedoch eine Chance. Dem subjektiven Selbstverständnis eines modernen Künstlers, der einen »freien Beruf« ausübt, kommt der Status der Selbständigkeit allemal entgegen.

Kunst muß nicht brotlos sein. Das mangelnde Interesse der Wirtschaft für die Kunst zeigt umgekehrt ein Defizit des Kunstmarketings. Die Wirtschaft hat die Bedeutung von Kunst und Kultur für sich nicht erkannt. Ein klarer Blick auf die gesellschaftliche Leistung von Kunst, Erkenntnis und die daraus folgenden Investitionen wären eine erhebliche Ressource zur ökonomischen Stabilisierung der Kunst und ihrer Akteure. Wer ständig Liberalisierung fordert, darf auch Verantwortung übernehmen.

40 Vgl. Karla Fohrbeck: *Künstler in Not*, Köln 1985, S. 58/59.

41 Beschreibung der Turmkammer-Philosophie des aus unerklärlichem Schaffensdrang produzierenden Künstlers, in: Walter Grasskamp: *Kunst und Geld. Szenen einer Mischehe*, München 1998, S. 22.

42 Das kann die Möglichkeit der Erkenntnis gesellschaftspolitischer Prozesse und Einsicht zur Veränderung der Verhältnisse bei den sonst eher isoliert in Erscheinung tretenden Künstlern befördern.

WOLFGANG HARTMANN

»MfS – Alltag einer Behörde«

Nachdenken anlässlich eines Films

von Christian Klemke und Jan Lorenzen

Im Januar 2003 kam in Berlin der Dokumentarfilm »MfS – Alltag einer Behörde« in die Kinos.¹ Sofort erregte er Aufsehen und löste heftigen Streit aus. Der Film wird unterschiedlich wahrgenommen; die Beurteilungen können gegensätzlicher kaum sein.²

Der Film hat ein historisches Thema. Wie wird er der Geschichte und seinem speziellen Thema – »Alltag« im Ministerium für Staatssicherheit – gerecht? Wie weit oder wie eng ist sein Blickwinkel? Diese Fragen richten sich nicht nur an die eigentlichen Filmemacher, an den Drehbuchautor und den Regisseur. Nicht weniger richten sie sich an die Spender des Materials. Denn der Film zehrt zu einem bestimmten Teil von den Interviews früherer leitender Mitarbeiter des MfS (genauer: nur des Abwehrbereichs). Sie sind Mitwirkende. In Wort und Körpersprache werden sie ausgiebig zitiert, wenn auch in einer Auswahl des von ihnen Gesagten: Etwa eine Stunde von rund 15 Interviewstunden.

Meine kritischen Überlegungen gehen in *zwei Richtungen*: an die Adresse der Filmemacher und an die »eigene Adresse«, genauer: an die der Interviewten.

Zunächst zum Werk der Filmemacher

Erstens: Der Titel verspricht Aussagen über das MfS schlechthin – eine Einschränkung wird nicht einmal angedeutet. Das MfS war bekanntlich ein Konglomerat verschiedenster Dienste: Spionage und Gegenspionage, Spionageabwehr, Terrorismusabwehr, Personen-, Objekt- und Geheimschutz, Grenz- und Paßkontrollwesen, Schutz der Volkswirtschaft, funkelektronische Aufklärung u. v. a. m. Über alle diese Arbeitsrichtungen ist im Film *nichts oder fast nichts* zu sehen. Im Grunde zeigt er nur etwas über den Staatsschutz, über Observationen, über den Vollzug von Untersuchungshaft und über Vernehmungen. Allein diese Auswahl ergibt – gewollt oder ungewollt – eine grobe Verfälschung. Sie provoziert beim Zuschauer ein verzerrtes Bild über eine gar nicht gezeigte Gesamtheit. Verzerrung und Selektion sind freilich keine taugliche Grundlage für Kritik.

Zweitens: Der Filmtitel verspricht Aussagen über den *Alltag*. Ist vielleicht diese Orientierung auf Alltag ein konzeptioneller Fehler des Films? Denn sie *begünstigt* die Eliminierung von Zielen und Inhalten; sie verdrängt kritische Analyse. »Alltag« heißt vor allem geheimdienstliches Handwerk.

Dieses Manko will ich aber erst einmal vernachlässigen, denn selbst das Thema Alltag könnte erkenntnisfördernd sein gegen die

Wolfgang Hartmann – Jg. 1929, Chemielaborant, Diplomburist; war seit 1964 bei der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS tätig; Renter, aktiv im Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Das Erbe Dzierzynskis« – oder weshalb seine Nachdenklichkeit abhandeln kam. Persönliche Reflexionen und Fragen an meinesgleichen, Heft 83 (September 1997).

1 »Das Ministerium für Staatssicherheit – Alltag einer Behörde«. Regie: Christian Klemke, Jan N. Lorenzen. Deutschland 2002, 90 Minuten, Uraufführung in Berlin am 15. Januar 2003.

2 Vgl. Rezensionen: Neues Deutschland, 12. 2. 2003: Der Schoß ist fruchtbar

Mystifizierung von Geheimdiensten und gegen irrige Urteile, die sich auf Oberflächenwahrnehmungen stützen. Nämlich dann, wenn der Film sich um ein immanentes Verstehen der Logik geheimdienstlichen Denkens und geheimdienstlicher Praxis bemüht hätte. Viele Fehlurteile über Geheimdienste – also nicht nur über das MfS – entstehen, weil unbeschadet ihrer kritischen Verarbeitung die geheimdienstliche Eigenlogik nicht zur Kenntnis genommen wird. Z. B. die »Sammelwut« der Dienste, die eine Bedingung ist, um bestimmte geheime Vorgänge, insbesondere konspirativ geschützte, dennoch erkennen und aufklären zu können. Das eigentliche Problem liegt nicht im Sammeln, sondern in Bewertungsprozessen, die leicht einer Gegenkontrolle entraten und damit subjektiven Kriterien ausgeliefert werden können. Dies berührt eine grundsätzlich zu stellende Frage: Die nach der Berechtigung von Geheimdiensten, nach ihrem Sinn und nach den Konsequenzen, die es zwangsläufig hat, wenn ein Staat (egal welcher) sich geheimdienstlicher Mittel bedient. Dies mußte nicht unbedingt ein Thema des Filmes sein, aber es hätte eines für die gedankliche Vorbereitung der Filmemacher sein müssen, dann hätte es sich im Film widerspiegelt.

Drittens: Gezeigt wird im Film – allenfalls – der Alltag eines winzigen Bruchteils der Mitarbeiter des MfS. Angesichts mancher Passagen sowie einiger Aussagen von Interviewten fragen sich viele von ihnen, ob sie sich darin wiederfinden können. Und zwar sowohl in ihrer damaligen Arbeit als auch in ihrer seither erworbenen kritischen Sicht. Diese Frage müssen viele verneinen, ich ganz entschieden auch. Viele fühlen sich diskriminiert.

Einige peinliche Aussagen (und Erscheinungsweisen) von manchen Interviewten kann man sicher nur mit Unwillen zur Kenntnis nehmen. Die von früheren Mitarbeitern geübte Kritik an solchen Peinlichkeiten, Unwahrhaftigkeiten und Oberflächlichkeit darf sich allerdings nicht durch eine korpsgeistähnliche Loyalität behindern lassen. Den Filmemachern kann man *nicht* ankreiden, daß sie dies zeigen – denn die Peinlichkeiten wurden ja tatsächlich vor Kamera und Mikrofon gesagt. Es ist nicht ungeschehen zu machen. Ich würde nicht sagen: »So waren wir«, aber doch: »So waren wir leider auch.« Man kann sich in einem Gedankenexperiment vorstellen, es hätte keine Interviews mit Gerhard Niebling, Horst Männchen, Willi Opitz, Siegfried Rataizik gegeben. Dann würde im Film die nachdenkliche Sachlichkeit von Wolfgang Schmidt, Wolfgang Schwanitz und Kurt Zeiseweis dominiert haben – der Film wäre ein anderer geworden.

Viertens: Der Film verschweigt, daß Aussagen über die geheimdienstlichen Funktionen und Arbeitsweisen innerhalb des MfS immer auch analoge Aussagen über die professionelle Arbeit von Geheimdiensten *überhaupt* enthalten. Also auch über die analoge Praxis im BND, im Verfassungsschutz, im Staatsschutz der Polizei der Bundesrepublik, oder auch im FBI, in der CIA – beim Sammeln von Daten, bei Observationen, bei der Einflußnahme auf als oppositionell betrachtete Gruppierungen usw.³

Gegen Mißverständnisse: Ich möchte keinen Schutzschild zur Rechtfertigung, welcher sich des Mottos bedient »così fan tutte« – so machen's eben alle. Was alle machen, ist wegen der historischen

noch ... Geschichtsaufarbeitung im Dokumentarfilm – mit nützlichen Lehren für Gegenwart und Zukunft, taz, 24. 2. 2003: »Horrorshop« von Barbara Schweizerhof, Berliner Zeitung, 20. 2. 2003: »Prächtiges Kollektiv« von Detlef Friedrich.

3 Anmerkung: Im Zusammenhang mit der Vorbereitung und dem Ablauf des USA-Krieges gegen den Irak oder mit der Bekämpfung des Terrorismus mittels eines ausgefeilten Überwachungssystems, der Rasterfahndung u. dgl. erscheinen die operativen Praktiken des MfS eher noch als von geringerm Radius und geringerer Effizienz. Man hat nicht den Eindruck, als ob die Filmemacher über solche Zusammenhänge nachgedacht hätten.

Wahrheit, wegen der Wechselwirkungen und gegen die scheinheilige Heuchelei unbedingt zu thematisieren. Aber das MfS muß sich an eigenen Maßstäben messen lassen – und auch gemessen werden. Die Mitarbeiter des MfS können sich nicht einfach rechtfertigend darauf berufen, was im bekämpften kapitalistischen System geschah oder geschieht. Wir wollten Alternative sein. Die Maßstäbe können deshalb nur die eines wirklichen sozialistischen Humanismus sein, wie Marx' »kategorischer Imperativ für Kommunisten«, wonach »alle Verhältnisse umzuwerfen (sind), in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ...«⁴.

4 Vgl. MEW, Band 1, S. 385.

Den Filmemachern muß man allerdings vorhalten, offenbar nicht hinterfragt zu haben, ob es nicht schon damals in MfS-Kreisen entsprechende Positionen gab und erst recht heute gibt und wie sie sich seinerzeit im Tun *und im Unterlassen* spiegelten. Dazu gibt es veröffentlichte Quellen. Diese wären bei der Vorbereitung des Films erschließbar gewesen.

Fünftens – das ist die für mich wichtigste Frage: Der Hinweis auf analoge Arbeitspraktiken anderer Geheimdienste, also denen z. B. der BRD, der USA, Frankreichs, von MI 5 und MI 6 in England führt natürlich sofort zur zentralen Frage: Worin unterscheiden sich die Dienste? Zwangsläufig werden dann die vom Film faktisch ausgeblendeten *inhaltlichen* Orientierungen zum Thema. Also: Welchen sozialen, politischen, militärischen, ökonomischen *Interessen* (!) der Staaten und der Systeme dienen deren Dienste? Welches ist der historische Kontext der Tätigkeit des MfS nach Zielen, Aufgaben und Methoden?

Im Film erscheint davon so gut wie nichts. *Das ist sein Grundmangel.*

Das MfS – besser: das, was von ihm gezeigt wird – wird »an sich« betrachtet. Keine Rede davon, daß es *im Kern* um eine Jahrhundertauseinandersetzung darüber ging, ob das »heilige« System des Kapitalismus und seine Eigentumsverhältnisse angetastet werden durften oder nicht. Das war die Grundfrage. Sie wird keinesfalls gegenstandslos, weil ein welthistorischer Versuch gescheitert ist. Da sich das MfS als »Schild und Schwert« betrachtete: Welcher Art war die Mitverantwortung des MfS für das Scheitern dieses Versuches in Deutschland?

Über die Aussagen der Interviewten

Damit komme ich zu der zweiten Gruppe von Mitwirkenden, nämlich auf die interviewten Mitarbeiter des MfS. Natürlich ist schwer einzuschätzen, in welchem *inhaltlichen* Verhältnis die für den Film ausgewählten Aussagen zu den nicht benutzten stehen. Der Zuschauer des Films kann sich nur daran halten, was er sieht und hört. Das ist eine Binsenweisheit, aber sie ist von Belang, wenn man an einem solchen Filmprojekt teilnimmt. Und: Gesagt ist gesagt!

Hinterher erschrocken sein über das Ergebnis – müßte es nicht ein Erschrecken über die eigenen Fehler sein? *Wenn wir den Film mitbegründet kritisieren, dürfen wir zugleich nicht in Selbstgerechtigkeit verfallen.*

Ich kenne das Argument: »Nie wieder elektronische Medien«, weil nicht beherrschbar. Da ist etwas dran. Wir wissen um die Ma-

nipulationsgelüste der Medien. Ich sage »A ist *nicht* gleich B« und werde tatsächlich so zitiert, nur das belanglose Wort »nicht« ist herausgenommen. Also muß man sich darauf einstellen und vorbereiten.

Ob die Filmemacher ein wirkliches Konzept gehabt haben – außer entweder völliger Naivität und Spontaneität *oder* vielleicht sogar vorsätzlicher Diskriminierung –, hat sich mir durch den Film nicht so recht erschlossen. Aber mir ist *das Eigene viel wichtiger: Welches inhaltliche und methodische Konzept hatte denn die Gruppe der Interviewten? Hatten sie denn eines? Und zwar eines, welches vorhandene Erfahrungen mit elektronischen und mit Filmmedien verarbeitete? Zudem ein Konzept, das die seriösen wissenschaftlichen Publikationen nicht ignorierte? Gab es ein Konzept für das eigene Verhalten, welches berücksichtigt, daß ein Film nicht primär durch das gesprochene Wort wirkt, sondern vom Bild bestimmt ist: von der Körpersprache, von der Gestik, von unterlegten Bildern, Tönen und Musik? Und was das Wort selbst angeht, von dessen schneller Unmittelbarkeit im Film? Ich vermute, es gab kein so ausgefeiltes Konzept.*⁵ Und sicherlich auch keinen angemessen intensiven Versuch, mit den Filmemachern eine Verständigung zu finden.

Erstens: *Zunächst* einmal defensiv: Was wäre denn ein eigenes Konzept gegen Manipulation, aber auch gegen mögliches Mißverstehen?

Methodisch fast gleiche Aufgaben hatten wir doch bereits zu bestehen und vielfach gut bewältigt, nämlich bei den strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, bei Zeugenaussagen in Strafprozessen, bei eigenen Vernehmungen. (Jedenfalls im HVA-Bereich, wo es Hunderte solcher Verfahren gab.) Grundsätze waren:

- Keine einzige Aussage darf *geeignet* sein, Mißverständnisse hervorzurufen, zu verstärken oder zu begünstigen, die einen IM⁶ belasten.
- Keine Aussage darf (in Übereinstimmung mit § 55 StPO) geeignet sein, sich selbst zu belasten (ausgenommen nur, wenn damit ein IM entlastet werden sollte).

Selbstverständlich ist ein Film nicht mit einem rechtlichen Verfahren und dessen Vorschriften gleich zu setzen. Der Vergleich zielt auf das Methodische: Wenn wir gegenüber den Medien – aus gutem Grund – »mißtrauisch« sein müssen, weil wir mit den Gefahren der Manipulation oder des Mißverstehens rechnen müssen, sowie damit, daß uns das Wort im Munde umgedreht werden kann, dann muß das von uns analog bedacht werden, wie bei den Strafverfahren, und zwar genau und vorher.

Wichtiger zweitens: Es reicht keinesfalls zu, dem eigenen Selbstverständnis zu genügen, aber nicht an Adressaten und an Wirkungen zu denken, darunter auch an Reflexe und an andere Wahrnehmungsdispositionen. Konkrete Beispiele aus dem Film:

- Welche Wirkung darf man bei einem normalen Zuschauer erwarten, wenn ein MfS-General nach Hinweis auf Doktorgrad und Professur eindimensional und metaphorisch verkündet, wie er doch uneingeschränkt von seinen Enkeln verehrt würde – als ob es in der DDR-Gesellschaft nicht ganz andere Wahrnehmungen des MfS und ganz andere Verhaltensweisen gegenüber dem MfS gegeben hätte. Und dies gewiß aus qualitativ sehr verschiedenen Grün-

5 Auch die beiden Bände *Die Sicherheit – Zur Abwehrarbeit des MfS* lassen vermuten, daß über Fragen der Vermittlung und der psychologischen Wahrnehmungsregeln kaum nachgedacht wurde.

6 IM = Inoffizieller Mitarbeiter, hier gemeint im westlichen Operationsgebiet.

den. Kritik an DDR-Verhältnissen wird in salopper Sprache als – wie entgegenkommend – Versuch einer »Liberalisierung des Sozialismus« teilrehabilitiert, als Einforderung einer »gewissen liberalen Entwicklung, gewissen Rechtsstaatlichkeit«. Aber war das vordem nicht »politisch-negativ« und »feindlich-negativ«? Wäre nicht angebracht, ehrlich etwas über die vormaligen eigenen Einschätzungsfehler zu sagen? – Fehlanzeige.

- Welche oberflächliche Selbstzufriedenheit spricht aus der Begründung eines anderen MfS-Generals, es sei im Jahre 1989 Waffengewalt gegen das Volk (im Film-Interview ist vom Schießen die Rede) nicht eingesetzt worden (etwa bei den Leipziger Ringdemonstrationen), weil erstens »die SED-Führung nicht mehr hinter uns stand«, weil zweitens auf die Sowjetunion (Gorbatschow) »kein Verlaß« mehr gewesen sei, weil drittens sonst ein »Tohuwabohu« ausgebrochen wäre. Damit war gemeint, es könnte aus Westberlin und Westdeutschland eine bewaffnete Einmischung erfolgen. Im Umkehrschluß heißt das, sonst hätte wohl nach Ansicht dieses Generals die Bereitschaft zu einem »Platz des himmlischen Friedens« bestanden. Die herrschende prinzipielle Position des MfS, sogar beim damals amtierenden Minister, war dagegen, daß auf das Volk nicht geschossen werde. Und einem Schießbefehl wäre mit Gewißheit der Gehorsam der Mitarbeiter verweigert worden.

- Oder: Äußerungen über das Haftregime erfolgen im Film auch heute noch ohne Distanz und kritische Einsicht. Obendrein in der alten, *kalten* bürokratischen Sprache: Vom »Verwahrraum« ist die Rede. Menschen werden »verwahrt«! Unmöglich! »Verwahrraum« ist ein gängiger Terminus aus der altdeutschen, aus der wilhelminischen Polizeisprache. Ohne irgendeine erworbene Distanz erkennen zu lassen wird bestätigt, daß die Häftlinge keine genaue Kenntnis hatten, an welchem Ort sie sich befanden. Sie hatten sich nicht mit ihren Namen, sondern mit einer Nummer zu melden! Man kann eine Sache verwahren, aber doch keinen Menschen. *Aber in MfS-U-Haft wurde der Mensch zu einer namenlosen Sache mit Nummer an einem ihm geheimen Ort gemacht.* Durfte das nach dem schon erwähnten »Kategorischen Imperativ für Kommunisten« unsere Sprache und Praxis sein? Konnten wir Menschen zu Nummern machen? Und kann man das heute noch unkritisch berichten? Und dann fallen in diesem Film-Kontext Worte vom persönlichen Glücklichein. Unfreiwilliger Zynismus. Aber genau passend auf den Gestus des im Film original zitierten Erich Mielke. An anderer Stelle werden »Vergünstigungen« genannt: Papier und Bleistift konnten »beantragt« werden, erweiterte Liegeurlaubnis konnte erteilt werden.⁷

Drittens: Solche vordergründig eher noch taktischen Überlegungen sind aber längst kein eigentliches politisches Konzept. Historisch-kritische Analyse und Wertungen sind erforderlich – und zwar ausdrücklich von linker Seite. Wir früheren MfS-Mitarbeiter müssen die Souveränität des Lernens aufbringen und dazu beitragen. Leisten wir das nicht, werden auch angebrachte Richtigstellungen und Rechtfertigungen entwertet.

Der Film ist leider so geraten, daß er sich eignet, jene sozialen und politischen Interessen zu bedienen, die den Kapitalismus und seine heutigen neoliberalen und neoimperialistischen Eigenschaften unan-

7 Zur Haftproblematik will ich nur vergleichend anmerken, wie meine beiden westdeutschen Partner in U-Haft behandelt wurden, das könnte ein Maß sein: Sie wurden nicht als kafkaeske Nummer gedemütigt, sie wurden korrekt mit »Herr XY« angesprochen, sie hatten eigenes Schreibzeug, eigene Bücher, Telefonmöglichkeit (bis zum vorläufigen Abschluß der Ermittlungen überwacht), Besuchsempfang (Ehefrauen), Radio in der eigenen Zelle und Fernsehmöglichkeit. Sie waren nicht von anderen Mithäftlingen isoliert. Und natürlich bestand nicht das idiotische und schikanöse Verbot, sich am Tage auf die Zellenpritsche zu legen.

greifbar machen sollen. Das aber haben nicht nur die Filmemacher zu verantworten.

Für eine andere politische Wirkung fehlte den Interviewten *als Gruppe* ein viel *weitergreifender* Entwurf, ein nachdenklicher, der Selbstgerechtigkeit und Selbstverliebtheit ausschloß, ein souveräner (selbst-)kritischer und kein apologetischer. Vor allem aber ein wahrhaftiger, nämlich so, wie Marx im »Achtzehnten Brumaire« den Revolutionären Selbstkritik empfiehlt.⁸ Und auch in Besinnung auf das, was Rosa Luxemburg als sozialistische Demokratie anstrebte.⁹ Wie wenig dies Selbsterniedrigung wäre, wie viel es gewinnend und überzeugend ist, im Marxschen Geist die eigene Geschichte ehrlich und kritisch zu betrachten, zeigte zu DDR-Zeiten z. B. der Erfolg von Jürgen Kuczynskis »Dialog mit meinem Urenkel«.

Zu einem solchen offensiven Konzept gehörte vor allem, sich den Widersprüchen zu stellen: z. B. zwischen unseren Idealen und unseren Irrtümern sowie den Entstellungen. So hätte eine Erklärung versucht werden müssen, weshalb wir beim ersten Sozialismusversuch in Deutschland gescheitert sind: Das betrifft eben nicht allein das Kräfteverhältnis, nicht allein die kräftigen Bemühungen des Kapitalismus, jede sozialistische Regung erst »einzudämmen«, »zurück zu rollen«, »tot zu rüsten«. *Es betrifft auch den eigenen Anteil, die eigene Verantwortlichkeit.* Glaubte man einigen Interview-Aussagen, dann scheint es, als werde noch immer die alte Position eingenommen, wonach alles Böse (oder das vormals *subjektiv* als »politisch-negativ« und »feindlich-negativ« angesehene) nur von außen gekommen oder inspiriert worden sei. Nachdem wir noch bis kurz vor dem Ende der DDR vom »gesetzmäßigen Sieg« gesprochen hatten, ist es doch grotesk, das Ausbleiben des *Gesetzmäßigen* nicht zu ergründen (etwa in den Aussagen, welche die Schlußsequenzen des Films bilden).

Das ist so zugespitzt sicherlich etwas ungerecht verallgemeinert: Denn einige der Interviewten sind adäquat und überlegt aufgetreten, ohne ein Stück Opportunismus – und sie werden auch so zitiert. Sie wirken überzeugend mit ihrem Gestus der Nachdenklichkeit, sachlicher Nachdenklichkeit, aufrichtig, ohne Rechtfertigungsreflex. Aber andere konterkarieren dies durch unkontrollierte Selbstgefälligkeit und einen mich erschreckenden Mangel an Sensibilität, im Wort und durch Körpersprache.

Was den Film angeht, so ist das Ergebnis *vielleicht* vorhersehbar gewesen. Das vermag ich nicht zu beurteilen. Aber für solche tendenziös nutzbaren Passagen, wie ich sie nannte, kann ich mich nur schämen – für uns! Und zwar dreifach:

Einmal für die unkritisch so bezeugten vergangenen Verhältnisse.

Zweitens und besonders für den geringen Grad souveränen kritischen Umgangs mit den höchst widerspruchsvollen und komplizierten, nicht selten schwer durchschaubaren historischen Prozessen der Systemauseinandersetzung, der deutsch-deutschen Konfrontation (und Kooperation), darunter die eigene Mitwirkung des MfS.

Und drittens, ganz bescheiden, bin ich beschämt darüber, daß es nach nun vieljähriger Nachwendeerfahrung hier nicht gelang, umsichtig mit einem Medium umzugehen. Dies *wenigstens* in dem Sinn, wie ich ihn mit meinem Vergleich hinsichtlich des Auftretens

8 »Die soziale Revolution ... kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft. Sie kann nicht mit sich selbst beginnen, bevor sie allen Aberglauben an die Vergangenheit abgestreift hat. ... Proletarische Revolutionen ... kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausamgründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eignen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Hic Rhodus, hic salta! Hier ist die Rose, hier tanze!« (Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, S. 117/118)

9 »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder der öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft

wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft - eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft.« Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd.4, Berlin 1974, S. 362 f.

10 www.mfs-insider.de.

11 Vgl. die vom Insider-Komitee besorgte tabellarische »Übersicht für den Vergleich des Führungspersonals der Geheimdienste der DDR und der BRD – nur Gründergeneration«. Die überarbeitete und korrigierte Fassung in: »Duell im Dunkeln – Spionage und Gegenspionage im geteilten Deutschland«; in: IK-Korr Spezial Nr. 3, Berlin 1994, S. 26 f.

12 Brecht: »Dabei wissen wir doch:/Auch der Haß gegen die Niedrigkeit/ Verzerrt die Züge./Auch der Zorn über das Unrecht/ Macht die Stimme heiser. Ach, wir, /Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit, /Konnten selber nicht freundlich sein.« (Brecht: An die Nachgeborenen, in: Gedichte, Bd. IV, Berlin 1961, S. 148)

13 Hg. Dieter Krüger, Armin Wagner, Ch. Links Verlag, Berlin 2003.

und Verhaltens bei Strafverfahren nannte. Das feilt dann immer noch nicht völlig vor Mißbrauch oder Mißverständnis, aber es mindert deutlich deren Möglichkeit.

Zum Schluß

Es ist das unbestreitbare Recht des Filmes, das MfS kritisch zu zeigen. Aber es verlautet weder seitens der Filmemacher noch seitens der Interviewten etwas über die linke, über die sozialistische – und sei es auch nur die nachträgliche – konzeptionelle Kritik an der inneren Sicherheitspolitik der DDR und des MfS. So, wie sie in vielen Veröffentlichungen, u. a. auf der website des IK¹⁰, zur Kenntnis genommen werden kann.

Gewiß hat ein Dokumentarfilm in eineinhalb Stunden nur eine arg begrenzte Möglichkeit, der Vielfalt, der Widersprüchlichkeit seines Themas gerecht zu werden. Die im Filmtitel enthaltene Vorgabe, eine Totale zu besichtigen, ist jedoch irreführend. Möglich konnte nur eine Auswahl sein, aber die hätte ausgewiesen und begründet werden müssen. Dem Film fehlt ein Gestus, der reflektiert, daß eine Auseinandersetzung der Filmemacher mit dem gesamten historischen Kontext, mit den *Interessen* der kämpfenden Seiten, mit Erfolgen, Irrtümern, Exzessen, tragischen Schicksalen bei vielen Agierenden stattgefunden hat, ohne sie ausbuchstabiert zeigen zu müssen. Filmemacher wissen, welche Möglichkeiten der Filmdramaturgie, der Schnitte, der Kommentare und Einspielungen, der Geräusche und der Musik zur Verfügung stehen.

Und die Interviewten? Sie hätten auf einer historischen Problematisierung bestehen müssen. Mir scheint, nur mit Wahrhaftigkeit und Nachdenklichkeit sowie mit linker Kritik an Erfolg und Mißerfolg des Sozialismusversuches, darin als ein Teil die Rolle des MfS (in seinen verschiedenen, unterschiedlichen Perioden), läßt sich unseren Urenkeln sagen, welche unserer Fehler sie bei einem neuen Sozialismusversuch nicht mehr machen dürfen. Damit sie die Freiheit zu ihren eigenen haben werden. Der Film ist vorerst eine verschenkte Möglichkeit. Leider.

Ein Nachtrag

Im Film gibt es einen – leider nicht weiter verfolgten – winzigen Hinweis auf einen Sachverhalt, der für Motivation und Psychologie vieler Mitarbeiter des MfS, namentlich der älteren, wesentlich ist: Siegfried Rataizik erwähnt seine antifaschistische Herkunft und daß seine Mutter von den Nazis ermordet wurde. Zu diesen Prägungen setzt er seine MfS-Arbeit in ein Verhältnis. Die Gründergeneration des MfS bestand ausnahmslos aus Menschen, die in den sozialen und politischen Kämpfen der Weimarer Zeit und besonders im aktiven antifaschistischen Kampf geformt wurden. Sie waren im KZ, in der Emigration, in den Internationalen Brigaden in Spanien, sie waren bei den sowjetischen und slowakischen Partisanen und in der Resistance.¹¹ *Sie erwarben die Eigenschaft, äußerst hart im Nehmen zu sein. Wer so geprägt wird, neigt dazu, auch hart im Geben zu sein.*¹²

In diesem Zusammenhang sei ein Buch ausschließlich westdeutscher Autoren empfohlen: »Konspiration als Beruf – Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg.«¹³ Im Vergleich zu gängigen Be-

trachtungen zu deutschen Geheimdienstfragen ist dieses Buch ein erheblicher Fortschritt. In einem Buchdeckel sind in Gestalt ihrer ersten Chefs die Geheimdienste beider deutscher Staaten versammelt, sogar in dieser Reihenfolge »vermischt«: Wilhelm Zaisser – Friedrich Wilhelm Heinz – Richard Stahlmann – Fritz Tejessy – Karl Linke – Otto John – Ernst Wollweber – Reinhard Gehlen – Erich Mielke – Gerhard Wessel – Markus Wolf. Die Filmemacher hätten erkennen können, daß nichts, aber auch gar nichts erklärbar und auch nicht darstellbar ist ohne die jeweilige Gegenseite.

Und um auf Siegfried Rataizik als ein personales Symbol zurückzukommen: Auf der Gegenseite findet sich niemand seinesgleichen: Herkunft aus der Arbeiterschaft und aus antifaschistischen Kreisen. Nein, falsch, zwei Ausnahmen: Die Westseite hatte mit Dr. Otto John wenigstens zeitweise einen Geheimdienstchef, der gegen die Nazis gekämpft hatte, und zwar aus grundsätzlichen Motiven und nicht aus bloß vorausschauender Opportunität nach der Stalingrad-Wende. Und Fritz Tejessy mit einer SPD-Vita.

Es ist schwer verstehbar, weshalb der Film die im Gründungspersonal besonders deutliche Gegensätzlichkeit politischer und sozialer Ziele der deutschen Geheimdienste nicht thematisiert oder *wenigstens* bedenkt. Dies auch um so mehr, als der so deutlich gemachte historische Kontext ein Schlüssel hätte sein können, manches schwierige Problem bei der Betrachtung des »Alltags« des MfS anzugehen. Z. B., um sich nicht darauf zu beschränken, steril ein weiteres Mal die bloße Reproduktion der exzessiven Persönlichkeit Erich Mielkes vorzuführen, sondern ihr nachzuspüren.¹⁴ Der Film erschöpft sich darin, Mielke als Phänomen zu zeigen und dem Zuschauer zur Stammtischbeurteilung auszuliefern. Aber so einfach kann man es sich nicht machen. Mielke hat zwar keine einem Fouché vergleichbare historische Bedeutung, er ist aber seinerseits ein Produkt sozialer Kämpfe des 20. Jahrhunderts, deren Erbarmungslosigkeit in Deutschland mit der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht begann und mit deren Mördern eben einer der ersten westdeutschen Geheimdienstchefs aufs engste verflochten war, nämlich Friedrich Wilhelm Heinz.¹⁵ Solche Zusammenhänge haben den Alltag des MfS lange geprägt und auch später noch durchaus gefärbt. Leider auch dann noch, als »Jakobiner-Herrschaft« nicht mehr nötig war und kontraproduktiv geworden war.

14 Kurt Zeiseweis wird zitiert: Er kennzeichnet den Unterschied, ja den Gegensatz im Auftreten Mielkes bei Arbeitern in Betrieben und gegenüber seinen Kampfgenossen in der Leitung des MfS.

15 Vgl. in ebenda den Beitrag von Susanne Meinel: Friedrich Wilhelm Heinz (1899 – 1968), S. 61 f., hier insbesondere S. 63.

HELLA HERTZFELDT

Politik, Wissenschaft, Praxis – und wie steht es um die Geschlechterverhältnisse?

Dr. Hella Hertzfeldt –
Jg. 1952, Politikwissen-
schaftlerin, wissenschaft-
liche Mitarbeiterin im
Studienwerk der Rosa-
Luxemburg-Stiftung

Weitere Informationen
sind zu finden unter
[www.rosalux.de/Einzel/
Gender_ffm_2003/index.htm](http://www.rosalux.de/Einzel/Gender_ffm_2003/index.htm).

Die Geschlechterverhältnisse werden heutzutage erfreulich oft auf Tagungen thematisiert und das von unterschiedlichsten Gesichtspunkten aus. So gibt es wissenschaftliche Kongresse, Zusammenkünfte von und mit Politikerinnen und Netzwerkveranstaltungen von Projektfrauen und Frauenbewegten. Weniger entwickelt ist bisher der Dialog dieser Gruppen untereinander. Diese Diskussion zu befördern, war das erklärte Ziel der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstalteten Tagung »Ausnahme(Regel)? Gender in Politik, Wissenschaft und Praxis« am 27. und 28. Juni 2003 in Frankfurt/Main. In unterschiedlichen Foren – Vortrag, Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussionen – gingen mehr als 100 Frauen (und einige Männer) dieser Frage nach und traten in einen konstruktiven Dialog. Frigga Haugs Eröffnungsbeitrag »Gender – Karriere eines Begriffs« (siehe UTOPIE kreativ, H. 156, S. 899-913) schlug einen Bogen von Olympe de Gouges über Marx und Engels und heutigen feministischen Kontroversen bis hin zu aktuellen sozialpolitischen Debatten und deren Konsequenzen für Frauen.

Gendermainstreaming (GM), Diversity und Queer sind neue Politikansätze, die die gute alte Frauenpolitik abgelöst haben. Ihre Chancen und Risiken wurden kontrovers diskutiert. Regina Frey vom Genderbüro Berlin warnte davor, die Erwartungen an das GM-Konzept zu hoch zu stecken. Es entstehe dadurch die Gefahr, eine gewisse Alibi-Funktion einzunehmen, sich alter frauenpolitischer Forderungen zu entledigen und in Einzelprojekten zu verharren. Andererseits könnten mit GM bis dato »genderimmune« Menschen angesprochen und neue BündnispartnerInnen wie z. B. die kritische Männerforschung in den Blick genommen werden. Larissa Klinzing vom GEW-Hauptvorstand gab einen Einblick in ihre Erfahrungen mit der gewerkschaftlichen Umsetzung von GM. Viel sei in den vergangenen Jahren zu dessen Realisierung unternommen worden, problematisch bleibe jedoch immer noch die Akzeptanz. »Machtpolitische Fragen sind nicht durch Schulungsmaßnahmen lösbar« – so ihr Fazit. Jedoch sei neben allen Schwierigkeiten eine neue politische Kultur erkennbar: GM erweise sich kommunikativer als die gewerkschaftliche Frauenpolitik vergangener Zeiten. Evrim Baba, frauenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, behandelte die Umsetzung von GM im Berliner Haushalt. Damit im Zuge des allgemeinen Sparzwanges Frauenförderung nicht auf der Strecke bleibe, müsse zweigleisig gefahren werden: also sowohl GM als auch weitere Frauenförderungsmaßnahmen

seien anzugehen. Heinz-Jürgen Voß, Sprecher der AG queer in der PDS Sachsen, plädierte für eine Stärkung der queer-Strategie in der politischen Praxis. Konzepte wie GM zementierten die klassische Einteilung in Männer und Frauen und negierten andere Identitäten. Ähnlich argumentierte Christina Schenk, ehemalige MdB und Politikberaterin: GM produziere Ausschlüsse von z. B. nicht-weißen, erwerbslosen, nicht-heterosexuellen Frauen, aber auch Männern. Einen Ausweg biete das Konzept der Politics of Diversity, das ihrer Meinung nach das Potenzial enthält, soziale Ungleichheit zu thematisieren.

Ein weiteres Politikfeld wurde im Zusammenhang mit der neo-liberalen Globalisierung untersucht und mögliche Gegenstrategien aufgezeigt. Ein praktisches Beispiel stellt die Clean Clothes Campaign (CCC) dar, die sich als Projekt der Globalisierung von unten begreift. Diese zielt auf die Aufdeckung unmenschlicher Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie, insbesondere der asiatischen Staaten, die in sogenannten »freien Produktionszonen« allgemeine Arbeitsgesetzgebungen (Mindestlöhne, Arbeitsbedingungen und -zeiten) außer Kraft setzen. Es gehe dabei – wie Bettina Musiolek, Aktivistin der CCC, betonte – nicht um einen Boykott der Waren, sondern um Aufklärung über die Praktiken von Textil(marken)herstellern sowie um die Aufdeckung des eklatanten Missverhältnisses zwischen Lohnkosten (max. 1 %) und Preisen der Produkte. So habe das Erteilen der »roten Karte« für adidas dazu geführt, dass sich Arbeits- und Einkommensverhältnisse für die – insbesondere weiblichen – Textilarbeiter verbessern konnten. Christa Wichterich, Journalistin aus Bonn, thematisierte im Unterschied zur Praktikerin die wissenschaftliche Auseinandersetzung um Globalisierung. Sie analysierte zum einen den Paradigmenwechsel innerhalb der feministischen Globalisierungskritik: weg von einem Diskurs, der Frauen nur als Opfer – von Bevölkerungspolitik, Frauenhandel etc. – begreift, hin zu einem, der Frauen als handelnde Subjekte mit differenzierten Identitäten auffasst. Globalisierung sei ein multidimensionaler Prozess unter neoliberalen Regime, der eng mit den Geschlechterverhältnissen verknüpft sei. Demzufolge müssten kritische Analysen mit der Entwicklung von Gegenstrategien verknüpft werden, die in Form von »Gegenwehr« (Globalisierung von unten, Abbiegen der schlimmsten Auswirkungen), »Mitmacht« (Transformation durch Partizipation) sowie »Gegenmacht« (Entwicklung von Alternativen innerhalb und außerhalb der Marktökonomie) erfolgen könnten.

Der Zusammenhang zwischen Krieg/Frieden und der Geschlechterproblematik stand beim Abschlussplenum auf der Tagesordnung. Simone Wisotzki von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung führte aus, dass, obwohl die Zahl der Kriege sich verringert habe, die zivilen Opfer stiegen und besonders die Gewalt gegenüber Frauen zunehme. Frauen seien nicht nur durch unmittelbare Kriegshandlungen, sondern auch durch den Zusammenbruch der sozialen und ökonomischen Infrastruktur stark betroffen. Andererseits seien sie auch differenziert zu betrachten, denn sie agierten zum Teil auch als Täterinnen und Kriegsverbrecherinnen. Die Rolle der Medien in den Kriegen der Gegenwart und der dabei vermittelten Geschlechterbilder untersuchte Elvira Claßen, Medienwissen-

schaftlerin aus Trier. Frauen würden hierbei je nach konkreter Zielstellung instrumentalisiert. So versuchten z. B. die USA, ihren Kriegen den Schrecken zu nehmen, indem sie mit dem weiblichen Element werben (C. Rize: »wenn der Krieg ein weibliches Gesicht bekommt, wird er akzeptabler«). Andererseits mussten die unterdrückten muslimischen Frauen in Afghanistan als ein Kriegsgrund erhalten – über ihre heutige Situation dagegen werde kaum gesprochen. Petra Bläss, Bundestagsvizepräsidentin a. D., verwies auf eine von Frauen geschaffene Initiative als eine Möglichkeit zur stärkeren Beachtung dieses Themas: den Frauensicherheitsrat. Er sei als Reaktion auf eine UNO-Resolution gegründet worden, die u. a. besagt, dass Frauen bei Konfliktregulierungen angemessen beteiligt werden müssten. Seine Aufgaben als informelles Netzwerk sei auf das Einbringen feministischer Theorien in den Mainstream gerichtet, auf ein Monitoring der Bundespolitik im Weltsicherheitsrat, auf eine Kontrolle der Umsetzung der UNO-Resolution u. a. m.

Als strategisch wichtige Punkte benannten die drei Frauen die Notwendigkeit der Einrichtung eines Mitspracherechts von Frauen bei Konfliktbewältigungen, einer verstärkten und differenzierteren Information über Krisen- und Kriegsinterventionen, inklusive den sich anschließenden »Aufbauarbeiten«, und eine größere Unterstützung der NGOs. Die UNO allein könne die entsprechenden Aufgaben nicht bewältigen.

Eine Besonderheit der Tagung bestand in der aktiven und umfangreichen Beteiligung von StipendiatInnen der RLS. Sie traten als ReferentInnen und ModeratorInnen in Erscheinung und nicht zuletzt als Mitakteurinnen der künstlerischen Beiträge, die leider aus Platzgründen nur am Rand erwähnt werden können (die Ausstellungen »Der verbotene Raum« und »Afrika und Deutschland – bloß keine Schuldgefühle«).

Neuerscheinungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Sven Heitkamp: *Walter Markow. Ein Historiker zwischen Parteidoktrin und Profession.* Hochschulschriften 5. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2003. ISBN 3-89819-150-8. 12,50 € / Mitglieder 10,00 €

Menetekel 17. Juni 1953. Reader der Konferenzen der RLS Sachsen anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953. Hrsg. Klaus Kinner. 4. durchgesehene Auflage. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2003. ISBN 3-937209-03-4. 14,00 € / Mitglieder 11,00 €

Ralf Schröder. *Leben und Werk.* 2 Bände
Ralf Schröder (1927–2001) – Das schwierige Leben eines bedeutenden Slawisten. Band 1. Erinnerungen, Beiträge zu seinem Werk, Bibliographie. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2003. ISBN 3-937209-11-5. 11,00 € / Mitglieder 9,00 €

Winfried Schröder: *Vom Reifen der Alternativen in der Tiefe – Ralf Schröders Lesarten der russischen und sowjetischen Literatur.* Band 2. Dokumente und Texte. ISBN 3-937209-05-0. 14,00 € / Mitglieder 12,00 €

Peter Ullrich: *Gegner der Globalisierung? Protest-Mobilisierung zum G8-Gipfel in Genua.* Hochschulschriften 6. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2003. ISBN 3-89819-156-7. 6,00 € / Mitglieder 5,00 €

EVA SCHÄFER

Normalisierung als Herrschaftsprinzip

Queer ist lernbar: Unter diesem Motto stand der dreitägige Workshop, den die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit Queer-AktivistInnen aus Gewerkschaften und der PDS durchführte. Der mit 26 TeilnehmerInnen sehr gut besuchte Workshop richtete sich an BildungsarbeiterInnen, politisch und wissenschaftlich arbeitende Aktivistinnen und gesellschaftlich engagierte Menschen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Stigmatisierung und Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder körperlicher Identität in die politische und gesellschaftliche Diskussion zu bringen und die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensweisen zu befördern.

Queer ist seit den 1990er Jahren zu einem Sammelbegriff für die Kritik an ausgrenzenden und stigmatisierenden Identitätszuschreibungen geworden. Als Theorie und soziale Bewegung ist queer bereits etabliert. Als Bildungsaufgabe ist es weitgehend eine Leerstelle. Um einen solchen Ansatz klar formulieren zu können, um einen vorurteilsfreien Umgang mit Menschen, die den normativen Idealen nicht entsprechen, zu befördern, sind neben dem Wissen um queere Ideen und Praxen auch didaktische Fähigkeiten vonnöten. Neben der Vermittlung von queer als Bildungsaufgabe und als Politikfeld wurden auf dem Workshop Bildungsbausteine für Queer-Seminare diskutiert. Analog zu den in öffentlichen Einrichtungen bereits verbreiteten »Gendertrainings« (Sensibilisierungsseminare für Geschlechterunterschiede und Diskriminierungen am Arbeitsplatz) wurde hier als Novum in der politischen Bildungsarbeit auch ein Grundstein für »Queertrainings« gelegt.

Der Anspruch an den Workshop war hoch, denn nicht zufällig hieß das Seminar nicht Antidiskriminierungstraining oder einfach Seminar für die Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Transsexuellen. Was manchen als modische Attitüde erscheint – der Begriff queer – war hier bewusst gewählt: Queer (aus dem US-Amerikanischen: pervers, schräg, vermässelt, verletzendes Schimpfwort für Homosexuelle) richtet sich in seinem Denk- und Handlungsansatz nicht mehr auf die diskriminierte Minderheit und deren Opferstatus, sondern auf die (hetero-) sexuelle *Norm*, die in alle Bereiche unseres Lebens eingreift und elementaren Denk- und Gesellschaftskonzepten zu Grunde liegt: etwa in der strikten Trennung zwischen öffentlich-privat, Natur-Konstrukt, Original-Kopie. Queere Theorie und Praxis lösen die Denkschemen von Original (Heterosexualität) und Kopie (Homosexualität) als kulturelle Konstruktionen auf. Queere Bewegung ist damit eben nicht mehr nur eine Emanzipationsbewegung

Dr. Eva Schäfer – Jg. 1954, Literatur- und Sozialwissenschaftlerin, Referentin für Politische Bildung/ Geschlechterverhältnisse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Teilnahme an wissenschaftlichen und politischen Debatten sowie Veröffentlichungen zu Frauen- und Lesbenbewegung in der DDR und Ostdeutschland, zu Queer Theory und zu Geschlechterverhältnissen in Ostdeutschland. Inhaltliche Schwerpunkte: Transformation in Ostdeutschland, Lebensweisenpolitik, Queer als Bildungsaufgabe.

»Queer zwischen Theorie und Praxis. MultiplikatorInnentraining für queer, Lebensweise und Identität« – Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 23. bis 25. Mai 2003.

von Schwulen, Lesben und Trans-Gender-people, sondern spricht all jene an, die die (sexuelle) Norm, die Normierung und letztlich die *Normalisierung als Herrschaftsprinzip* begreifen und politisieren. Die gesellschaftliche Zuordnung zum »Normalen« und »Unnormalen«, die Herstellungsmechanismen und politische Funktion einer vermeintlich eindeutigen und gesellschaftlich sanktionierten Einordnung in das »eine Geschlecht«, den »eindeutigen Körper«, die richtige ethnische Herkunft oder soziale Klasse – und somit die Konstruktion »des Anderen« und die damit verbundenen Ein- und Ausschlüsse – stehen im Mittelpunkt theoretischer Diskurse und politischer Aktionen.

Als Alternativen stehen die angstfreie Vorstellung partieller Identitäten, der selbstreflexive Umgang mit eigenen Normsetzungen, durchlässige Grenzen, der Austritt aus der Unschuld des Opfer-Status.

Wie aber kann ein solcher Ansatz bildungspolitisch umgesetzt werden, ohne selbst in neue Fixierungen – von Homo und Hetero, Mann und Frau, Täter und Opfer – zu verfallen? Dies erwies sich als eine der Herausforderungen an den didaktisch-methodischen Teil des Workshops. Etwa, wenn in didaktischen Übungen mit SchülerInnen (Aufgabe: »Male einen typischen Mann/eine typische Frau«) Stereotype zunächst aufgerufen werden, um sie dann im Vergleich der vielen Facetten »des Typischen« wieder zu verunsichern. Wie können die Brüche in der Konstruktion sichtbar gemacht werden, wie Vereindeutigungen, Naturalisierungen vermieden werden – sowohl in dem, was als heterosexuell, als auch, was als homosexuell gilt? Sexuelle Normierungen, Verletzungen, Ein- und Ausschlüsse erfahrbar zu machen – auch in der eigenen Selbstwahrnehmung –, dies war der methodische Ansatz, den die ReferentInnen aus unterschiedlichsten Bereichen der Jugendbildungsarbeit an Hand vielfältiger Beispiele mit den TeilnehmerInnen selbst übten und anschließend in ihrer Wirksamkeit diskutierten. So wurden Geschlechterbiografien in ihrem Verlauf grafisch dargestellt, über ein Schimpfwörter-ABC das Funktionieren sexualisierter Schimpfwörter analysiert (Nancy Wagenknecht, Bildungsteam Berlin-Brandenburg), die eigene Körpersprache bei der Vermittlung von queer im Dialog mit anderen ausgewertet, das eigene politische und persönliche Selbstverständnis in lesbisch-schwulen Netzwerken reflektiert (Marlies Born, Queer-Teamerin) und die spezifischen Herausforderungen einer Aufklärungsarbeit an Schulen in der Interaktion mit den TeilnehmerInnen und im praktischen Erfahrungsaustausch thematisiert (Leipziger Schulprojekt zur Vermittlung lesbisch-schwuler Inhalte in Schulen).

Christina Schenk, ehemalige Bundestagsabgeordnete und lesben- und schwulenpolitische Sprecherin der PDS, machte in ihrem Vortrag sichtbar, wie das heterosexuelle Prinzip in die institutionalisierte Familienpolitik und die entsprechenden Gesetzgebungen zur Regulierung der (hetero-)sexuellen Norm eingelagert ist. Ihr Ansatz von Lebensweisenpolitik contra Minderheitenpolitik setzt der Institution der Ehe die der Wahlfamilie und alternativen Lebens- und Fürsorgegemeinschaft entgegen. Ein solcher Ansatz scheint allerdings, so ihre politische Erfahrung, in politischen Parteien derzeit so gut wie

nicht durchsetzbar. Störungen homogener Identitäten werden abgewiesen, um sich nicht von der politischen Mitte zu entfernen.

Die didaktischen Übungen und ihre kritische Überprüfung auf den »queeren Gehalt« fanden auf einem hohen Rezeptionsniveau statt. Dies zeigte sich nicht zuletzt darin, dass sich hier immer wieder auch politische und theoretische Ansätze spiegelten.

Der Kritik an queerer Politik, etwa an ihrer kulturalistischen und individualistischen Ausrichtung (Markt der geschlechtlichen und sexuellen Identitäten), setzte Volker Woltersdorf in seiner Einführung zu Theoriegeschichte, queerer Bewegung und Politik (siehe UTOPIE kreativ, H. 156, S. 914-923) Diskussions- und Handlungsfelder entgegen, die Gegenstand eines nächsten Workshops sein könnten: Was würde es bedeuten, das Feld von Politik so zu begreifen, dass Sexualität in alle anderen Felder eingeht – im Sinne eines Sexuality mainstreaming? Wie können queere Politik und Theorie erweitert werden um die Analyse des Verhältnisses von Rassismus und Sexualität, von Kapitalismus und Sexualität? Welche sozialen Widersprüche sind innerhalb der lesbischen, schwulen und trans-gender community eingelagert?

Dass queer ein radikal linkes Projekt ist, das die Instrumentarien von Normierung und Ausschließung exemplarisch am Feld der Sexualität thematisiert, ist in linken sozialistischen Denkansätzen weitgehend unbekannt. Aus dem Workshop heraus wurde deshalb die Idee geboren, in der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Diskussion mit Queer-TheoretikerInnen zu führen. In einer Selbstverständigung sollen sprachliche Missverständnisse (»Queer«) aufgelöst, zu Grunde liegende Kategorien (Konstruktion-Dekonstruktion) geklärt und mögliche linke Zugänge zu einer Theorie und Praxis von queer diskutiert werden.

Nachsatz: Zeitgleich zum Workshop fand die Medienshow Grand Prix d'Eurovision statt. Bild titelte: »Russische Lesben beleidigen ganz Europa«.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Altbundeskanzler Helmut Schmidt gewährte jüngst der *Sächsischen Zeitung* zu Dresden ein Interview und ließ in ihm unter anderem keinen Zweifel aufkommen, was er über viele jener Leute denkt, die auch und vor allem im Verbreitungsgebiet dieser Bezirkszeitung leben. Insbesondere das ostdeutsche Rentnerwesen muß dem Sozialdemokraten ein Ärgernis sein. Es störte ihn das Jammern der Ostrentner. Daß diese keinen Grund hätten zu jammern belegten, so Pensionär Schmidt, die Zahlen: Bei den Männern gebe es Gleichstand, und die Ostrentnerinnen erhielten sogar mehr als Gleichaltrige im Westen. Und daß die dennoch jammerten, fand der Hanseat »zum Kotzen«.

Abgesehen davon, daß er wiederum die seit nunmehr über zehn Jahren bemühte Schimäre Jammerossis aufsattelt, abgesehen davon, daß die seit je ein propagandistisches Phantom war (denn bei genauerem Hinhören handelt es sich in der Regel nicht um Jammerei, sondern mehr um Wut ...), ist der Verweis auf die Renten der Frauen eine bodenlose Frechheit und eine Unverschämtheit hohen Grades – wie wir sehen, schützt auch Alter nicht davor. Denn daß »Ostfrauen« höhere Renten beziehen, hat einen konkreten Grund, der ist allgemein bekannt und muß hier nicht erwähnt werden.

Als Reaktion darauf ließ der Internet-Anbieter AOL abstimmen. Das Ergebnis (am 12. Oktober, 14 Uhr) ließ alle Einheits-Feiertagsreden, die noch wenige Tage zuvor am 3. Oktober von den Politikern abgelassen worden waren, zu pelziger Makulatur verkommen: Am 12. Oktober hatten sich über sechstausend Personen an der Abstimmung per Mausklick beteiligt. Das Ergebnis: 74 Prozent waren Helmut Schmidts Ansicht, 26 Prozent hielten sie für falsch.

Als ich dieses Ergebnis auf dem Monitor sah, fiel mir ein alter Witz aus Zeiten ein, als in der ČSSR die Animositäten zwischen Tschechen und Slowaken noch nicht zu erneuter Kleinstaaterei geronnen waren: *Frägt ein Slowake: Was ist das schönste am Sozialismus? Antwort: Daß ihn die Tschechen auch haben!* Das schönste an der deutschen Einheit ist ...

Kommen wir zum Sport. Auch dort ist die Uneinheit der Deutschen nach wie vor evident. Denn daß sich nun gerade Leipzig für die Olympischen Spiele bewerben soll, empfinden viele Echtdeutsche als wahre Zumutung. Abgesehen davon, daß sich Deutschland die Spiele wahrscheinlich finanziell gar nicht leisten könnte und sich darum den Schachzug einfallen ließ, das aussichtslose Leipzig benennen zu lassen (nein, ich kann es nicht beweisen!), rächen sich die »Westbewerber« und ihnen verbundene Organe von *BILD* über *Welt* bis *Focus*, indem sie eine Stasisuppe anrührten. Aber die ist ihnen so was von dünn geraten, daß es einen jammern könnte: Dirk Thärichen, Geschäftsführer der *Olympia-Bewerbungs-GmbH Leipzig*, leistete als 18jähriger seinen Wehrdienst bei Felix Edmundowitsch, auf gut deutsch: beim Wachregiment Felix Ddzierzynski des Ministeriums für Staatssicherheit. Das war's. Das war alles. Und das veranlaßte nun sogar den Berliner Polit-Theologen Richard Schröder (SPD), jeglicher – aber auch jeglicher! – DDR-Sympathien unverdächtig (was er häufig und scharf in seinen regelmäßigen Kommentaren zu erkennen gibt), gerade im *Tagesspiegel* zu wortreicher Replik. Das können wir für ehrenwert oder für Opportunismus oder für sonst was halten: Wetten, daß die Leipziger Stasi-Olympia-Kampagne beim »Gemeinen Westdeutschen« auf offene Ohren gestoßen ist? Sie halten sich nämlich für die Guten.

Häufig meint das Volk, wenn es der Ansicht ist, Politiker hätten falsch entschieden, das läge auch daran, daß »die ja nicht wüßten«, wie die Folgen ihres Tuns aussähen. Bislang versuchte ich stets (zugegeben, nicht immer erfolgreich), derartig populistischem Gehabe nicht zu folgen und hielt es – nur ein Beispiel – für völlig politik-unerheblich, ob die Berliner Sozialsenatorin Knake-Werner (PDS) in einer Jesuiten-Suppenküche Essen austeilt oder nicht; das entsprechende Pressefoto fand ich nur peinlich. Doch inzwischen ertappe auch ich mich immer öfter dabei anzunehmen, daß sie, die Politiker, häufig tatsächlich nicht zu ahnen scheinen, was sie auslösen. Als kürzlich wieder einmal die neuen-alten Arbeitslosenzahlen veröffentlicht wurden und darüber debattiert wurde, welche (berufsfremden) Tätigkeiten Arbeitslosen zuzumuten seien, verlangte Minister Clement im Fernsehen, die Arbeitslosen sollten doch, bitte sehr, den Beschäftigten der Arbeitsämter mehr vertrauen. Denn dort käme gewiß niemand auf die Idee, einem arbeitslosen Professor anzubieten, »Würstchen zu verkaufen«. Jetzt bin ich mir hundertprozentig sicher, daß der Minister nicht weiß, wie es auf den Ämtern zugeht. Als es noch Könige gab in Deutschland und die dazugehörigen Märchen, sollen sich Potentaten zuweilen kostümiert haben, um auf Märkten und Plätzen unerkannt dem Volke zu lauschen. Vermutlich hat auch das nicht geholfen. Aber vielleicht hat es die Damaligen davor bewahrt, öffentlich allzu törichte Äußerungen von sich zu geben. Vielleicht.

Wladislaw Hedeler (Hg.):
 Stalinistischer Terror 1934-1941.
 Eine Forschungsbilanz,
 BasisDruck Berlin 2002, 371 S.
 (22 €)

»Wer meint, alles sei gesagt und die linken Utopien könnten bruchlos weitergesponnen werden, irrt. Die Kenntnisse über den Stalinismus oder gar Ansätze seiner historischen Erklärung stehen in einem umgekehrten Verhältnis zu seiner Bedeutung in der neueren Geschichte«, so einer der Kerngedanken in den Vorbemerkungen des Buches über den stalinistischen Terror 1934-41. Herausgeber Wladislaw Hedeler, einer der international namhaften Kommunismusforscher, stellt in dieser Arbeit die informativsten Beiträge einer im November 2001 in Berlin stattgefundenen internationalen Konferenz vor. Drei Themenkreise dominierten die Debatte. Sie betrafen 1. Umfang und System des stalinistischen Terrors, 2. Funktionsmechanismen und Strukturen des Terrors sowie die Dynamik der Täter-Opfer-Beziehungen und 3. die ins Detail gehende Aufhellung von Schicksalen Betroffener und Betroffenenengruppen.

Der Terror wird als ein nicht nur gegen die KPdSU und gegen die Kommunistische Internationale (KI), sondern auch gegen die Völker der Sowjetunion geführter Krieg charakterisiert. Noch immer anzutreffende Deutungsmuster, wonach der stalinistische Terror aus dem Zusammenhang einer tatsächlichen Bedrohung des aus der russischen Revolution hervorgegangenen Gesellschaftssystems bzw. aus den Klassenkämpfen jener Zeit zu erklären oder gar zu rechtfertigen sei, greifen zu kurz und werden ad absurdum geführt. Russische, ukrainische, österreichische, schweizer und deutsche Forscher nähern sich der Genesis des Unmenschlichen und überaus Verbrecherischen in den zu untersuchenden Herrschaftsmechanismen. Sie schildern ein erschreckendes Szenarium, in dessen Mittelpunkt das Volkskommissariat des Innern (NKWD) und das Politbüro bzw. der Diktator stehen. Dabei untersuchen sie Beziehungsebenen in der Hierarchie von oben bis unten und den Wechsel vom Täter zum Opfer, die Kaderpolitik

während der Massenrepressalien und die Dynamik des Terrors.

Unstrittig sei, daß die Massenrepressionen von zentraler Stelle aus konzipiert, dirigiert und dosiert wurden, wobei höchstens ein Zehntel der 1937/38 hingerichteten Opfer aus der sowjetischen Elite (Schauprozesse) kamen, indessen die große Mehrheit der Erschossenen und in die Zwangsarbeitslager Deportierten Arbeiter und Bauern waren. Deshalb sei es wichtig, diese große Mehrheit der Opfer in den Mittelpunkt der Forschung zu stellen, zumal diese auch keine Memoiren hinterlassen habe und deren Angehörige heute noch um die Rehabilitierung der Unbeachteten kämpfen.

Ausführlich wird die Verfolgungspraxis gegenüber »westlichen« Volksminoritäten untersucht. Nach Hitlers Machtübernahme sei besonders die deutschsprachige Bevölkerung in eine Art »Geiselaft« genommen worden. So sei der erste aller »operativen Befehle« des NKWD im Juli 1937 gegen die deutschstämmigen Bürger erlassen worden. Die Feindbilder seien permanent erweitert oder präzisiert worden und bezogen sich nicht nur auf Kulaken, so bezeichnete man auch gewöhnliche Bauern, Priester und Gläubige, sondern beliebig auf Bürger, die für die Folgen katastrophaler Wirtschaftsführung verantwortlich gemacht wurden. Für die Verhaftungen, Verurteilung und Ermordung der Beschuldigten habe es vom Politbüro bewilligte Quoten bzw. Planvorgaben gegeben, die um jeden Preis zu erfüllen waren. Zu den Aufsätzen, die besonders informativ das grausame Wesen des Stalinismus aufhellen, zählt u. a. der von Gerd Kaiser: »Katyn, die polnischen Opfer 1939 und 1940«. Dieser belegt akribisch die Fakten der über Jahrzehnte und selbst noch von Gorbatschow verschwiegenen bzw. bestrittenen Verbrechen. In Katyn ermordet wurden 1940 die infolge des Aggressionskrieges der Sowjetunion gegen Polen 1939 gefangenen polnischen Berufs- und Reserveoffiziere, 25 000 Gefangene, die gemäß Beschluß Nr. P13/144 des Politbüros des ZK der KPdSU vom 5. März 1940 zu erschießen waren. Der Befehl sei mit den Unterschriften von Stalin, Woroschilow, Molotow, Mikojan und mit der Zustimmung von Kaganowitsch und dem Staatsoberhaupt Kalinin versehen gewesen. Es wird hervorgehoben, daß es sich hier um ein Staatsverbrechen

im Auftrag des obersten Führungsgremiums der KPdSU handelt. Zwei Tage nach dieser Entscheidung sei der Befehl ergangen, auch die Familienmitglieder, die Frauen, Kinder und weitere Angehörige der Offiziere zu deportieren. 120 000 Familienmitglieder seien davon betroffen gewesen, die nach dem Anschluß der polnischen Ostgebiete an die UdSSR in die Nordbezirke der Kasachischen SSR deportiert wurden. Opfer dieser repressiven Politik gegenüber Polen seien bis 1940 auch »alle politischen Kräfte Polens von der Linken bis zu den Konservativen unterschiedlichster Schattierungen gewesen, soweit sie sich im sowjetischen Einflußbereich befanden«.

Hedeler untersucht am Beispiel des Karagandinskij Sonderlagers (KARLAG) die schweren Haft- und Arbeitsbedingungen der zu Zwangsarbeit verurteilten Menschen sowie das mentale und ideologische Profil der Verwaltung bzw. Lagerkommandanten eines »Besserungsarbeitslagers«. Diese »Lager sollten der Isolierung für die Gesellschaft gefährlicher Rechtsverletzer und ihrer ›Umerziehung durch Gewöhnung an gesellschaftlich nützliche Arbeit‹ dienen.« Die Verwaltung der Lager (ULAG: Uprawlenie Lagerej) sei am 25. April 1930 gebildet und später zur Hauptverwaltung GULag umstrukturiert worden. Der Zusammenhang von Zwangsarbeit und Wirtschaftsplanung bzw. zum 5-Jahres-Plan wird aufgehellert. »Frauen im Gulag. Geschlechtsspezifische Diskriminierungen«, so nennt M. Stark seinen Aufsatz, in dem er den Leidensweg von 91 noch lebenden Frauen untersucht und an deren Lagererfahrungen die besonderen, eigens gegen Frauen erdachten Grausamkeiten, die Verhöhnung der weiblichen Natur aufzeichnet. Haftgründe seien unterschiedlich gewesen. Vorwiegend zwangen die Sippenhaft, religiöse Bindungen oder ganz und gar konstruierte Anklagen unschuldige Menschen in den Gulag. Ein typisches Instrument für fiktive Verurteilungen sei die NKWD-Folter gewesen. Diesem Thema »Terror-Realität und Produktion von Fiktionen« widmet sich R. Müller. »Mit der jeder Ideologie inhärenten Logik des Deduzierens und den erfolterten ›Geständnissen‹ wurden in den NKWD-Konstrukten – seien es Anklageschriften, Urteile, Verhörprotokolle – zirkulär jene fiktiven Feindbilder des

Stalinismus bestätigt, die ihre imaginäre Existenz den verschwörungstheoretisch ›begründeten‹ Annahmen der scheinsozialistischen Welt-Anschauung, den Beschlüssen des Politbüros und den Direktiven des NKWD verdankten. Die Technologie der zwischen Opfer und Täter abzustimmenden ›Koproduktion‹ von Protokollen« seien im »Verhör sowohl den nach amtlich vorgegebenen Feindbildern (z. B. rechtstrotzkistischer Block) arbeitenden Untersuchungsführern, wie auch den gefolterten oder von Folter bedrohten Häftlingen« bewußt gewesen. Mit zahlreichen Beispielen wird verdeutlicht, daß die damals üblichen fiktiven »Geständnisse« stets ein Feinbild implizierten. Ähnlich wie in Religionen Gott nicht ohne den Teufel denkbar ist, so wurde das kommunistische Selbstbewußtsein aus Feindbildern abgeleitet.

Namen Betroffener wie Herbert Wehner, Hugo und Werner Eberlein wecken die Aufmerksamkeit des Lesers ebenso wie Hinweise auf das bewußte Involviertsein von G. Dimitroff, W. Pieck und W. Ulbricht im NKWD-Verfolgungssystem. Wie Peter Erler in seinem Aufsatz thematisiert, waren bis 1938 bereits über 70 Prozent der KPD-Mitglieder in der Sowjetunion im Gewahrsam des NKWD, wobei viele von ihnen, darunter auch 4 KPD-Politbüromitglieder, mit fiktiven Beschuldigungen erschossen wurden. Viele Politemigranten wurden infolge des Hitler-Stalin-Paktes an die deutsche Gestapo übergeben. Der hier skizzierte Leidensweg unzähliger aufrichtiger Menschen, die der Vision einer möglichen sozialistischen Gesellschaft treu ergeben waren, durch die Hölle des stalinistischen Parteikommunismus dürfte beim einst in diesem politischen System eingebundenen Leser herausfordernd wirken, selbst gelebte Geschichte kritisch zu überdenken.

Im Kapitel »Deutungsmuster des stalinischen Terrors« schlußfolgert Jens-Fietje Dwars zu Recht: »Schwarzbücher rechnen mit dem Kommunismus ab, als habe es ihn je gegeben (Hervorh. v. Verf.), und die Erben der Geschichte üben sich in permanenter Entschuldigung. Wie soll, wie kann die Linke auf das Fiasko ihrer Bewegung reagieren? Mit Trotz, Trauer, Selbstkasteiung? Muß sie nicht noch einmal durch alle die Irrwege hindurchgehen, den Verrat ergründen, den wirklichen und den

vermeintlichen, um sich frei zu machen für eine andere Haltung im Hier und Jetzt? Die historisch Handelnden auf ihr Selbstverständnis befragen, bevor wir sie an unseren Einsichten messen und verurteilen.«

Die hier vorgestellte Arbeit ist eine sehr akribische, auf bisher kaum bzw. noch unzureichend erschlossenes Quellenmaterial aufbauende und für den an Geschichte der Arbeiterbewegung Interessierten und für Linkssozialisten geradezu unverzichtbare Ergänzung des zuvor von Hedeler und Rosenblum veröffentlichten Buches *1940 – Stalins glückliches Jahr*. Beide Bücher fundamentieren das Wissen um humanistische Gründe für den radikalen Bruch mit dem stalinistischen Parteikommunismus und sie befruchten die Fähigkeit, sozialistische Visionen in die Zukunft zu tragen.

HORST KLEIN

**Karl-Heinz Günther:
Rückblick. Nach Tagebuchnotizen
aus den Jahren 1938 bis 1990,
Verlag Peter Lang Frankfurt a. M.
2002., 833 S., 25 Abb. (75 €)**

Die Autobiographien ostdeutscher Pädagogen drängen auf den Büchermarkt – zuerst Gerhart Neuner, dann Wolfgang Reischok, Karl-Heinz Günther, Eberhard Mannschatz und schon klingt die Kunde von weiteren Vorhaben. Die Autobiographie zeigt sich als Instrument, Vergangenheit individuell anzueignen; es ist nicht Eitelkeit, welche die Autoren antreibt, sondern die widersprüchliche Vielfältigkeit gesellschaftlicher Entwicklung, die sie erlebt haben und sich wenigstens in der Retrospektive zu eigen machen wollen. Es meldet sich hier eine Generation zu Wort, die durch mehrfache schicksalhafte Ereignisse geprägt worden ist, jene Flakhelfergeneration, die eine neue Gesellschaft realisieren wollte und den Aufstieg der neuen Ordnung mit ihrem eigenen Aufstieg verband. Sie erlebten auf widersprüchliche Weise jene neue Gesellschaft, die sie selbst mithervorgebracht hatten, und sie wurden Zeuge von deren Untergang. Es wird der aufmerksamen Analyse bedürfen, diese Biographien als historische Dokumente zu nutzen.

Aber schon jetzt läßt sich sagen, daß unter diesen Biographien dem Buch von Günther, Bildungshistoriker und von 1970-1989 Vizepräsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, eine besondere Bedeutung zukommt, und schon heute nehmen andere Arbeiten wie zum Beispiel die von Ed Stuler über Margot Honecker vorrangig hierauf Bezug.

In seiner Biographie beschreibt Karl-Heinz Günther mit Hilfe der Tagebuchaufzeichnungen seinen Weg aus einer thüringischen Eisenbahnerfamilie, über die Zeit als Hitlerjunge, unter elitären Vorzeichen Bewerber als Sanitätsoffizier bei der Luftwaffe, Luftwaffenhelfer, Reichsarbeitsdienst, Sanitätssoldat, Kriegsgefangener hin zum Studenten der Pädagogik, der bei hervorragenden Lehrern der Nachkriegsjahre wie Hans Herbert Becker, Hans Ahrbeck oder Walter Markov oder vom Maler Conrad Felixmüller eine fundierte akademische Ausbildung erfährt und zum Wissenschaftler wird, der er bis in die Gegenwart hinein geblieben ist. Was macht diese Biographie so lesenswert und für die Analyse erziehungswissenschaftlichen Denkens so bedeutsam?

Günther erzählt – und viele Passagen erinnern an die biographische Erzähltradition eines Hermann Kant oder Günther de Bruyn – seine Entwicklung und sein Wirken – als ein erfülltes aktives Leben. Der Leser erfährt von einem Menschen, der seine Spielräume ausschöpft und zugleich immer wieder auch ausdehnt. Das ist keine Biographie eines Opfers der Verhältnisse, eines notdürftig sich Anpassenden oder listig Widerstand Leistenden, sondern eines engagierten Akademikers, der sich selbst und seinem Stand in der Wahrheitsuche treu bleiben will. Und es ist dieses Wahrheitsstreben, das ihn auch die Grenzen, die Widerstände vergangener und gegenwärtiger Verhältnisse erkennen läßt. Wissenschaftliches Erkenntnisstreben, gesellschaftliches Engagement und moralische Integrität ließen sich auch im Sozialismus vereinen und bedürfen keines nachträglichen Moralisierens.

Die Biographie vermittelt eine Sicht auf die Kämpfe und Auseinandersetzungen zwischen Wissenschaft und politischer Macht, in denen die Wissenschaft zumindest aus der Perspektive des Wissenschaftlers eine bestimmte

Überlegenheit, zumindest aber Distanz behaupten konnte. Aber er erzählt auch davon, wie ernst der Wissenschaftler genommen wurde, auch wenn er den politischen Funktionalen Ärger bereitete. Die Sorgen der Macht mit den Wissenschaftlern zeugt von deren gesellschaftlicher Bedeutsamkeit und verweist auf die heutige Belanglosigkeit wissenschaftlichen Tuns gegenüber politischen Entscheidungen.

Die Biographie zeigt schließlich auch – und der Rezensent erinnert sich gern vieler intensiver Gespräche –, wie Wissenschaft in einer bestimmten Denkkultur ruht, die man durchaus auch als bildungsbürgerlich fassen kann, die aber in Zeiten des Rufes nach einer neuen Lernkultur unverzichtbar ist.

DIETER KIRCHHÖFER

Jürgen Löwe:
 Kontextuale Theorie
 der Volkswirtschaft,
 G+B Verlag Facultas Amsterdam
 1998, 250 S. (26,80 €)

Während die Arbeitslosenzahlen Monat für Monat steigen, schwindet die Hoffnung auf einen baldigen Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere in gleichem Maße, wie die Ratlosigkeit der Politiker zunimmt. Die Weisheit der »Experten« scheint zu versagen oder zumindest nicht auf die gegenwärtige Situation anwendbar zu sein. Diese Entwicklung wird nicht nur von Politikern, sondern zunehmend auch von Ökonomen kritisch gesehen. Haben die WirtschaftswissenschaftlerInnen keine Antworten mehr auf die drängenden Fragen der Wirtschaftspolitik?

Während vor allem nationale Spezifika – die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der *Kontext* – die jeweilige Konjunkturlage eines Landes prägen, werden an den volkswirtschaftlichen Fachbereichen der Universitäten überwiegend *allgemeine* Modelle zur Nutzenmaximierung repräsentativer Individuen im unendlichen Zeithorizont durchgerechnet, die von jedweden nationalen Besonderheiten abstrahieren. Eine Theorie, die die Bedeutung des Kontextes betont, steht daher im Wider-

spruch zur universalen Modellwelt der Volkswirtschaftstheorie, wie sie vorwiegend gelehrt und erforscht wird, und die sich eben durch ihre Allgemeingültigkeit – eine Befreiung vom Kontext – auszeichnet.

Das vorliegende Buch von Jürgen Löwe stellt den Versuch dar, das Werk des Begründers der kontextualen Theorie der Volkswirtschaft, Karl Knies (1821-1898), aus Anlaß seines 100. Todestages zu rekonstruieren und zu aktualisieren (vgl. S. XIII). Zu diesem Zweck charakterisiert der Autor zunächst den heute dominierenden neoklassischen Ansatz in der Ökonomie und grenzt demgegenüber die Knies'sche Theorie ab. Der Autor hat sich denn auch zum Ziel gesetzt, einen Beitrag »zur Aktualisierung der Knies'schen Theorie und zu ihrer Nutzbarmachung im Rahmen der zukünftigen Lösung wirtschaftspolitischer Problemstellungen« (S. 66) zu leisten. So vielversprechend wie der Anspruch nimmt sich auch das Inhaltsverzeichnis aus. In einem Rundumschlag versucht Löwe, die Grabenkämpfe zwischen der Neoklassik, der sogenannten orthodoxen Ökonomie, und den heterodoxen Ansätzen nachzuzeichnen. Außerdem beabsichtigt er, auch auf das Leben und das (nicht nur ökonomische) Werk von Karl Knies und die Kontroverse mit seinen Schülern, deren wohl bekanntester Max Weber war, einzugehen.

Bei dieser Bandbreite von Themen verwundert es nicht, daß die 230 Seiten eine gewisse Beschränkung der Ausführungen verlangen. Löwe konzentriert sich daher hauptsächlich auf die unterschiedliche Methodik. Der reiche Fundus an philosophischen und ökonomischen Ansätzen und historischen Kontroversen über das Verständnis von Knies' Werk wird von Löwe methodisch eingeordnet und jeweils knapp dargestellt. Es ist jedoch schade, daß der Gehalt der Theorien durchgängig nur angerissen wird und Vergleiche und inhaltliche Parallelen mit gegenwärtigen Debatten schlichtweg zu kurz kommen. Denn, obgleich Knies heutzutage wenig bekannt ist, legte er die Grundlage für die verschiedensten heterodoxen Theorieansätze (z. B. für den Postkeynesianismus und die Neo-Ricardianer). Auch könnte die vielfach beanstandete Entfremdung zwischen den Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftspolitik, so die Hoffnung

Löwes, durch eine verstärkte Berücksichtigung des Ansatzes von Knies überwunden werden. (vgl. S. 227)

Auch wenn das vorliegende Buch seinem hohen Anspruch aus den genannten Gründen nicht gerecht werden kann, stellt es zumindest eine hervorragende Quellensammlung für die weitere Beschäftigung mit Knies dar, weil sowohl dieser als auch seine Schüler und Kritiker ausführlich zitiert werden und sich ein umfassendes Literaturverzeichnis anschließt. Allerdings hemmt Löwes Neigung zum häufigen Zitieren den Textfluß nicht unwesentlich. So scheint die schon von Schmoller und Weber beanstandete »etwas ungelenke Schreibweise« (S. 6) von Knies, die in ihren Augen eine große Popularität seines Werkes behinderte, leider auf Löwe abgefärbt zu haben.

ULRIKE BUSCH

Manfred Hildermeier:
Die Sowjetunion 1917-1991.
 (Oldenbourg Grundriß der
 Geschichte – Hrsg. von Jochen
 Bleicken, Lothar Gall, Herrmann
 Jakobs. Bd. 31),
 R. Oldenbourg Verlag München
 2001, 238 S. (20 €)

Zu den angenehmen Überraschungen auf dem Markt historischer Literatur gehört ein geschichtlicher Abriß der Sowjetunion von 1917 bis 1991 des Göttinger Osteuropa-Historikers Manfred Hildermeier. Jenseits aller ideologischen und moralisierenden Belastungen legt er eine solide gearbeitete, auf dem aktuellen Forschungsstand beruhende Darstellung der nun historisch abgeschlossenen Geschichte einer Groß- und Supermacht vor, die ideal geeignet ist für eine schnelle Orientierung von Studierenden wie Wissenschaftlern, aber auch für die Heranführung an offene Forschungsfragen. Dieses Herangehen entspricht dem Konzept der anspruchsvollen Geschichtsreihe des Oldenbourg-Verlags. In ihren Bänden wird jeweils eine zusammenfassende Darstellung der betreffenden historischen Epoche aus heutiger Sicht geboten, es gibt einen ausführlichen Be-

richt über Stand und Probleme der Forschung sowie schließlich eine ausgewählte, thematisch gegliederte Bibliographie. In diesem Fall sind es fast 1100 Titel, wobei allerdings ein besonderer Schwerpunkt auf die angelsächsische Forschung gelegt wird und zeitgenössische russische Forschung weniger erscheint.

Hildermeier arbeitet seinen Gegenstand im Überblick in acht Perioden ab: Revolution und Bürgerkrieg (1917-1921), Neue Ökonomische Politik (1921-1928), Revolution von oben und Vorkriegsstalinismus (1929-1941), Großer Vaterländischer Krieg und Spätstalinismus (1941-1953), Reform und Stalinismuskritik unter Chruschtschow (1953-1964), Stabilisierung und Stagnation in der Ära Breschnew (1964-1982), Umbau und Untergang (1982-1991), das neue Rußland (ab 1991). Der Vorteil seiner Untersuchung ist neben der Faktenvermittlung – die zwangsläufig durch den Abrißcharakter stark gestrafft ist, nur einige Ereignisse herausgreifen kann und lediglich die zentralen Persönlichkeiten benennt – die weitgehende Zurückhaltung beim Verwenden von ideologischen Totschlagargumenten. Läßt er zwar an der Richtigkeit des Stalinismusbegriffs für die Zeit der Machtausübung des Diktators keinen Zweifel, so werden allein in der Darstellung der Forschungsdiskussion die unterschiedlichen Ansätze sowohl einer totalitarismustheoretischen Erklärung wie einer eher sozialgeschichtlichen, die den »historisch-genetischen Blick« einbezieht, verdeutlicht. Er verweist auf Studien zur »Wirklichkeit des Herrschaftssystems«, die manche festgefügtten theoretischen Deutungen »als quellenfernes Konstrukt« in Frage stellen, wie auf notwendige Unterscheidungen zwischen dem Herangehen Lenins wie Stalins an die Probleme ihres Landes. Dabei wird der verbrecherische Charakter der Stalinschen Diktatur keineswegs bagatellisiert. Es geht ihm aber um die notwendige Einordnung in ihre historischen Voraussetzungen und Bedingungen, welche die Verbrechen nicht beseitigen, aber auch nicht allein zu einem moralischen Problem machen. Genauso nüchtern geht der Autor mit den Diskussionen zu den Opfer-Zahlen um: Er referiert unterschiedliche Positionen, neigt aber doch zu jenen neueren Untersuchungen, die spektakuläre Hochrechnungen vermeiden. Keine Rolle spielt für sein Vorge-

hen ein solch massenwirksames Buch wie das *Schwarzbuch des Kommunismus*. Das sind nicht seine Quellen, auch wenn er durchaus parteiliche Autoren wie Conquest oder Wolkonow berücksichtigt.

Strikt wendet er sich gegen die heute ebenso verbreitete wie verkürzte These von einem zwangsläufigen Zusammenhang von Utopie, Diktatur und Terror. Der Zusammenhang selbst »ist ebenso wenig zu bestreiten wie seine makabere Realisierung unter Stalin. Offen bleibt aber ... die Frage, welchen Erklärungswert man ihm zumessen kann ... Vieles spricht dafür, dass sich die systematische Schlüssigkeit ... in der historischen Nagelprobe auflöst. Stets waren im historischen Fall – wie beim Entschluss zur Zwangskollektivierung oder den Massenverhaftungen 1937 – viele Faktoren im Spiel und viele Zwischenglieder zu bedenken. Es ist sicher legitim, und nötig, Grundmuster von Beziehungsgeflechten freizulegen. Die Frage ist nur, ob eine solche Reduktion noch hinreichend aussagekräftig ist oder zu nichtssagender Allgemeinheit verblasst.« (S. 132)

Eher abgehoben von heute gängigen, allerdings in der Geschichte, der zeitgenössischen politischen Polemik wie der Historiographie immer wieder auftretenden Vereinfachungen geht er beim Aufzeigen von Forschungsproblemen vor. Das betrifft die Diskussionen zu den Ursachen der Revolution von 1917, die er durchaus in der sozialen Situation Rußlands wie in den Folgen des Weltkriegs ausmacht, die Beurteilung des Bürgerkriegs, die Auseinandersetzungen um die NÖP, die Deutungen der deutsch-sowjetischen Beziehungen und des Kriegsausbruchs 1939/41 oder die Entwicklungs- wie Stagnationszeiten unter Chruschtschow oder Breschnew, schließlich auch die gescheiterte Perestrojka. Bewußt will sich Hildermeier nicht in die Reihe derjenigen einreihen, die die Geschichte der UdSSR aus dem Blickwinkel ihres Scheiterns schreiben. Sie ist eine der »großen politisch-geistigen Kräfte des 20. Jahrhunderts«. »Dabei gilt ..., dass post hoc nicht propter hoc sein darf. Gerade in der Entwicklung der Sowjetunion, die sich aufgrund ihres Anspruchs, eine neue Erscheinung der Weltgeschichte zu sein, auch als Experiment verstand, gab es Weichenstellungen und Alternativen. Beides ist zu bedenken:

neben dem Anspruch und der Wirklichkeit sowohl die Optionen als auch die »Resultate« des tatsächlich eingeschlagenen Weges.« (S. 1)

Es bleibt zu wünschen, daß der Autor die Kraft für eine komplexere Geschichte der Sowjetunion findet, in der er viele hier nur angedeutete Aspekte deutlicher ausführen kann. Allein die weltpolitische Dimension, der Umgang der Supermacht mit ihren Verbündeten wie auch mit der restlichen Umwelt würde ebenso das Bild weiter abrunden können wie eine genauere Untersuchung der weltrevolutionären Ambitionen als Teil eines ideologischen-politischen Zieles wie als Bestandteil der Außenpolitik einer Großmacht.

STEFAN BOLLINGER

Manfred Osten:

»Alles veloziferisch«
oder Goethes Entdeckung
der Langsamkeit, Insel Verlag
Frankfurt am Main und Leipzig
2003, 110 S. (14,90 €)

Auf den Philosophen Ludwig Wittgenstein geht die Maxime zurück: »Der Gruß der Philosophen untereinander sollte sein: Laß Dir Zeit!«. – Er war nicht der einzige, der so dachte, auch Pascal, Hobbes, Lichtenberg und viele andere waren dieser Ansicht, nicht zuletzt auch Goethe. Letzterer hinterließ uns mit dem Begriff »veloziferisch« eine geniale Wortschöpfung, worin die Eile (Velocitas) mit dem Namen des Teufels (Luzifer) verknüpft wird, eine Kombination, wodurch das Tempo und die Ungeduld der Moderne gleichermaßen witzig wie unnatürlich und gefährlich erscheinen.

Es ist die »Beschleunigungskultur« der bürgerlichen Gesellschaft, die Wachstumsdynamik der Wirtschaft und die Rastlosigkeit des modernen Lebens, die »Unterwerfung unter das Diktat der Eile«, der blinde Fortschrittsglaube und das »schnelle Geld«, wodurch das Leben entwertet wird und die Welt entleert, wodurch Natur und Kultur ruiniert werden und die Gesellschaft letztlich entzivilisiert. Die vor 250 Jahren mit der kapitalistischen

Entwicklung einsetzende allgemeine Beschleunigung, die »Tendenz der Übereilung«, die bald in allen Bereichen des Lebens und keineswegs nur im Arbeitsprozeß auszumachen ist, das »Veloziferische«, ist nach Goethe ein Grundübel der modernen Gesellschaft. Er stellt ihr deshalb eine Gegenstrategie gegenüber: »die Entschleunigung der Zeit«. Wesentliches dazu findet sich im »Faust«, im »West-östlichen Divan« und in den »Wahlverwandschaften«. Diesen Quellen nachzuspüren, auf der Suche nach einem anderen Lebensgefühl, einem anderen Umgang mit der Zeit, ist das Verdienst des Autors dieses Buches. Er zeigt uns, warum es Goethe zum Beispiel vermied, Berlin zu besuchen, das »neue Babylon«, und warum der Dichter in der fernöstlichen Philosophie und Lebensweise eine große Weisheit erblickte. Seine »Beschleunigungserfahrungen« brachte Goethe mit den Worten zum Ausdruck: »Einer eingepackten Ware gleich schießt der Mensch durch die schönsten Landschaften. Länder lernt er keine mehr kennen. Der Duft der Pflaume ist weg.« Merkwürdig, wenn man bedenkt, daß sich diese Erfahrung auf Postkutschen bezieht! Goethe sieht den Irrtum als Folge übereilten Denkens und die Gewalt als Folge übereilten Handelns. Die moderne Rastlosigkeit und Fortschrittsgläubigkeit stellt für ihn eine Gefahr für die Zivilisation dar. Nietzsche kleidete Goethes Befürchtungen diesbezüglich später in Worte: »Aus Mangel an Ruhe läuft unsere Zivilisation in eine neue Barbarei aus. Zu keiner Zeit haben die Tätigen, das heißt die Ruhelosen, mehr gegolten. Es gehört deshalb zu den notwendigen Korrekturen, welche man am Charakter der Menschheit vornehmen muß, das beschauliche Moment in großem Maße zu verstärken.«

Manfred Osten verbindet den Gedanken der Entschleunigung der Zeit mit Überlegungen zu Problemen der Gegenwart. Die Verweigerung gegenüber dem Veloziferischen wird dabei zu einer Grundvoraussetzung, um überhaupt zu leben – und nicht gelebt zu werden –, das heißt, im Strudel entgrenzter Verwertung und beschleunigter Raserei unterzugehen, sich gleichermaßen zu Tode zu arbeiten wie zu amüsieren. Ein schönes Buch, auch durch die Illustrationen von Max Beckmann, von einem Liebhaber für Liebhaber geschrieben. Es

bleibt zu hoffen, daß sich viele Leser finden, um mit Goethe ihr Leben zu verändern, es weniger veloziferisch und selbstzerstörerisch zu gestalten, dafür aber langsamer und wohl auch reicher.

ULRICH BUSCH

Martin Hebler:
Arbeitsmarkteffekte der
EU-Osterweiterung. Zur Wirkung
von Integration, Migration und
institutionellem Wandel auf dem
Arbeitsmarkt (Volkswirtschaft-
liche Schriften, Heft 526),
Duncker & Humblot Berlin 2002,
222 S. (61,80 €)

In knapp einem Jahr, im Mai 2004, wird die Europäische Union (EU) zehn neue Mitglieder bekommen. Bei acht von ihnen handelt es sich um mittelosteuropäische Staaten. Für wissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit der Frage beschäftigen, wie dieser Beitritt sich auf die Wirtschaft der neuen, aber auch der alten EU-Länder auswirken wird, besteht beachtliches Interesse. So hat denn auch Martin Heblers wirtschaftswissenschaftliche Dissertation ihren Weg in einen Verlag und in eine traditionsreiche Reihe dieses Verlages gefunden.

Heblers Opus unterscheidet sich von einer Vielzahl von Auftragswerken zur EU-Osterweiterung, in denen man eigentlich immer wieder dasselbe lesen kann: Mit der Erweiterung der EU wird der gemeinsame Markt größer und für deren Bewohner alles besser und speziell Ostdeutschland, das 2004 »vom Rande Europas in die Mitte rückt«, wird davon profitieren. Heblers Erkenntnisse über die zu erwartenden Ergebnisse sind differenzierter und ganz eindeutig auch weniger positiv, verglichen mit den Aussagen in jenen in großer Auflage verbreiteten Pamphleten. So widerspricht Hebler, der bei der Untersuchung der zu erwartenden Mobilität der Beschäftigten andere ökonomische Faktoren wie Waren- und Kapitalmobilität keineswegs außer Betracht läßt, der These, daß sich mit der EU-Ost-

erweiterung in den Beziehungen zu den mittel- und mittelosteuropäischen Ländern (MOEL) wirtschaftlich Wesentliches ändern werde. Er ist sogar der Meinung, daß »die in dieser Studie abgeleiteten positiven Wohlfahrts- und Arbeitsmarkteffekte ... sich überwiegend auch durch eine fortschreitende realwirtschaftliche Integration ohne Beitritt realisieren lassen.« (S. 200). Seitdem Anfang der 90er Jahre die damalige EG und die Transformationsländer ihre Grenzen für Waren öffneten, hätten sich beide Seiten wirtschaftlich aufeinander eingestellt. »Die Handelsintegration hat zum Zeitpunkt des ersten Beitritts (2004 – J. R.) also bereits zum größten Teil stattgefunden ... Was mit dem eigentlichen EU-Beitritt noch fallen wird, das sind die nichttarifären Handelshemmnisse« und (nach einer bis zu siebenjährigen Übergangszeit) die Beschränkungen für die Freizügigkeit von Arbeitskräften. Mit Hilfe einer »fundierte Spekulation« kommt der Autor dann auch zu dem Ergebnis, »daß es nach Herstellung der Freizügigkeit für die acht MOEL ... nur zu relativ geringer Einwanderung relativ hoch qualifizierter Arbeitnehmer vor allem aus Polen am ehesten nach (West-) Deutschland kommen wird. Diese Immigranten werden jedoch in Deutschland in erster Linie mit gering qualifizierten Arbeitnehmern in Konkurrenz treten. Ihre Migrationsentscheidung dürfte vorerst unter der Perspektive einer mittelfristigen Rückkehr in die Heimat getroffen werden.« (S. 192)

Neben Modellrechnungen und der daraus resultierenden »fundierte Spekulation« bemüht Hebler en passant auch den historischen Vergleich: die »Süderweiterung« der EU Anfang und Mitte der 80er Jahre. Er schreibt: »Eine Überschwemmung der Arbeitsmärkte der EU mit billigen Arbeitskräften aus den Ländern der Südschiene fand auch nach Beendigung der Übergangsphase beschränkter Freizügigkeit nicht statt. Vielmehr setzte bereits nach dem EU-Beitritt im Jahre 1986 eine Rückwanderung von Spaniern und Portugiesen in ihre Heimat ein. Schon damals wurde exemplarisch deutlich, daß ein Lohngefälle für sich genommen nicht in der Lage ist, gravierende und permanente Wanderungsströme auszulösen.« (S. 192) Ähnliches erwartet Hebler nach 2004 bzw. nach dem Aufheben der Übergangsregelungen für das volkreichste Land Mittelosteu-

ropas, für Polen. Dies aber ist der Punkt, wo Fragen an den Autor jenseits aller Modellrechnungen erlaubt sein müssen: Hebler ignoriert völlig die Unterschiede im Produktivitätsgefälle bei der EU-Süd- und im Falle der EU-Osterweiterung, die zuungunsten der mittelosteuropäischen Staaten geht. Der Autor ignoriert auch, daß das Niveau des Wirtschaftswachstums in den 80er Jahren in Europa generell bedeutend höher lag als im gegenwärtigen Jahrzehnt. Er ignoriert schließlich das Beispiel DDR. Zur »ersten EU-Osterweiterung« kam es am 3. 10. 1990, von den Ostdeutschen, die mit dem Anschluß ihres Staates an die Bundesrepublik beschäftigt waren, zunächst kaum wahrgenommen. Das von Hebler zeitlich begrenzte Phänomen einer Ost-West-Wanderung und einer mittelfristig einsetzenden Rückwanderung hat es tatsächlich für die Ex-DDR gegeben. Mitte der 90er Jahre hatten sich die Ost-West und die West-Ost-Migrationsströme zwischen den neuen und alten Ländern fast ausgeglichen. Danach aber setzte erneut eine Auswanderungswelle aus Ostdeutschland ein. Es gibt bis heute keinerlei Anzeichen, daß sie eines Tages durch eine West-Ost-Migration kompensiert werden kann. Ursache ist das zu niedrige Wirtschaftswachstum des peripheren Ostdeutschland und die daraus resultierende, sich auf hohem Niveau verständigende Arbeitslosigkeit. Wer kann garantieren, daß das, was in der Ex-DDR geschah, nicht auch mit den MOEL passiert? Warum überhaupt, so fragt man sich, hat der Autor die erste EU-Osterweiterung als Vergleichsfall ignoriert?

Keine »asymmetrische Schocks und politische Verwerfungen«, von denen der Autor meint, daß sie eventuell seine Migrationsvorhersagen über den Haufen werfen könnten, haben in den letzten zehn Jahren die neuen Länder getroffen. Nur das typische Verhältnis von Zentrum und Peripherie hat sich auf ökonomischem Gebiet durchgesetzt. Sollten die MOEL dem Schicksal Ostdeutschlands wirklich entgehen können? Da bleiben nach der Lektüre von Heblers Buch Zweifel.

JÖRG ROESLER

DIETMAR WITTICH News from Class Society

The political classes in the centres of capitalism are in motion. We can approach this phenomenon only using differentiated analyses, but without letting our attention be diverted from the major trends. This article presents as examples the richest people and largest corporations in the world, ones that exert enormous political influence. Taxation policy in Germany is taken as the point of reference to examine the positioning of the state in class relations. On the other hand, the number of wage-earners is decreasing while the structure of this class keeps changing; their income is stagnating and their share in the affluence of society on the whole is in decline. At the same time the middle-classes are arranging themselves anew.

Utopie asks about Utopia Conversation with DIETER KLEIN and MICHAEL BRIE

The Future Report confronts neo-liberal and neo-social-democratic paths of development with conceptions that outline emancipative reform alternatives. The neo-liberal concept of the flexible individual marketing himself as the contractor of his own manpower and means of sustenance is countered by the formulation of a different model: the person who acts on the basis of self-determination, solidarity and social security and who is capable of living in peace. This question is paramount: What do people need for a self-determined life in socially secure circumstances? The answer is that individual freedom for all people has as its prerequisite social equality to partake of fundamental conditions of life.

WERNER RUF A Road Map to Peace?

On the background of the history of discrimination of the Jews in Europe one central goal of political Zionism was the acquisition of land as territorial basis for Jewish statehood. This policy was consequently pursued before and after the foundation of the state of Israel. When the bipolar system collapsed the Palestinians became heavily dependent upon the good will of the Western powers and especially of the US. Therefore, the negotiations beginning in 1991 and culminating in the Oslo accords of 1993 were right from the beginning an asymmetric process: the formula »land for peace« not only remained empty, it was used by the Israeli governments to enhance settlement policy in the occupied territories. The »road map« is the clear expression of the asymmetry of the conflict and will not lead to the creation of a Palestinian entity which could be qualified as a state.

BERNHARD HEIMANN

The Left and War

The author deals with the period between 1848 and 1945. He analyses the views of theorists and politicians that gained influence on the Left-wing in Europe and describes the metamorphosis of Marx and Engels from advocates to opponents of war. He also discusses opinions within the II. International, the Socialist Workers' International and the Communist International. He examines in great detail the frequently changing views of the Bolsheviks under Lenin and the power-driven »theory production«

FRITZ VILMAR

Seminal Elements in East German Painting

The art of painters in the German Democratic Republic is usually seen by mainstream critics only as narrow, regulated by principles of »socialist realism«, uninspired and light years away from what is called »modern arts« in the West. The author pleads the case for a more subtle analysis of 40 years of painting in the GDR. He explores a process he calls the »concerted action« of painters against the dogmatisation of realism and for the revitalisation of ties to the »classic modern arts« of the 1920's. He comes to the conclusion that the best oeuvres of GDR art are characterized by a highly individual, seldom optimistic, often sceptical, critical, melancholy portrayal of human and social existence, history, environment and personal visions, often realized by expressionist as well as surrealist means. Comparing this »advanced realism« with the »abstract« arts which dominated painting in West Germany, the author hopes for a new approach to the assessment of this art which would make it possible to acknowledge that there were trends in painting in both parts of Germany which should now be seen as equal sources for future development.

STEPHAN B. ANTCZACK

The Business of Art

The aesthetic equivalent of a work of art in the marketplace is expressed in terms of its economic value. The marketplace is the interface and intermediary between art and commerce, artist and art buyer. This is the author's point of departure for a review of the economic and social status of artists and the art market in Germany since the 1960's. His data is derived primarily from studies done in West Germany.

He concludes that because of the current saturation of the mainstream art market, artists must become business people as well who realise that marketing – as the interaction between supply and demand – is an essential cultural activity, whether they do it themselves or find someone else to do it for them. The author sees art as a »growth industry« and reviews various marketing and pricing strategies; he exhorts artists and cultural institutions to get creative and inventive in this area, too. With public subsidies for culture being reduced or eliminated at breakneck speed, he appeals to the advocates of liberalisation to assume responsibility for the economic stabilisation of art and artists – because it also makes good business sense.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ULRICH BUSCH,
THOMAS GERLACH, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €